



Fisch mit üblem Beigeschmack
WIRTSCHAFT Seite 9

Maßgeschneiderte Software für Erpresser
NEW YORK TIMES SPECIAL

Master class

JOURNALISTISCHE INNOVATION



Bezahlte Anzeige

MONTAG, 7. JUNI 2021

ÖSTERREICHS UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG — HERAUSGEGEBEN VON OSCAR BRONNER

€ 2,70 | Nr. 9812

Unwetter, Überschwemmungen und Felssturz in Tirol



Foto: APA/Zeitungsfoto.at

Schwere Unwetter haben am Wochenende den Westen Österreichs heimgesucht: Die Unterführung vom Zirler-Berg-Geistbühelweg bei Seefeld in Tirol war hüfthoch überflutet. Die Ötztalstraße war nach einem Felssturz

zunächst gesperrt, die nächsten Wochen wird nur eine Spur offen sein. Schon im Vorjahr war die Straße monatelang nicht vollständig befahrbar, eine Luftbrücke stellte damals die Versorgung sicher.

HEUTE

Wie ticken FPÖ-Wähler?

FPÖ-Wähler fühlen sich im Vergleich zum Rest der Bevölkerung überdurchschnittlich unglücklich und unverstanden. S. 7, Kopf des Tages S. 20

Theater über Corona

In Elfriede Jelineks neuem Stück *Lärm*, das in Hamburg uraufgeführt wurde, geht es unter anderem um Schweine und Après-Ski. Seite 13

ZITAT DES TAGES

„Wir lassen uns diesen jungen Kanzler nicht herausschießen.“

Der Landeshauptmann der Steiermark, Hermann Schützenhöfer (ÖVP), über die Ermittlungen gegen Kanzler Kurz Seite 6

STANDARDS

Rätsel, Sudoku	10
Wirtschaft & Recht	12
Kinoprogramm	15
Sport	16, 17
TV, Switchlist	18
Kommentare der anderen	19
New York Times	4 Seiten
Wetter	15

Westen: 13 bis 19°	Süden: 14 bis 24°	Norden: 14 bis 26°	Osten: 15 bis 28°
---------------------	--------------------	---------------------	--------------------



CDU in Sachsen-Anhalt vorn

Rechte AfD bleibt im Osten deutlich Nummer zwei

Magdeburg – Letztendlich wurde die rechte Alternative für Deutschland den Erwartungen – bzw. Befürchtungen – nicht gerecht und konnte ihre guten Umfragewerte bei der Landtagswahl im ostdeutschen Bundesland Sachsen-Anhalt am Sonntag nicht einlösen. Sie konnte

aber ihren Stimmenanteil halten und erreichte wieder Platz zwei. Die CDU konnte ihre Führungsposition hingegen sogar deutlich ausbauen – ein beruhigendes Signal für Kanzlerkandidat Armin Laschet für die Bundestagswahl im September. (red) Seite 5, Kommentar Seite 20

Generation Covid

Es ist ungemütlich geworden in der Bevölkerungspyramide. Der Generationenvertrag hängt schief und droht aus dem Rahmen zu fallen. Das Jahr der Pandemie hat jungen Menschen viel abverlangt und genommen: für Entwicklungsschritte wichtige Peergroups und Schulalltag, Unbefangenheit, Liebesleben. Und vielleicht auch ihr Vertrauen in Gerechtigkeit und Solidarität. Die Jugendlichen hatten mehrheitlich Rücksicht auf Ältere genommen, sie gingen für andere einkaufen, verzichteten auf Kontakte zu den Großeltern, kurzum, sie trugen ihren Teil für die Allgemeinheit bei. Nach und nach wurde durchgeimpft. Die Jungen aber mussten weiter warten. Auf ihre Bedürfnisse und Ängste wurde nicht eingegangen. Ungeimpft

in die Schule und trotz Pandemie ungemindert geforderte Leistungen erbringen: Das ging. Ansonsten galt: Rien ne va plus. Es wundert nicht, dass der hereinbrechende Sommer zu Rebellion verführte. Diese bestand aus Party und Tanzen auf dem Karlsplatz. Zu ABBA. Sogar aus Erklommung von Statuen!

rab

Ein Anlassfall für die Polizei, bei Räumung des Sündenfalles auf jegliche Deeskalation zu verzichten und auch gleich ein vorübergehendes Platzverbot wegen drohender Gefahr für Leben und Gesundheit zu verhängen. Die Aufmärsche der rechtsextremen Corona-Leugner, die an Samstagen in jüdischen Vierteln pöbelten, waren im Vergleich zu Dancing Queens im Resselpark offenbar nur halb so schlimm.

G7 setzt ersten Schritt zu globaler Steuerreform

Mindeststeuersatz für Großkonzerne fix
Digitalsteuer auf den Weg gebracht

London – Nach Jahren stockender Verhandlungen haben sich die Finanzminister der sieben führenden Industrieländer (G7) am Wochenende auf ein Grundgerüst für eine weltweite Steuerreform geeinigt.

Herzstück soll eine globale Mindeststeuer für Großkonzerne in Höhe von mindestens 15 Prozent sein. Der von US-Präsident Joe Biden angestrebte Satz von 21 Prozent war bei den G7-Ländern Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan und Kanada nicht mehrheitsfähig. Technisch würde die Mindeststeuer auf Gewinne im Ausland anfallen. Jede Regierung könnte zwar noch ihre eigenen Sätze festlegen. Zahlt ein Konzern im Ausland aber beispielsweise zwölf Prozent, könnte das Heimatland des Unternehmens die Differenz zur Mindeststeuer verlangen.

Zudem haben sich die Finanzminister der G7-Nationen auf eine weltweit gültige Steuer auf digitale Dienstleistungen geeinigt.

Ziel ist es, die multinationalen Konzerne stärker zur Kasse zu bitten. Bisher werden Unternehmenssteuern nur am Firmensitz fällig, aber nicht in den Ländern, wo die Konzerne aktiv sind, was bei den Digitalunternehmen oft in fast der ganzen Welt der Fall ist. Das führte dazu, dass viele Unternehmen ihren

Firmensitz in Länder mit niedrigeren Unternehmensteuern verlagerten und ihre Gewinne kleinrechnen und die Steuern damit optimieren konnten. „Deutschland gehört zu den größten Gewinnern der globalen Mindestbesteuerung“, sagt Marcel Fratzscher, der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW).

Der Europäischen Union (EU) dürften einer Studie zufolge zusätzlich 50 Milliarden Euro durch die Mindeststeuer zufließen. Österreich rechnet nach Angaben des Finanzministeriums für sich mit rund drei Milliarden Euro Mehreinnahmen. Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) hat die Mindeststeuer begrüßt.

Die G7-Vereinbarung muss nun allerdings noch im größeren G20-Kreis bei den wichtigsten Schwellenländern auf Zustimmung stoßen und zudem in ganz Europa zum Konsens werden. Im Juli treffen sich die G20-Staaten in Venedig. Dann dürfte sich vor allem zeigen, ob die G7-Einigung die Unterstützung der Schwellenländer findet.

Der Präsident des Weltwirtschaftsinstituts in Kiel, Gabriel Felbermayr, bezeichnet die Einigung auf Mindestsätze gegenüber dem STANDARD als „historisch“ – sofern die Vorschläge nun nicht verwässert würden. Seite 2, Kommentar Seite 20

SPORT VOM WOCHENENDE



Shelly-Ann Fraser-Pryce, die schnellste lebende Läuferin.

Foto: Reuters / Gilbert Bellamy

Es kommen und gehen Trainer und Mitspieler, aber Manuel Neuer bleibt eine Konstante in der deutschen Fußballnationalmannschaft. Der 35-Jährige bestreitet heute im letzten EM-Test gegen Lettland in Düsseldorf als erster deutscher Torhüter sein 100. Länderspiel.

Spannende Tage in der Formel 1: Am Sonntag siegte Sergio Pérez im Grand Prix von Aserbaidschan, weil sein Red-Bull-Teamkollege Max Verstappen in Führung liegend fünf Runden vor Schluss nach einem Reifenschaden crashte. Lewis Hamilton warf beim Neustart Platz zwei weg, Mercedes blieb ohne Punkt.

Keine Frage ist, wer in Tokio, sollen die Olympischen Spiele stattfinden, die Favoritin über 100 Meter ist. Shelly-Ann Fraser-Pryce aus Jamaika brauchte bei einem Meeting in Kingston nur 10,63 Sekunden für diese Strecke. Seiten 16, 17

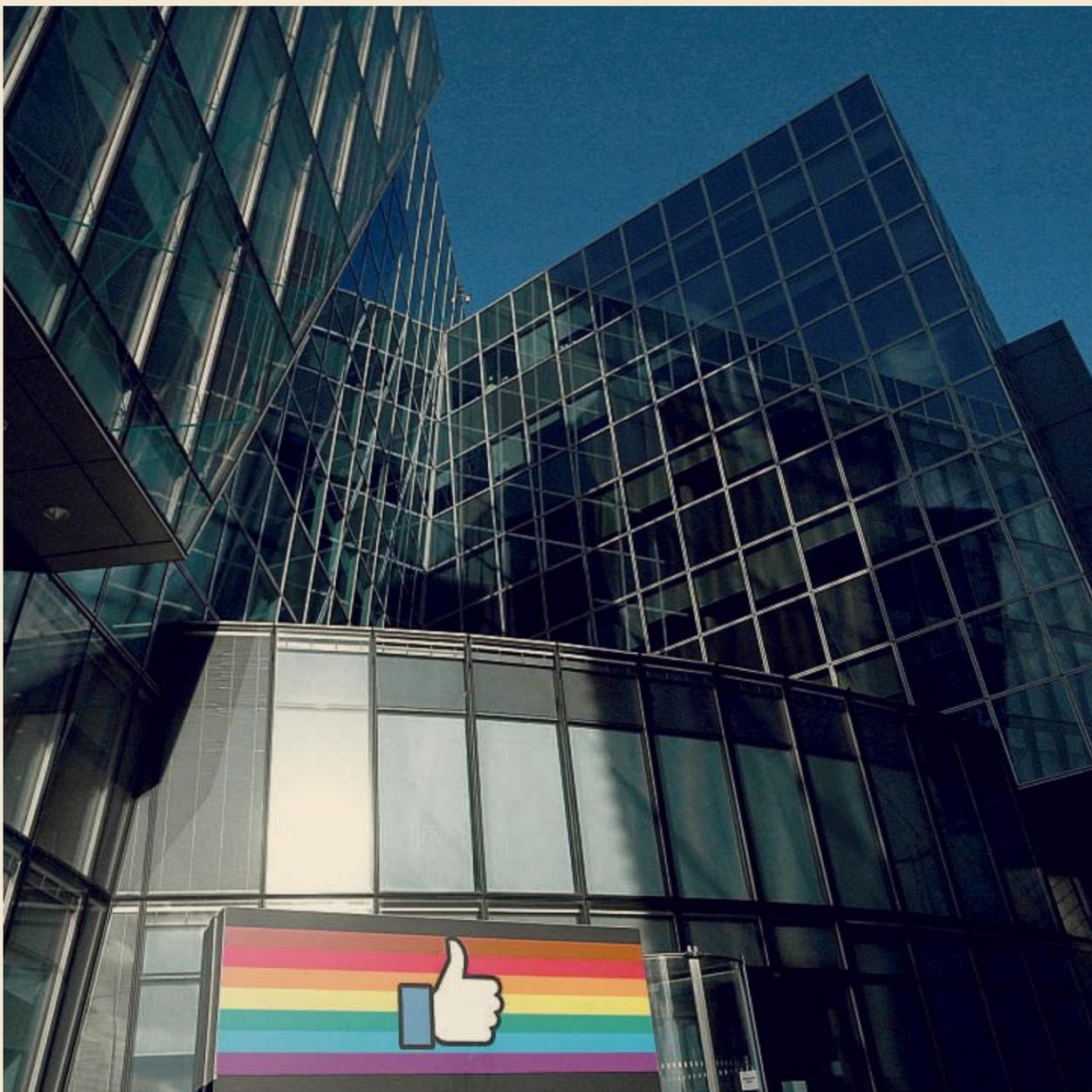


Foto: Reuters / Clodagh Kilcoyne

Auf das große Stück hat sich die Elite der Wirtschaftswelt verständigt. Nun geht es um die Details, in denen sehr oft der Teufel steckt.

Für die Riesen wird es eng

Der von US-Präsident Joe Biden angestrebte Mindeststeuersatz von 21 Prozent war bei der G7 nicht mehrheitsfähig. Widerstand ist aber auch den nun beschlossenen 15 Prozent sicher. Denn Steueroasen haben viel zu verlieren.

Sebastian Borger aus London

Ein bedeutender Tag für die Weltwirtschaft: Bei ihrem Treffen in London haben sich die Finanzminister der G7-Industrienationen auf eine weltweit gültige Steuer auf digitale Dienstleistungen sowie auf die Mindestbesteuerung für global agierende Großkonzerne in Höhe von 15 Prozent geeinigt. Die vor allem auf amerikanischen und deutschen Druck hin zustande gekommene Regelung soll klammen Staatskassen nach der Corona-Pandemie aufhelfen. Der britische Gastgeber Rishi Sunak sprach von einem „wirklich historischen Schritt“.

Die Initiative führender Industrienationen dürfte in den nächsten Wochen auf erhebliche Einwände stoßen. Mit Verlusten müssten vor allem jene Niedrigsteuerstaaten, darunter EU-Mitglieder wie Irland, Luxemburg und die Niederlande, rechnen, die von den Buchhaltungstricks global agierender Konzerne profitieren. Die Welt nach der Pandemie müsse „fairer sein“, begründete US-Finanzministerin Janet Yellen den erzielten Deal, ihr deutscher Kollege Olaf Scholz (SPD) sprach von einer „Trendwende“. Hingegen prangerte Gabriela Bucher von der Hilfsorganisation Oxfam die 15-Prozent-Rate als viel zu niedrig an: „Sie ähnelt den weichen Raten in Steueroasen wie Irland, der Schweiz und Singapur.“

Ab zehn Prozent des Umsatzes

Die neue Mindeststeuer soll nur für jene Großkonzerne gelten, deren Gewinnmarge mindestens zehn Prozent des Umsatzes beträgt. Ein Fünftel der zusätzlichen Gewinne würde zukünftig in jenen Staaten besteuert, in denen die Firmen ihre lukrativen Umsätze machen. Die Maßnahme zielt also auf die enorm profitträchtigen Internetgiganten wie Google oder Facebook ab. Sie bedienen sich buchhalterischer Tricks, mit denen Milliardengewinne lediglich Mini-Abgaben unterlie-

gen. Die Lobbygruppe Tax Watch schätzt die Steuerersparnis von US-Techgiganten allein in Großbritannien auf jährlich 1,5 Milliarden Pfund (1,75 Milliarden Euro).

Professor Richard Murphy, ein langjähriger Mahner für eine gerechtere globale Besteuerung, bewertet die Einigung vorsichtig als „Schritt in die richtige Richtung“. Allerdings stecke „der Teufel im Detail“. Beispielsweise entkomme der dauerhaft mit einstelliger Gewinnmarge operierende US-Handelsgigant Amazon der neuen Besteuerung, während die schwedisch-britische Pharmafirma Astra Ze-

Die G7-Staaten machen „heute weniger als 40 Prozent des Welthandels aus“.

Renata Dwan vom Thinktank Chatham

neca (AZ) herangezogen würde – allerdings nur auf der Grundlage des Geschäftsjahres 2020. Denn 2019 lag der AZ-Gewinn unterhalb der magischen Grenze.

Die Pläne sollen den seit Jahren laufenden Gesprächen von weltweit 140 Staaten unter Ägide der OECD neue Dynamik verleihen. Als wichtiges nächstes Etappenziel gilt das Treffen der G20-Finanzminister im Juli. Dort sind neben China und Russland auch wichtige und bevölkerungsreiche Länder wie Indonesien, Mexiko und die Türkei dabei, was den Machtverhältnissen in der Weltwirtschaft viel mehr gerecht wird. Denn die G7-Staaten machen „heute weniger als 40 Prozent des Welthandels aus“, rechnet Renata Dwan vom Londo-

ner Thinktank Chatham House vor. Als sich die Gruppe in den 1970er-Jahren formiert hatte, war ihr Anteil mehr als doppelt so hoch.

Klarer Widerstand dürfte von jenen EU-Staaten und globalen Steueroasen kommen, die von den jetzigen Verhältnissen stark profitieren. Dazu gehört eine Reihe britischer Territorien wie die karibischen Kaimaninseln sowie die Kanalinseln Jersey und Guernsey. Durch deren enge Verflechtung mit dem Finanzzentrum City of London herrscht auch dort keineswegs eitel Sonnenschein.

Globales Steuerkartell?

Vom erzkonservativen *Sunday Telegraph* musste sich Sunak harsche Kritik gefallen lassen: Großbritannien habe hoffentlich nicht die EU verlassen, um sich nun an einem „globalen Steuerkartell“ zu beteiligen.

Irlands Finanzminister Paschal Donohoe, als Vorsitzender der Eurogruppe eingeladen, begann sofort mit der Lobbyarbeit gegen die neuen Pläne. Die Grüne Insel lockt global agierende Firmen mit der Aussicht auf einen Steuersatz von 12,5 Prozent an; selbst dieser wird häufig unterschritten. Berüchtigt war lange Zeit der mittlerweile abgeschaffte Buchhaltertrick „Double Irish“, der es Konzernen wie Google und Apple mithilfe fiktiver Tochterfirmen ermöglichte, mit einem Steuersatz von zwei Prozent oder sogar gänzlich ohne Abgaben davonzukommen.

Irland befürchtet Mindereinnahmen von jährlich gut zwei Milliarden Euro; die Körperschaftsteuer lag dort 2019 bei 3,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Noch stärker profitieren Luxemburg (5,9) und die Niederlande (3,7) von ihrer Niedrigsteuerpolitik. Hingegen lag der Anteil in Deutschland bei zwei und in den USA bei lediglich einem Prozent. Beide würden von den neuen Bestimmungen ebenso profitieren wie die G7-Mitglieder Frankreich und Italien.

Kommentar Seite 20

Ein Riegel für den Wettbewerb der Unterbietung

Ökonom Felbermayr warnt vor Verwässerung

Luise Ungerboeck

Der Präsident des Instituts für Weltwirtschaft, Gabriel Felbermayr, bezeichnete die Einigung der G7 auf globale Mindestsätze bei Unternehmenssteuern als historisch. Sofern die Vorschläge nicht verwässert werden, würde dem „Unterbietungswettbewerb ein Riegel vorgehoben“, sagte Felbermayr am Sonntag dem STANDARD.

Das Paket bestehe aus zwei Säulen: der Mindeststeuer und der neuen Verteilung von Steuereinnahmen nach dem sogenannten Marktprinzip. Gemäß Marktprinzip sollen die Erträge der Unternehmenssteuer zumindest teilweise dorthin fließen, wo die Konsumenten sind, nicht wie derzeit an das Produktionsland. „Eine solche Umstellung bevorzugt Länder, die mehr konsumieren als sie produzieren, also Nettoimporteure wie die USA, und sie benachteiligt Länder, bei denen das Gegenteil gilt, wie zum Beispiel Deutschland“, führt Felbermayr aus.

Darüber hinaus sei zu unterscheiden zwischen Ländern wie Deutschland, die vor allem Güter exportieren, und Ländern wie den USA, in denen es andersrum läuft. „Die Profitabilität im Dienstleistungssektor ist viel höher als in der klassischen Industrie, man denke an Google versus Volkswagen.“

Abstand wird kleiner

Profitieren könnten Nettoexporteure wie Deutschland oder Österreich von der Verschiebung von Besteuerungsrechten trotzdem, ist Felbermayr überzeugt. Beide blieben zwar auch in einem Mindeststeuerregime Höchststeuerländer, aber der Abstand zu den Niedrigsteuerländern würde kleiner. „Das sollte den Druck, Steuern aus standortpolitischen Gründen abzusenken, ebenso verkleinern wie den Vorteil, Unternehmen zu verlagern. „Es gäbe dann eine Chance, dass echte Investitionen in die Standortqualität wichtiger würden als das einfache Absenken von Steuern, sagt der künftige Wifo-Chef.“

Das Finanzministerium in Wien erwartet aus der Mindeststeuer mindestens drei Milliarden Euro an Mehreinnahmen für den Fiskus.

Aber noch sind viele Fragen offen, und der Teufel steckt im Detail. Für welche Unternehmen gelten die neuen Regeln? Wie verhindert man Doppelbesteuerung? Wie erfolgt das Apportionment, also die Zuteilung von Besteuerungsrechten, genau und auf Basis welcher Bemessungsgrundlagen? „Ein statutarischer Steuersatz von 15 Prozent kann ganz schnell zur Farce werden, wenn man die Bemessungsgrundlage durch Dinge wie Patentboxen sehr klein rechnen kann“, warnt Volkswirt Felbermayr.

Wie werden Niedrigsteuerländer wie Irland oder Luxemburg reagieren? „Aufzwingen kann man die Mindeststeuer Irland natürlich nicht“, sagt Felbermayr. Aber hier gehe es vor allem um die Besteuerung der Auslandsgewinne von Tochterunternehmen. Diese dürften im Sitzland der Konzernmutter zusätzlich besteuert werden, bis die gesamte Steuerlast dem Mindeststeuersatz entspricht (income inclusion rule). Hinzu kommen Regeln, die es einem Staat erlauben, Töchter im Inland stärker zu besteuern, wenn die Mutter in einer Steueroase sitzt (tax on base eroding payments). „Es läge dann im Interesse Irlands, die Steuer von 12,5 Prozent auf 15 Prozent anzuheben.“

Geheimdienst warnt vor Blutvergießen

Spätestens seit dem Zustandekommen einer Anti-Netanjahu-Allianz Mitte vergangener Woche gilt die innenpolitische Lage in Israel als brisant. Manche fühlen sich an das Jahr 1995 erinnert, als Ministerpräsident Rabin ermordet wurde.

Maria Sterkl aus Jerusalem

Das ist ein Auto hier auf der Straße, es folgt mir überallhin nach.“ Die Sprachnachricht, bei der das Zittern in der Stimme von Idit Silman deutlich zu hören ist, war an die Whatsapp-Gruppe ihrer Parteifreunde gerichtet, aber sie fand ihren Weg ins Fernsehen.

Die Abgeordnete der Rechtspartei Jamina ist nicht die einzige israelische Politikerin, die um ihr Leben und die Sicherheit ihrer Kinder bangen muss, weil sie einen Regierungswechsel unterstützt. Von sechs Jamina-Abgeordneten (der siebte hat die Parteilinie verlassen) stehen vier unter Polizeischutz, so auch andere Vertreter des Anti-Netanjahu-Blocks. Noch ist unklar, wann die neue Koalition im Parlament vereidigt werden kann. Fest steht nur: Mit jedem Tag steigt der Druck.

In einem ungewöhnlichen Appell richtete sich der Chef des Inlandsgeheimdienstes Shin Bet, Nadav Argaman, an die Öffentlichkeit. Die

enorme Zunahme an Gewaltaufrufen in den sozialen Medien mache ihm Sorge, sagte Argaman und deutete an, was andere offen aussprechen: Erinnerungen an die Ermordung von Regierungschef Yitzhak Rabin 1995 werden wach.

Auch damals ging dem Attentat massive Hetze voraus. Ein „Stimmendieb“ sei Rabin, hatte der damalige Oppositionspolitiker Benjamin Netanjahu geschimpft. Ein Verräter am jüdischen Volk sei er, hetzten Rabbiner. Der junge Rechtsextreme Jigal Amir sah sich zur Tat legitimiert und führte sie aus.

„Verrat“

Auch diesmal, so wird befürchtet, könnte sich jemand berufen fühlen, Israel vor „Verrat“ zu bewahren. Auf Facebook verglich Netanjahu die aktuellen Ereignisse mit einem biblischen Verrat am Volk Israel durch „Spione“. Und auch heute sind es Rabbiner, die Öl ins Feuer gießen:

Sechs Nationalreligiöse riefen dazu auf, „alles zu unternehmen“, um die Regierungsbildung des Anti-Netanjahu-Blocks zu verhindern.

Die acht Parteien dieser Allianz hatten sich Mittwochabend knapp vor dem Ablauf der gesetzlichen Frist auf die Bildung einer Koalition geeinigt. Sie verfügt aber nur über eine hauchdünne Mehrheit von 61 der 120 Sitze im Parlament.

Für Donnerstag planen Rechtsextreme einen nationalistischen Flaggenmarsch quer durch die Altstadt Jerusalems, der auch durch das muslimische Viertel führen soll. Pläne für einen solchen Marsch hatten vor einem Monat die ohnedies angespannte Lage zusätzlich angeheizt. Verteidigungsminister Benny Gantz, der auch der geplanten neuen Regierung als Minister angehören soll, will den Marsch aus Sicherheitsgründen untersagen.

Die Entscheidung liegt aber bei Polizeiminister Amir Ohana von Ne-



Benjamin Netanjahu denkt nicht ans Aufgeben.

Foto: AFP / Pool / Sebastian Scheiner

tanjahus Likud-Partei. Im Ostjerusalem Viertel Sheikh Jarrah, einem Brennpunkt der jüngsten Eskalation, droht die Lage ebenfalls zu kippen. Die israelische Polizei nahm Samstagabend eine Al-Jazeera-Journalistin fest und ließ sie erst nach stundenlangem Vernehmung frei. Am Sonntag drangen Sicherheitskräfte in das Haus von einer der prominenten Sheikh-Jarrah-Aktivistinnen, Muna El-Kurdi, ein und nahmen sie fest. Die Festnahme könnte eine neue Welle von palästinensischen Protesten und Gewalt anfachen, die USA zeigte sich in Sorge.

Die geplante Koalition des Anti-Netanjahu-Lagers strebt indes eine rasche Vereidigung an. Der Termin dafür soll am Montag festgelegt werden. Netanjahu gab sich am Sonntag siegessicher: Selbst für den Fall, dass „diese gefährliche, betrügerische Regierung“ zustande kommen sollte, „werden wir sie sehr bald wieder zu Fall bringen“.

Trump teilt wieder gegen alle aus – und bekommt Applaus

Gianluca Wallisch

Sollte jemand Donald Trump auf der politischen Bühne vermisst haben: Er ist wieder da. Und er will am 20. Jänner 2025 als 47. US-Präsident ein Comeback feiern. Dies deutete er am Wochenende beim Parteitag der US-Republikaner von North Carolina in Greenville indirekt, aber dennoch deutlich an.

Der „neue“ Trump schloss in puncto Attitüde, Rhetorik und Gestus nahtlos an den „alten“ an: Er attackierte wider besseres Wissen den international renommierten Medizinexperten Anthony Fauci und schob ihm die Verantwortung zu, in der Pandemie 2020 alles falsch gemacht zu haben. Auch China sieht Trump nach wie vor in der Verantwortung, das Coronavirus in die Welt gebracht zu haben – daher müsse von Peking eine Milliardenentschädigung eingefordert werden. Die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen seine Person, vor allem im Zusammenhang mit Steuerbetrug, bezeichnete Trump einmal mehr als „Hexenjagd“.

Am Freitag hatte übrigens das soziale Netzwerk Facebook verkündet, dass Trump dort bis zumindest 2023 gesperrt bleibe – eine Folge seiner Rolle beim US-Sturm auf das Kapitol am 6. Jänner 2021.

Druck auf Justizressort

Unterdessen berichtete die *New York Times*, Trump habe nach verlorener Wahl im Spätherbst 2020 versucht, das Justizministerium dazu zu bewegen, Teile des Wahlergebnisses als gefälscht anzuerkennen. Stabschef Mark Meadows ventilierte dazu die reichlich abstrus anmutende Geschichte, „Leute in Italien“ hätten mithilfe von „Militär- und Satellitentechnologie“ elektronische Wahlmaschinen in den USA manipuliert und Trump-Stimmen zu solchen für dessen Herausforderer, den späteren Sieger Joe Biden, gemacht.



Donald Trump bastelt an seinem politischen Comeback.

Foto: Imago



bmf.gv.at/ecommerce

Es sind auch die kleinen Dinge, die zählen

Fairness für den österreichischen Handel

 Bundesministerium Finanzen

Ab 1. Juli 2021 werden alle Online-Bestellungen ab dem 1. Cent gleich besteuert – egal, woher die Produkte kommen. So wird die heimische Wirtschaft geschützt.

Alle Informationen auf bmf.gv.at/ecommerce oder unter **050 233 729**



Aktuelle Konfliktherde in Myanmar



In Mandalay verbrennen Demonstranten die Flagge des asiatischen Verbandes Asean. Die Menschen fühlen sich international im Stich gelassen. Viele greifen zu den Waffen.

Myanmar versinkt in Chaos und Gewalt

Während Aung San Suu Kyi der Prozess gemacht wird, greifen alte und neue Milizen im Widerstand gegen das Militär zu den Waffen. Die Folgen sind tausende Binnenflüchtlinge – und Blutvergießen.

Anna Sawerthal

Was der ehemaligen Demokratie-Ikone genau vorgeworfen ist, wissen zum Teil nicht einmal ihre Anwälte. Aung San Suu Kyi, 75 und bis 1. Februar de facto Staatschefin von Myanmar, soll am Montag in der Hauptstadt Naypyidaw zu ihrer nächsten Anhörung vor Gericht geführt werden. Seit mittlerweile mehr als vier Monaten ist sie in Hausarrest an einem unbekanntem Ort in Myanmar – nämlich seit dem Tag, an dem das Militär beschlossen hat, die Zügel der Macht wieder allein in die Hand zu nehmen.

Seit dem Putsch gehen beinahe täglich Menschen auf die Straßen. Ihr friedlicher Protest wurde immer brutaler niedergeschlagen. In den vergangenen Wochen hat sich daher, immer professioneller, bewaffneter Widerstand formiert, der das Land zunehmend in Chaos stürzt.

Dabei will die Armee, auch Tatmadaw genannt, bei ihrem Kampf um die Macht den Schein eines Rechtsstaates wahren: Ein Prozess gegen die unliebsame Suu Kyi wurde in die Wege geleitet. Seit den 1980er-Jahren ist sie in dem Land für Demokratie eingetreten und hat bereits 15 Jahre unter Hausarrest

verbracht. Mit der demokratischen Öffnung durfte auch Suu Kyi wieder auf der Politbühne auftreten, ihre unglaubliche Beliebtheit im Land katapultierte ihre Partei sofort an die Macht. Das war dem Militär dann doch ein Dorn im Auge.

Insgesamt werden Suu Kyi mindestens sechs Vergehen vorgeworfen. Dazu zählt der Vorwurf, dass sie illegal Funkgeräte besessen und dass sie während des Wahlkampfes 2020 gegen Covid-Auflagen verstoßen habe. Und dazu gehören auch Verstöße gegen den sogenannten „Official Secrets Act“.

Das Gesetz stammt noch aus der britischen Kolonialzeit. „Es wurde geschrieben, um Widerstand gegen den Staat zu brechen“, erklärt der Historiker Georg Bauer von der Uni Wien. Das Gesetz wurde auch 2018 gegen jene zwei Reuters-Journalisten angewandt, die über ein Massaker in Rakhine berichtet hatten. Eine Ironie der Geschichte, dass damals Suu Kyi selbst die Verurteilung der beiden gefördert hatte.

Der schwerwiegende Verdacht kann mit 14 Jahren Haft enden. Anders als bei den anderen Vorwürfen gegen sie wird dieser direkt vom Obersten Gericht behandelt – und

daher kann nicht dagegen berufen werden. Neben Suu Kyi ist unter anderem auch ihr australischer Berater Sean Turnell damit konfrontiert. Was ihnen aber genau vorgeworfen wird, ist nicht bekannt, gab einer ihrer Anwälte an.

Der aktuelle Prozess, so viel sei klar, sei ein Schauprozess, bei dem für Suu Kyi keine Freilassung am Ende stehen kann, solange das Militär an der Macht ist, schätzt Bauer ein. Und nicht nur viele der prominenten Gesichter der ehemaligen Regierungspartei von Suu Kyi sind mittlerweile inhaftiert: Insgesamt wurden bereits fast 5000 Menschen im Land festgenommen. Ihnen stehen ähnliche Prozesse bevor.

Milizen erneuern Kampf

Doch trotzdem reißen auch vier Monate nach dem Putsch die Proteste nicht ab. Nachdem die Militärs immer brutaler gegen Demonstranten vorgegangen waren, sahen sich viele von ihnen zunehmend gezwungen, zum bewaffneten Widerstand überzugehen.

Eine Schattenregierung, die aus dem Untergrund agiert, arbeitet daran, ihre eigenen Streitkräfte aufzubauen. Nebenbei fördert sie

die Errichtung von sogenannten „People's Defence Forces“ – kämpfende Oppositionelle, die vielerorts im Land neue Anti-Armee-Nester etablieren. Laut der britischen Zeitung *Guardian* haben sich landesweit 58 derartige Gruppen gebildet.

Diese neuen Gruppen kommen zu den existierenden Rebellenmilizen im Land hinzu, die über die Jahrzehnte gesehen ohnehin ständig mal mehr, mal weniger mit dem Militär im Clinch liegen. Auch diese Milizen haben teilweise ihren Kampf gegen die Tatmadaw erneuert. Besonders im Süden in Kayin, wo die Karen leben, kommt es zu Angriffen. Auch im Westen in Chin und vor allem im Norden in Kachin wird teils heftig gekämpft. Ein weiterer Schauplatz ist Kayah (siehe Grafik). Die Gewalt beschränkt sich aber nicht auf diese Regionen. Problematisch ist außerdem, dass die Reaktion der Armee oft überproportional zur Gegenwehr ist.

Die kriegserprobten Truppen in den Rebellengebieten bilden außerdem Leute aus den Städten aus, die nach ersten Protesterfahrungen zunehmend unter Druck geraten waren, sich zu wehren beziehungsweise zu schützen.

Ein weiteres Ziel ist es, das Militär von Einsätzen in den Grenzregionen abzulenken. So kam es bis Ende Mai in Yangon zu über 300 Bombenanschlägen. Die Attacken in den Städten und an mehreren Fronten im Land bringt die Tatmadaw tatsächlich zunehmend unter Druck.

So bauen die Oppositionellen darauf, dass sich weitere Rebellenarmeen anschließen. Die Shan, wo es immer wieder zu Konflikten kam, haben sich bisher zurückgehalten. Auch die Arakan Army in Rakhine wartet ab. Die mächtige Wa-Armee, die ihre Region wie einen unabhängigen Staat führt, hat bisher noch keinen Grund, sich der einen oder anderen Seite anzuschließen.

Für die Zivilbevölkerung heißt das Aufflammen des Konflikts, dass Tausende ihre Heimat verlassen müssen, um sich etwa im Dschungel zu verstecken. Auch der Schulstart in der vergangenen Woche war holprig: Mancherorts wurden Kinder von Milizen zur Schule eskortiert. Oft blieben die Kinder den Schulen aber fern, auch aus Protest.

Die EU überlegt unterdessen, eine dritte Runde an Sanktionen zu erlassen. Ob das die richtigen Akteure vor Ort trifft, bleibt offen.

Über 130 Tote bei Angriff in Burkina Faso

Anschlag auf Dorf wird Jihadisten in Sahel-Region zugeschrieben

Ouagadougou – Bei einem jihadistischen Angriff auf ein Dorf in Burkina Faso sind an diesem Wochenende mindestens 138 Menschen getötet worden. Roch Marc Kaboré, der Präsident des westafrikanischen Staates, verurteilte den nächtlichen Überfall als „barbarische“ Tat. Bei dem Angriff auf das Dorf Solhan in der nördlichen Sahel-Region handelt es sich um die blutigste Attacke seit dem Beginn der jihadistischen Gewalt in Burkina Faso im Jahr 2015.

Der staatlichen Nachrichtenagentur AIB zufolge seien die Menschen in der Nacht auf Samstag regelrecht „exekutiert“ worden. Demnach sollen die Angreifer auch Gebäude und den Markt in Brand gesetzt haben. Nur wenige Stunden zuvor waren bei einem weiteren Angriff in der

Region 14 Menschen getötet worden. Die beiden Attacken erfolgten im Dreiländereck von Burkina Faso, Mali und Niger.

UN-Generalsekretär António Guterres sei „empört“ über den Angriff, dem auch mindestens sieben Kinder zum Opfer gefallen seien, erklärte ein Sprecher. Diese „abscheuliche“ Tat zeige, dass die internationale Gemeinschaft ihre Unterstützung für die betroffenen Länder im Kampf gegen gewaltsamen Extremismus verstärken müsse.

EU: Mehr Präsenz zeigen

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell teilte mit, es müsse alles getan werden, um sicherzustellen, dass die Täter zur Rechenschaft gezogen würden. Er bekräftigte die Verpflichtung der EU, gegen die Un-

sicherheit zu kämpfen und die Präsenz des Staates in den am stärksten betroffenen Regionen zu verstärken.

Die Regierung von Burkina Faso nannte die Angreifer „Terroristen“, sie entsandte Einsatzkräfte, um die Angreifer zu „neutralisieren“ und die Gegend zu sichern. Zudem ordnete sie eine dreitägige Staatstrauer an. Präsident Kaboré sprach von einer „verabscheuungswürdigen“ Tat. „Wir müssen diesen Feinden der Aufklärung geeint und massiv entgegentreten“, sagte er.

Burkina Faso liegt in einem Gebiet, wo bewaffnete Gruppen aktiv sind, von denen einige dem „Islamischen Staat“ (IS) oder der Al-Kaida die Treue geschworen haben. Laut UN sind mehr als 1,2 Millionen Menschen im eigenen Land auf der Flucht. (red)

Gegen chinesische Uni in Budapest



Zehntausende demonstrierten am Samstag in der Budapester Innenstadt und vor dem Parlament gegen den Bau eines Campus der chinesischen Fudan-Universität in der ungarischen Hauptstadt. Mit Transparenten und Rufen wie „Orbán, hau ab!“ forderten sie Ministerpräsident Viktor Orbán auf, die bekannt gewordenen Pläne zu revidieren. Es handelte sich um die erste öffentliche Demo in Ungarn seit sieben Monaten.

Foto: EPA / Zoltan Balogh

Maskenaffäre setzt deutschem Minister Spahn schwer zu

Schadhafter Schutz sollte an Obdachlose gehen

Berlin – Er wurde für sein Krisenmanagement in der Pandemie viel gelobt, aber auch immer wieder wegen Fehlern kritisiert. Nun jedoch ist der deutsche Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) wegen einer Maskenaffäre so schwer unter Druck geraten, dass selbst der Koalitionspartner SPD den Rücktritt des 41-Jährigen ins Gespräch bringt.

Es geht – wieder einmal – um Corona-Schutzmasken. Laut einem Bericht des Magazins *Spiegel* hat Spahns Ministerium im Frühjahr 2020 hunderte Millionen Masken aus China bestellt. Diese aber waren unbrauchbar, weil sie den Sicherheitsstandards nicht entsprachen.

Daraufhin soll das Gesundheitsministerium versucht haben, die unbrauchbaren Masken in „Sonderaktionen“ an Sozialhilfeempfänger, Menschen mit Behinderung und Obdachlose abzugeben. Das Vorhaben sei aber am Einspruch des von Hubertus Heil (SPD) geführten Sozialministeriums gescheitert. Dieses legt die Standards für Sicherheit bei Mund-Nasen-Schutz fest.

„Skandalöses Vorgehen“

Nicht nur aus der Opposition, sondern auch von der SPD kommt scharfe Kritik an Spahn. „Armin Laschet muss sich jetzt der Frage stellen, ob dieses skandalöse Vorgehen von Jens Spahn für eine Partei mit einem christlichen Etikett noch tragbar ist. Die Öffentlichkeit hat das Recht auf eine schnelle Antwort“, sagte SPD-Chef Norbert Walter-Borjans Richtung CDU-Chef in der *Bild am Sonntag* (Bams).

Und weiter: „Es ist unwürdig und menschenverachtend, wenn ein Gesundheitsminister Menschen in zwei Klassen einteilt, nämlich die mit Anspruch auf qualitätsgeprüfte Masken und die, für die absolut untaugliche Masken gut genug sind, um ihr Leben eben nicht zu schützen.“ Käme ein SPD-Minister auf die Idee, „wüssten wir, was zu tun ist“.

Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt zeigte sich „erschüttert“ und verwies darauf, dass der Bundesregierung jedes Leben gleich viel wert sein müsse. Spahns Ministerium teilte via Twitter mit, man habe vulnerable Gruppen nicht gefährdet. Das sei ein „nicht akzeptabler Vorwurf, der von keinen Fakten gedeckt ist“. (bau)



Minister Jens Spahn (CDU) kaufte nicht nur gute Masken.

Foto: Imago Images / Photothek / Schmitz

CDU in Sachsen-Anhalt klar vor AfD

Ministerpräsident Reiner Haseloff triumphiert bei der Wahl in Sachsen-Anhalt. Seine CDU legt zu und verweist die AfD klar auf Platz zwei. Schwach bleiben die Grünen, die SPD ist nur noch einstellig.

Birgit Baumann aus Berlin



Wollen wir mal davon ausgehen, dass auch in dieser Situation am Sonntag das Wahlgeheimnis gewahrt blieb.

Foto: EPA / Filip Singer

Dr. Reiner Haseloff ist der Richtige in schwierigen Zeiten – mit diesem Wahlauftritt warb die CDU in Sachsen-Anhalt noch am Wahlsonntag auf Twitter. Vielleicht brachte auch das noch etwas.

2016 hatte die CDU mit ihrem Ministerpräsidenten Haseloff in dem 2,1-Millionen-Einwohner-Land westlich von Berlin 29,8 Prozent der Stimmen erreicht, diesmal wurden es nach ersten Prognosen 36 Prozent. „Ein klares Profil der Mitte, das war ausschlaggebend“, lobte Paul Ziemiak, Generalsekretär der Bundes-CDU, sofort nach dem Schließen der Wahllokale.

Damit entschied die CDU auch den Zweikampf mit der AfD für sich. Diese hatte vor fünf Jahren mit 24,3 Prozent eines ihrer besten Ergebnisse in einem deutschen Bundesland eingefahren. Stärker war sie danach nur einmal noch, nämlich 2017 bei der Landtagswahl in Sachsen mit 27,5 Prozent. Nun jedoch kam sie auf 23 Prozent.

Vor der Wahl in Sachsen-Anhalt hatte die AfD die CDU in einer Umfrage bereits überholt, was nicht nur bei der Landes-CDU in Magdeburg, sondern auch bei der Bundes-CDU in Berlin zu höchster Besorgnis geführt hatte. CDU-Chef Armin Laschet war daraufhin noch einmal klar und deutlich auf Distanz zur AfD gegangen, die in Sachsen-

Anhalt vom Verfassungsschutz beobachtet wird und als besonders radikal gilt.

Nie und nimmer werde man mit der AfD koalieren, verkündete er und betonte: „Mehr Brandmauer geht nicht!“ Doch alle hatten noch in Erinnerung, wie nach der Thüringer Wahl im Februar 2020 die CDU gemeinsam mit der AfD im Landtag in Erfurt den FDP-Politiker Thomas Kemmerich zum Kurzzeit-Ministerpräsidenten gemacht hatte.

Und in der Sachsen-Anhalt-CDU gibt es durchaus Kräfte, die bereit sind, auf die AfD zuzugehen. Die beiden Fraktionsvizes Ulrich Thomas und Lars-Jörn Zimmer fordern in einem Analysepapier: „Es muss wieder gelingen, das Soziale mit dem Nationalen zu versöhnen.“

Kurz vor der Wahl hatte sich die Stimmung in Umfragen wieder gedreht, die CDU zog wieder auf Platz eins, die AfD lag allerdings eine Zeitlang nur vier Punkte dahinter, was die Nervosität bei der CDU nicht unbedingt verschwinden ließ.

„Diktatorsozialisiert“

Für zusätzliche Aufregung hatte der Ost-Beauftragte der deutschen Bundesregierung, Marco Wanderwitz, ein CDU-Politiker aus dem ostdeutschen Sachsen, gesorgt. Er attestierte einem Teil der Ostdeutschen „gefestigte nichtdemokrati-

sche Ansichten“ und erklärte, sie seien für die Demokratie verloren.

Wanderwitz sprach davon, dass Menschen in Ostdeutschland zum Teil „in einer Form diktatorsozialisiert“ seien, wofür er in den eigenen Reihen – vor allem im Osten – stark kritisiert wurde. So erklärte der Ministerpräsident von Brandenburg, Dietmar Woidke (SPD), man solle nicht so tun, „als wäre in Westdeutschland die Welt in Ordnung“.

Erste Kenia-Koalition

Auch Merkel ging auf Distanz zu Wanderwitz und sagte: „Meine Herangehensweise ist immer die, dass in einer Demokratie jede Bürgerin und jeder Bürger zählt.“

Ministerpräsident Haseloff regierte in den vergangenen fünf Jahren in einer Kenia-Koalition – einem Bündnis aus CDU, SPD und Grünen, entsprechend den Farben auf der kenianischen Flagge.

Ausgesucht hat sich Haseloff diese Konstellation, die zum ersten Mal nach der Wahl 2016 zusammenfand, nicht. Doch damals hatten CDU und SPD, erstmals in einem deutschen Landtag, keine Mehrheit aus eigener Kraft mehr.

Haseloff musste, um die AfD und die Linken aus der Regierung draußen zu halten, noch die Grünen mit ins Boot holen. Die Zusammenarbeit der drei Parteien war nicht

immer einfach, gab aber den Grünen die Chance, sich als verantwortungsvolle Partei zu geben – gemäß dem Motto: Wenn CDU und SPD uns nicht hätten, gäbe es keine Regierung mehr im Land.

Nun bei der Wahl erteilte die Grünen nach ersten Prognosen wieder einmal jenes Schicksal, das sie schon von vielen Landtagswahlen kennen. Sie legten zwar zu, aber nicht so stark, wie die Umfragen es vorausgesagt hatten.

2016 schafften sie mit 5,2 Prozent gerade den Einzug in den Landtag und reisten gleich weiter in die Regierung. In Umfragen vor dieser Wahl war ihnen eine Verdoppelung vorhergesagt worden. Doch so viel führen sie dann bei Weitem nicht ein, es wurden nach ersten Prognosen nur rund sechs Prozent.

Im Osten haben es die Grünen traditionell schwerer als im Westen, in Sachsen-Anhalt gibt es noch dazu kaum größere Städte. „Wir hatten uns mehr erhofft“, räumte die Fraktionschefin im Bundestag, Katrin Göring-Eckardt, ein.

Enttäuscht ist auch die SPD. Sie sackte vom schwachen Ergebnis von 2016 (10,6 Prozent) auf acht Prozent ab. Auch die Linken haben verloren, sie sanken von 16,3 auf rund elf Prozent. Die FDP hingegen freut sich über den Einzug in den Landtag. **Kommentar Seite 20**

KURZ GEMELDET

Kritik aus Belarus an Luftraumsperrung der EU

Minsk/Brüssel – Belarus kritisiert die am Samstag in Kraft getretene EU-Luftblockade (eine Reaktion auf eine zur Landung in Minsk gezwungene Ryanair-Maschine mit dem Oppositionellen Roman Protassewitsch an Bord) als Rechtsverstoß. „Die Sanktionen sind eine gewaltsame Übernahme des Marktes und des Geschäfts“, sagte Luftfahrt-Direktor Artjom Sikorski in Minsk. (dpa)

Ayatollah Khamenei kritisiert Ausschluss von Kandidaten bei Präsidentenwahl im Iran

Teheran – Knapp zwei Wochen vor der Präsidentenwahl im Iran hat der religiöse Führer, Ayatollah Ali Khamenei, Kritik an mächtigen Wächterrat geübt. „Einigen aussortierten Kandidaten wurde unrecht getan“, sagte Khamenei am Freitag im iranischen Staatsfernsehen. Der Wächterrat hatte zuvor dutzende Personen ohne weitere Angabe von Gründen vom passiven Wahlrecht

beim Urnengang am 18. Juni ausgeschlossen. Zu den prominentesten gehörte der chancenreiche, vergleichsweise moderat positionierte Ex-Parlamentspräsident Ali Larijani. Der Wächterrat stemmt sich gegen eine Revidierung seiner Entscheidungen, die nach Khameneis Äußerungen allerdings erwartet worden wäre. Favorit ist nun der Hardliner Ebrahim Raisi. (red)

Fünf-Sterne-Bewegung wird neu gegründet

Rom – Die Fünf-Sterne-Bewegung, Italiens stärkste Regierungspartei, will sich neu gründen. Ende Juni soll über ein neues Statut abgestimmt werden, kündigte Ex-Premier Giuseppe Conte an, der wohl neuer Parteichef werden wird. Seit dem Rücktritt von Luigi Di Maio 2020 wird die vom Komiker Beppe Grillo gegründete Bewegung von Interimschef Vito Crimi geführt. (APA)

Papst lässt Tod von Kindern in Kanada untersuchen

Rom/Ottawa – Nach der Entdeckung eines Massengraves mit 215 Kinderleichen in einem ehemaligen katholischen Internat für Indigene in Kanada hat Papst Franziskus der Opfer gedacht. „Ich habe mit Schrecken die Nachrichten aus Kanada empfangen“, sagte er am Sonntag und versprach, Licht in die Sache zu bringen. Auch die UN fordern umfassende Aufklärung. (dpa)

Vom Drangsalieren eines Justiz-Hinweisgebers

Ein Staatsanwalt lieferte E-Mails von Sektionschef Pilnacek und Oberstaatsanwaltschaft-Leiter Fuchs an die WKStA. Sie hatten den U-Ausschuss nie erreicht. Danach wurde das Leben des Insiders schwer.

Fabian Schmid

Was geschah innerhalb der Justiz nach dem Auftauchen des Ibiza-Videos? Diese Frage ist eines der Kernthemen des Untersuchungsausschusses. Dieser soll die Vorgänge anhand von Akten, E-Mails und Befragungen rekonstruieren. Auskunftspersonen dazu waren etwa Sektionschef Christian Pilnacek und Hans Fuchs, Leiter der Oberstaatsanwaltschaft (OStA) Wien.

Bei den Fragen der Abgeordneten im U-Ausschuss stellte sich bei einem ehemaligen Kabinettsmitarbeiter von Justizminister Josef Moser (von der ÖVP nominiert) allerdings ein merkwürdiges Gefühl ein: Warum erwähnten die Abgeordneten jene E-Mails nicht, in denen Pilnacek ausrichtete, der Minister wünsche „keine aktive Rolle“ der WKStA? Und warum widersprach niemand Pilnacek, als er angab, nicht vorab von der Hausdurchsuchung bei Öbag-Chef Thomas Schmid erfahren zu haben?

Vorethaltene E-Mails

Nach der Veröffentlichung der Befragungsprotokolle von Pilnacek und Fuchs auf der Parlamentswebsite lieferte der einstige Kabinettsmitarbeiter, der nun wieder als Staatsanwalt tätig ist, diese Informationen an die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA). Die informierte wiederum die Staatsanwaltschaft (StA) Innsbruck, wo Ermittlungen gegen Pilnacek und Fuchs aufgenommen wurden.

Chats aus dem Smartphone von Christian Pilnacek, die von der StA Innsbruck ausgewertet und an den U-Ausschuss geliefert wurden, zeigen nun, wie groß der Druck auf den Hinweisgeber aus der Justiz ist. Er ist beruflich ein alter Bekannter von Fuchs; man kennt einander aus der StA Eisenstadt, die Fuchs einst geleitet hat. Heute arbeitet der Hinweisgeber wieder dort. Fuchs soll sich einst bei einer Bewerbung für eine höhere Stelle gegen ihn ausgesprochen haben, die Beziehung nicht besonders harmonisch gewesen sein.

Rasch wurde justizintern bekannt, dass jemand Daten an die WKStA übermittelt hatte – der Hinweisgeber hatte dies auch unter seinem Klarnamen und als Beamter getan. Eine Vorgesetzte habe den Hinweisgeber danach gefragt, „ob er sich da richtig fühlt und nicht allenfalls das Gericht besser wäre“, schreibt Fuchs an Pilnacek. Ein Kollege aus der Oberstaatsanwaltschaft Wien rief in Eisenstadt an und meinte: „Ah ... du verlässt die Jus-

tiz.“ Diesen Anruf fand er „genial“, kommentierte Fuchs. „So ein Depp“, schrieb Pilnacek über den Hinweisgeber. Und: Ob dieser zur WKStA wolle, denn „das würde ich denen vergönnen“. Mit dem „echten Blitzgeißer“ wären die „Fantafour wie-

der komplett“, kommentierte Pilnacek mit Blick auf jene vier Ermittler, die sich vor allem um die Causa Ibiza kümmern. Eine davon, Oberstaatsanwältin Christine Jilek, hatte nach „Störfeuer“ in den Ermittlungen zur ÖVP-Schredderaffäre

und einer Rüge durch Vorgesetzte wegen der Lieferung angeblich zu vieler Informationen an den U-Ausschuss die WKStA verlassen, um Richterin zu werden.

Schon vor der Weitergabe der nicht vorgelegten E-Mails war der

spätere Hinweisgeber dem Sektionschef ein Dorn im Auge gewesen. So warnte Pilnacek eine Ministeriumsmitarbeiterin vor dem damaligen Kabinettsmitarbeiter, weil dieser angeblich mit einem Oberstaatsanwalt der WKStA befreundet sei. Doch der Minister „erzählt ihm immer alles“, antwortete diese.

Moser, das „A-Loch“

Nach dem Auftauchen der E-Mails, über die STANDARD, ORF und *Profil* berichtet hatten, distanzierte sich der ehemalige Justizminister Moser von deren Inhalt. Er habe nicht vorgeschlagen, der WKStA „keine aktive Rolle“ zukommen zu lassen, wie von Pilnacek ausgerichtet, sagte Moser. Dieser sei ein „A-Loch“, schrieb der Sektionschef daraufhin an Fuchs.

Öffentlich hieß es, die E-Mails hätten sich nicht auf die Ermittlungen, sondern nur auf die Medienarbeit bezogen. Dort sollte die OStA Wien federführend kommunizieren, die WKStA eben nicht aktiv. Dass Fuchs die Information über eine bevorstehende Hausdurchsuchung bei Öbag-Chef Thomas Schmid telefonisch an Pilnacek weitergegeben hat, habe dieser im U-Ausschuss schlicht vergessen, hieß es aus seinem Umfeld.

„Knackwatsche“

Die diesbezüglichen Ermittlungen wollte die StA Innsbruck offenbar rasch einstellen; eine „Knackwatsche“ (sic) für die WKStA, schrieb Pilnacek dazu. Monatelang wurde die Angelegenheit im Justizministerium geprüft. Laut einer parlamentarischen Anfragebeantwortung wurde gegen einen Beschuldigten die Untersuchung eingestellt (vermutlich Fuchs), gegen einen anderen – vermutlich Pilnacek – wird per Weisung weiterermittelt.

Gegen Pilnacek sind noch weitere Verfahren anhängig: Er wird verdächtigt, Ex-Minister Wolfgang Brandstetter vorab Informationen über eine Hausdurchsuchung bei dessen Mandanten Michael Tojner verraten zu haben. Die Vorwürfe werden bestritten, es gilt die Unschuldsvermutung. Pilnacek hat sich am Wochenende für seine „unverzeihlichen“ Chats, über die er „entsetzt“ war, entschuldigt. Der Sektionschef wurde wegen dieser Ermittlungen suspendiert; dagegen ist er rechtlich vorgegangen. Eine Entscheidung in der Angelegenheit ist zu Beginn dieser Woche zu erwarten, das Ministerium prüft wegen der Chats allerdings eine weitere Suspendierung, sollte Pilnacek recht bekommen.



Der U-Ausschuss hatte E-Mails rund um die Veröffentlichung des Ibiza-Videos nicht erhalten. Ein Staatsanwalt übermittelte sie und zog damit den Zorn von Kollegen und Vorgesetzten auf sich.

Entschuldigungen, Entsetzen und rote Linien

Vizekanzler Kogler kann sich „keinen verurteilten Kanzler vorstellen“, Schützenhöfer lässt sich Kurz „sicher nicht herausschießen“

Wien – Die Ermittlungen gegen ÖVP-Spitzenpolitiker, -Manager und -Beamte sind in der heimischen Politik weiterhin die Causa prima. Mit Blick auf die Ermittlungen gegen Kanzler Kurz, der der Falschaussage im U-Ausschuss verdächtigt wird, definierte Vizekanzler Werner Kogler am Samstag eine Verurteilung als rote Linie. Einen verurteilten Kanzler könne er sich „nicht vorstellen“, sagte Kogler. Die Opposition fordert, wie bekannt, dass Kurz spätestens bei einem Strafantrag (also einer Art „Anklage“) zurücktritt.

Dazu befragt, stellte der steirische Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer in der ORF-*Pressestunde* klar, man lasse sich „den jungen Kanzler nicht herausschießen“, die Ermittlungen würden „nichts bringen“. Allerdings waren in Schützenhöfers Ausführungen auch viele

kritische Töne zu hören. Auf den Kanzler sei er stolz, auf sein Umfeld manchmal weniger, sagte der Landeshauptmann. Dass Öbag-Chef Thomas Schmid nach Verlust seines Diplomatenpasses schrieb, er müsse nun reisen wie der Pöbel, sei „schrecklich“.

Kritik an Chats zu Kirche

Ein „Schlag in die Magengrube“ seien für Schützenhöfer die Chats zwischen Schmid und Kurz gewesen, in denen abfällig über einen Kirchenvertreter gesprochen wird. Er sehe die ÖVP als „Schutzmacht“ der katholischen Kirche, meinte der Landeshauptmann. Insgesamt sei Schützenhöfer froh, dass der „Jugendwahn vorbei“ und nun eine „gute Mischung“ aus Alt und Jung gefragt sei. Allerdings kritisierte der ÖVP-Politiker auch die Weitergabe

von Chats an Medien, zum Beispiel durch die Neos, die sich „ununterbrochen selber ins Knie schießen“.

Ähnliche Töne waren zuvor auch von den Betroffenen zu hören gewesen. Der einstige Justizminister und Noch-Verfassungsrichter Wolfgang Brandstetter trat am Freitag in der *ZiB 2* auf, am Sonntag gab er der *Krone* ein großes Interview. Er betonte, selbst nie beleidigend über seine Kollegen geschrieben zu haben. „Da hat sich jemand mit verabscheuungswürdigen Äußerungen ausgekotzt und ausgeweint, und ich halte es für extrem überzogen, in so einer Situation mehr zu erwarten“, sagte Brandstetter zur Kritik, er hätte Pilnacek zurechtweisen müssen.

Allerdings beschwerte sich Brandstetter, dass Verfassungsgerichtshof-Präsident Christoph Grabenwarter einen Zeitungskommen-

tar von ihm verhindert habe. „Sch...“ sei das, schrieb Brandstetter an Pilnacek. Als dieser das Höchstgericht nach Kuba exportieren wollte, wandte Brandstetter ein, die Kubaner „waren doch immer freundlich“; ein Entscheidungstext des Verfassungsgerichtshofs sei „wirklich so schlimm“, wie Pilnacek nach einer Presseaussendung vermutet hatte. Ein Richterkollege von ihm „habe noch so getan“, als sei er gegen die Aufhebung des Sterbehilfebots, verriet Brandstetter auch.

Wolff erwartet Nachspiel

Heftige Kritik am Verhalten von Pilnacek und Brandstetter gab es von Rechtsanwälte-Präsident Rupert Wolff. Klar sei, dass die beiden für höchste Justizpositionen nicht „fit and proper“ seien, sagte Wolff. Mit seinem Rücktritt habe Brand-

stetter aus der Sicht eines Juristen die richtige Entscheidung getroffen, sagte Wolff, „dennoch wird das ein Nachspiel haben“. Die mögliche Verletzung des Amtsgeheimnisses beim Austausch über VfGH-Interneta sei ein Tatbestand nach dem Strafgesetzbuch, letztlich müsse die Staatsanwaltschaft da tätig werden. Dies gelte gleichermaßen für Pilnacek als Beteiligten.

Bezüglich der Amtsfähigkeit von Kanzler Kurz, sollte er wegen Falschaussage vor dem U-Ausschuss angeklagt werden, erinnerte Wolff an die Unschuldsvermutung. Anders wäre es im Falle einer Verurteilung, wobei der Rechtsanwälte-Präsident hier vor allem an moralische Standards erinnerte. „Wäre ich Bundeskanzler, würde ich zurücktreten“, so Wolff über diesen hypothetischen Fall. (red)

Die Partei der Unverstandenen

Das die FPÖ Migration ablehnt und sich damit in weitestgehender Übereinstimmung mit ihrer Wählerschaft befindet, bedarf keiner besonderen Erörterung. Dieses Faktum ist schließlich auch durch viele Umfragen belegt. Das Ausländerthema reicht allerdings nicht aus, um das Milieu zu beschreiben, in dem der Nachfolger von Norbert Hofer um Anhängerschaft buhlen muss.

So zeigen die Umfragen, die DER STANDARD seit vielen Jahren durch das Linzer Market-Institut durchführen lässt, dass jene Wahlberechtigten, die sich zur FPÖ bekennen, in einem überdurchschnittlich hohen Maße von sich sagen, dass sie keine glücklichen Menschen sind. Im April, als dies zuletzt abgefragt wurde, sagten 24 Prozent der Freiheitlichen, dass sie überwiegend nicht als glücklich zu bezeichnen wären. Sechs Prozent der freiheitlichen Wählerinnen und Wähler nennen sich sogar völlig unglücklich – der Bevölkerungsschnitt für diese Aussage lag bei drei Prozent, und in der Gesamtbevölkerung bezeichnen sich auch nur 18 Prozent als überwiegend unglücklich.

Umgekehrt: Nur 15 Prozent der Freiheitlichen, aber 21 Prozent der Grundgesamtheit sind rundum glücklich.

„Unter den FPÖ-Wählern findet man regelmäßig besonders viele Menschen, die weder Optimismus noch persönliches Glücksgefühl bekunden“, sagt Market-Institutsleiter David Pfarrhofer – DER STANDARD berichtete das mehrfach.

In den Befragungswellen während der FPÖ-Regierungsbeteiligung 2018/19 war das etwas ausgeglichener, da hatte sich ein Teil der zur FPÖ neigenden Befragten in den Fragen nach Optimismus oder Pessimismus und persönlichem Glück

30 %

der FPÖ-Wähler sagen von sich, dass sie völlig oder überwiegend unglücklich sind.

oder Unglück auf die abwartende neutrale Position („unentschieden“ oder „weiß ich nicht“) zurückgezogen. Seit Regierungsantritt von Türkis-Grün ist aber das alte Muster wiederzuerkennen, „da hat es gar kein Corona gebraucht“. Anfang Februar 2020, Corona war für die meisten Österreicher eine weitgehend unbekannte Infektionskrankheit im fernen Asien, war nur jeder fünfte Wahlberechtigte, aber jeder zweite FPÖ-Anhänger ein Pessimist.

Im Auftrag des STANDARD erhob Market in den folgenden Monaten weitere Dimensionen der Grundhaltung von Wählerschaften – und stellte in vielen Bereichen eine deutlich von anderen Wählergruppen abweichende Ausrichtung der Freiheitlichen fest.

Übergangen worden

Im heurigen März wurde erhoben, ob in Österreich „Anliegen von Menschen wie ich selbst“ zu wenig, angemessen oder zu stark berücksichtigt werden. Von den 800 Befragten sahen nur 21 Prozent ihre Anliegen zu wenig berücksichtigt, 69 Prozent empfanden ihre Interessen angemessen wahrgenommen, und drei Prozent meinten sogar, dass sie zu viel Aufmerksamkeit bekämen. Von den FPÖ-Wählern sagten aber 34 Prozent, dass ihre Interessen zu wenig berücksichtigt würden, nur 55 Prozent waren zufrieden. Diese Verteilung ist ähnlich wie bei den politisch Unentschiedenen – und dies ist das Segment der Wahlberechtigten, das die FPÖ bei Wahlen jeweils mehr oder weniger gut für sich aktivieren kann.

Am Montag wird im FPÖ-Parteipräsidium beraten, ob Herbert Kickl als Nachfolger von Norbert Hofer designiert wird – Zeit für eine Betrachtung, wie die Anhänger seiner Partei ticken.

Conrad Seidl



FPÖ-Politiker dürfen nicht zu stark als Politprofis auftreten – denen traut die Wählerschaft nicht.

Foto: APA/Fohringer

Dazu kommt ein allgemein großes Misstrauen gegenüber Politikern. In einer Umfrage im vergangenen Dezember – also vor den Auseinandersetzungen um die Vorgänge, die der Ibiza-Untersuchungsausschuss prüft – wurde einer (wie immer repräsentativ zusammengesetzten) Stichprobe von 800 Wahlberechtigten die Aussage vorgelegt: „Ich glaube, dass die meisten Politiker, egal von welcher Partei, gute Absichten haben.“

Dies konnte mit Schulnoten von eins für völlige Zustimmung bis fünf für völlige Ablehnung bewertet werden. Von allen Befragten gab es die Durchschnittsnote 3,26 – nur 14 Prozent glauben gar nicht, dass die meisten Politiker gute Absichten haben. Ganz anders die Einschätzung durch FPÖ-Anhänger, von denen gibt es fast doppelt so oft einen Fünfer – und die Durchschnittsbeurteilung ist mit 3,84 noch schlechter als jene durch politisch Indifferente.

In derselben Umfrage wurde das Statement abgefragt: „Ich habe den Eindruck, dass sich Politiker im Allgemeinen dafür interessieren, was Menschen wie ich denken.“ Diese

Volksnähe wird von 56 Prozent der Freiheitlichen rundweg bestritten – ein doppelt so hoher Wert wie im Bevölkerungsschnitt.

Ähnlich ist es, wenn man fragt, ob man genügend Mitsprachemöglichkeiten hat – da sagt jeder zweite FPÖ-Wähler, dass er gar keine habe.

Wähler an sich binden

Die FPÖ sei relativ gut darin, diese in hohem Maße unzufriedenen und sich unverstanden fühlenden Menschen, die zwischen Nichtwählen und zeitweiliger freiheitlicher Parteibindung schwanken, zu mobilisieren, sagt Pfarrhofer.

Voraussetzung ist dabei, dass sie ein entsprechendes Angebot mache. Und das können in gewissem Maße auch andere Parteien machen.

Die SPÖ, historisch aus der Vertretung der im 19. Jahrhundert rechtlosen, unzufriedenen Arbeiterschaft entstanden, kann zeitweise viele Pessimisten, Unglückliche und Unverstandene erreichen. Diese dauerhaft bei der Stange zu halten ist aber für jede Partei schwer.

Kopf des Tages Seite 20





TV-MEDIA EM-ABO: 9 AUSGABEN UM NUR € 19,-

Mit TV-MEDIA die ganze EM über wissen, was wirklich läuft.

- Infos zu den Matches und Spielstätten
- Spielplaner – du verpasst kein Spiel
- Insider-Infos zu den Fußballstars

GLEICH EM-ABO BESTELLEN UND VORTEILSPREIS SICHERN:

get.tv-media.at/em-abo oder +43 1 9555-100
mit der Aktionsnummer 2015009

Abo endet automatisch. Das Angebot ist nur im Inland bis 30.06.2021 gültig. Mindestalter 16 Jahre. Druckfehler, Irrtümer & Preisänderungen vorbehalten. Nähere Informationen zur Verarbeitung meiner Daten erhalte ich auf vgn.at/datenschutzpolicy



Karlsplatz-Sperre wird zum Politikum

Nachdem in der Nacht auf Samstag eine Party auf dem Karlsplatz eskalierte – Polizisten wurden von Flaschen getroffen und setzten Pfefferspray ein –, wurde ein Platzverbot verhängt. Sehr zum Unmut des Wiener Bürgermeisters.

Gabriele Scherndl

Ein Platz, zwei Abende, zwei Welten. Während am Freitagabend auf dem Wiener Karlsplatz Flaschen und Pyrotechnik auf Polizeibeamte flogen und diese wiederum mit dem Einsatz von Pfefferspray reagierten, so war das Aufregendste, was dort am Samstag um kurz nach sieben passierte, ein kleiner Hund, der aus dem Teich vor der Karlskirche trank.

Um zu verstehen, was dazwischen passiert ist, muss man vor Wochen, eigentlich vor Monaten ansetzen: Wie in so vielen politischen und gesellschaftlichen Konflikten spielt die Pandemie eine wesentliche Rolle dabei, dass der Karlsplatz – so wie andere Orte auch – von den Menschen, besonders den jungen, für sich entdeckt und vermehrt genutzt wurde. So sehr, dass Parties eher die Regel als die Ausnahme waren. Und so sehr, dass immer wieder auch die Polizei zugegen war.

So auch am Freitag. Hunderte Leute, die Polizei spricht gar von ein- bis zweitausend, feierten, tranken, tanzten am Karlsplatz. Wie immer wieder kletterten auch Leute auf die Statuen auf dem Platz, wie meist lief laute Musik. Die Polizei schritt ein, die Reaktion darauf war heftig: Von diversen Gegenständen getroffen, wurden acht Polizisten und Polizistinnen verletzt, die Polizei wiederum setzte Pfefferspray ein, unter den Feiernden wurden 67 angezeigt.

„Linksextreme“ Aktivisten

Später gibt die Polizei an, „amtlich bekannte linke Aktivisten“ hätten die Menge aufgeheizt, selbst Innenminister Karl Nehammer (ÖVP) meldete sich zu Wort und sprach von „Aktivistinnen und Aktivisten aus dem linksextremen Bereich als Drahtzieher dieser Attacke“.

Menschen, die an dem Abend auf dem Karlsplatz waren, sehen das freilich anders: Die Polizei habe provoziert und eskaliert, so der Tenor in sozialen Medien, darum sei die Situation dermaßen eskaliert. Was die Polizei am Tag darauf, am Sonntagvormittag, angab, reiht sich irgendwo in der Mitte ein: Bekannte, auch bisher polizeilich auffällige Personen aus dem linken Spektrum seien in der Menge gewesen und hätten sie aufgeheizt, von einem durchdachten Plan der organisierten Linksextremen war da nicht mehr die Rede.



Am Samstag, als die vorübergehende Sperre in Kraft trat, waren auf dem Karlsplatz nach 19 Uhr mehr Journalisten als Passanten. Und noch deutlich mehr Polizeibeamte.

Schnell machten Videos die Runde, die von der aufgeheizten Stimmung zeugen, schnell wurde Kritik am Innenminister laut: Politologin Natascha Strobl etwa twitterte noch am Samstag, man würde damit „ein paar hundert trinkende und feiernde Jugendliche“ zum „organisierten linksextremen Mob“ machen.

Und: Das Konzept dahinter sei wohl, dass man „ja die Extremismustheorie weiter bemühen muss“, nachdem man bei Corona-Demonstrationen eher zurückhaltend agiert habe. Das würde langfristig zu einer Unterschätzung der Rechtsextremen führen, so Strobl.

Die Polizei griff jedenfalls noch am Samstagnachmittag zu harten legislativen Mitteln. Laut Paragraph 36 des Sicherheitspolizeigesetzes

kann die Sicherheitsbehörde eine öffentliche Fläche sperren, wenn sie befürchtet, dass es dort zu einer Gefahr für Leben oder Gesundheit mehrerer Menschen oder für Eigentum oder Umwelt kommt. Und das tat sie: Ein Großteil des Karlsplatzes wurde per Verordnung ab Samstag 19.00 gesperrt – auf vorerst bestimmte Dauer. Strafhöhe für jene, die das Verbot missachten: bis zu 1000 Euro, im Wiederholungsfall sogar bis zu 4600 Euro bzw. bis zu vier Wochen Haft.

Sperre lief ruhig an

So fanden sich Samstagabend keine Feierwütigen, sondern dutzende Polizeibusse auf dem Karlsplatz ein. Mit Lautsprecherdurchsagen wurde auf die Sperre auf-

merksam gemacht, was die wenigen Anwesenden entweder verwirrte, wenn sie die Debatte nicht verfolgt hatten, oder neugierig bis wütend machte, wenn sie die Posse mitbekommen hatten.

Klar ist nach dem Sicherheitspolizeigesetz aber auch, dass eine derartige Sperre aufgehoben werden muss, wenn eine Gefahr nicht mehr besteht. Nachdem der Samstagabend entsprechend ruhig abgelaufen war, wurde schon am Sonntagmorgen die Verordnung wieder außer Kraft gesetzt.

Doch da hatte der Trubel längst auch die Stadtregierung erreicht. Bald meldeten sich Bürgermeister und Vizebürgermeister zu Wort, Erstgenannter mit besonders harten Worten: Die Verhältnismäßig-

keit müsse gewahrt werden, heißt es in einem Statement an den STANDARD, außerdem sei das Platzverbot weder mit ihm noch mit der Stadt abgestimmt gewesen. „Wir brauchen eine verantwortungsvolle Politik und Maßnahmen, die das Miteinander unterstützen. Gegenseitiger Respekt und Rücksichtnahme bilden dabei die Grundvoraussetzungen – auch für politische Akteure“, heißt es vom Stadtchef.

Dessen Vize, Christoph Wiederkehr von den Neos, wiederum forderte mehr öffentlichen Raum für junge Leute und zeigte sich erleichtert, dass das Platzverbot bereits wieder aufgehoben worden war.

Anonyme Spekulationen

Damit hätte die Situation ihren vorläufigen Höhepunkt erreichen können, hätte nicht die *Kronen Zeitung* schon den nächsten Konflikt in den Raum gestellt: Sie zitierte einen anonymen Insider, der von dem Plan berichtet, die Sperre könnte künftig jeden Abend in Kraft treten – tagsüber aber nicht, damit Kirchenbesuche möglich wären. „Das ist einfach nicht richtig“, hieß es dann aber auf Nachfrage von einem Polizeisprecher zum STANDARD. Man verhängt ein Platzverbot nur dann, wenn es Anlass dazu gebe. Und momentan – das war der Stand Sonntagnachmittag – gehe man davon aus, dass es ruhig bleiben werde. Damit könne und werde auch kein Platzverbot verhängt werden.

Dennoch kündigte die junge Linke eine Demonstration für Sonntag, 18 Uhr, auf dem Karlsplatz an, das Motto: „Der Karlsplatz gehört uns – Das Platzverbot muss weg! Wir lassen uns nicht vertreiben!“ Die werde, so hieß es von den Initiatoren vorab, in jedem Fall stattfinden, egal, ob es weitere Platzsperrungen gebe oder nicht. Immerhin werde auch der Zugang zum Treppelweg am Donaukanal immer wieder versperrt – neben dem Karlsplatz und dem Prater ein weiterer Wiener Feier-Hotspot.

Das schließt die Polizei tatsächlich nicht aus, bei derartigen „Lenkmaßnahmen“ handle man situationsbedingt, heißt es. Sollte die Gefahr erneut zunehmen, sei auch eine neuerliche Sperre des Karlsplatzes – oder anderer Plätze – denkbar. **Kommentar Seite 20**

Quälende Erinnerungen an die Morde der SS

Ein Bauer aus dem Mostviertel errichtete ein Denkmal für die Opfer der Todesmärsche im Frühjahr 1945

Michael Simoner

Dorna ist ein kleines Idyll. In der Bauernhof-Siedlung bei Mank im niederösterreichischen Mostviertel leben 16 Menschen. Zwei davon sind das Ehepaar Alois und Erna Will. Alois Will wird im Oktober 80, er hat hier schon immer gelebt. Er war Bauer, Imker, Lkw-Fahrer und hat als Buschauffeur ganz Europa gesehen. Er hat aber auch Erinnerungen, die ihn seit seinen Kindertagen quälen: Im April 1945 musste er direkt vor seinem Elternhaus die Morde an drei Männern mit ansehen. Die Opfer waren KZ-Häftlinge, die in den letzten Kriegstagen auf einem der berühmtesten Todesmärsche nach Mauthausen von Nazi-Schergen erschossen wurden.

Im Jahr 2010 haben Alois und Erna Will auf dem Hof ein Mahnmahl für die Ermordeten errichtet. Aus

der persönlichen Erinnerung wurde ein Beitrag für das kollektive Gedächtnis, das Mahnmahl Dorna hat inzwischen einen fixen Platz in der heimischen Erinnerungskultur. Im Vorjahr hätte das Zehn-Jahr-Jubiläum der Denkmalsetzung stattfinden sollen, es wurde aber Corona-

bedingt auf heuer verschoben und fand nun am Sonntag in Dorna statt. Für die Gedenkrede konnte Alois Will den Pianisten Paul Gulda gewinnen, der auch Vorstand der Rechnitzer Flüchtlings- und Gedenkinitiative Refugius im Burgenland ist. Auch der Manker Bürger-

meister Martin Leonhartsberger und der Zweite Präsident des Niederösterreichischen Landtages, Gerhard Karner, betonten die große Bedeutung des kleinen Mahnmals aus Quarzitblöcken aus einem Steinbruch in der Nähe von Melk.

Da man ursprünglich davon ausging, dass die Opfer jüdische Zwangsarbeiter aus Ungarn waren, ist das Mahnmahl an den Stil eines jüdischen Grabmals angelehnt. Neuere Forschungen des Zeithistorischen Zentrums in Melk haben ergeben, dass es sich um Gefangene aus dem KZ-Außenlager Saurerwerke in Wien-Simmering gehandelt haben dürfte.

Christian Rabl vom Zeithistorischen Zentrum hat in Akten der Nachkriegsjustiz die Aussage eines früheren SS-Angehörigen gefunden, dessen Schilderungen sich weitgehend mit den Erinnerungen von Alois Will decken.

Lkw-Werkshallen der Saurerwerke waren ab Sommer 1944 zu einem KZ-Außenlager von Mauthausen umfunktionierte worden, bis zum Frühling 1945 internierten die Nazis dort 1480 Zwangsarbeiter. Darunter befanden sich unter anderem Juden, Widerstandskämpfer und politische Gefangene aus ganz Europa.

Die drei Mordopfer von Dorna wurden an Ort und Stelle begraben. Die Familie Will stellte Holzkreuze auf, wie sich Alois Will erinnert. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die sterblichen Überreste auf dem Ortsfriedhof von Mank bestattet. Dort war ab den späten 1960er-Jahren in der Inschrift nur mehr von gefallenen Soldaten die Rede. „Kein Gedenkstein markierte die letzte Ruhestätte der Opfer des Massakers von Dorna“, betont Remigio Gazzari vom Museum „Erlauf erinnert“.

Erst das Ehepaar Will hat diese Erinnerungslücke geschlossen.



Paul Gulda sorgte musikalisch und mit einer Rede für eine besinnliche Gedenkfeier in Dorna. In der ersten Reihe, im grauen Sakko: Alois Will.



SPEKULATION

Wie man Gewinne durch den Handel mit Kryptowährungen korrekt versteuert

WIRTSCHAFT UND RECHT Seite 12

Es geht um Ihre Einstellung.

jobs.derStandard.at



Fisch hat einen Haken

Fischspeisen können lange Lieferketten und eine zerstörerische Vorgeschichte haben: Überfischung, kaputte Meeresböden und verendete Tiere. Wer das nicht auf seinem Teller will, bräuchte Expertise in Meeresbiologie. Denn bei der Transparenz hakt's.

Davina Brunnbauer, Flora Mory

Seit etwas mehr als hundert Jahren ist Österreich nicht mehr adriatische „Seemacht“, sondern Binnenland. Dennoch betrifft der morgige Tag der Meere alle Menschen, die hier leben. Und das nicht nur wegen des herbeigesehnten Post-Corona-Strandurlaubs. Es gibt ziemlich viele Meeresbewohner in Österreich – und zwar auf den Tellern, Pizzas, Marktständen und in Supermarktregalen, filetiert, eingelegt, geräuchert oder im Ganzen. Im Meer fehlen sie hingegen.

Obwohl die Uno der Staatengemeinschaft zum Ziel gesetzt hatte, die Überfischung bis 2020 zu beenden, gelten weiterhin 33 Prozent der weltweiten Fischbestände als bedroht. 60 Prozent werden bis an die Grenze ihrer Tragfähigkeit genutzt. Im Lieblingsmeer der Österreicher, dem Mittelmeer, sind gar 75 Prozent der Bestände überfischt. Das gefährdet Ökosysteme und die Ernährungssicherheit von Milliarden Menschen weltweit, für die Fisch ein Grundnahrungsmittel ist.

Die globale Fischereiindustrie bleibt dennoch massiv subventioniert, und die Nachfrage steigt – auch in Österreich: Dafür müssen mehr als 90 Prozent der hierzulande angebotenen Süß- und Salzwasserfische aus dem Ausland importiert werden. Würde Österreich, wo jährlich pro Haushalt so viel für Fisch ausgegeben wird wie für Huhn, seinen Bedarf

nördlichen EU-Gewässern. Außerdem gerät sehr viel Beifang in die bis zu 600 Meter langen Schleppnetze im Nordatlantik oder in Stellnetze in der Ostsee, in denen auch seltene Schweinswale verenden. Weltweit werden jährlich 38 Millionen Tonnen Tiere – darunter Delfine, Haie oder Schildkröten – unbeabsichtigt gefangen. Der Anteil, der nicht für den Konsum geeignet ist, wird dann oft tot zurück ins Meer geworfen oder zu Fischfutter. Das entspricht 40 Prozent des globalen Fischfangs.

Dann doch lieber zur Scholle greifen, deren Befischungsraten zumindest in der Nord- und Ostsee als nachhaltig gilt? Auch hier lohnt sich ein zweiter Blick: Denn die bodennah lebende Fischart wird oft mit Grundschleppnetzen gefangen. Dabei ziehen Schiffe riesige Netze am Meeresboden entlang und löschen die gesamte Flora und Fauna aus. Beim Aufwühlen des Bodens wird zudem gespeicherter Kohlenstoff freigesetzt, der sich zu CO₂ bindet und den Klimawandel weiter anheizt.

Angesichts der massiven Kollateralschäden ist die Debatte für Gerd Kraus, den Leiter des staatlichen Thünen-Instituts für Seefischerei in Hamburg, verzerrt. Denn Überfischung sei mit den richtigen politischen Maßnahmen reversibel, wie einige Bestände in den EU-Meeren gezeigt hätten. Zerstörte Meeresböden bräuchten jedoch hunderte Jahre zur Regeneration. Kraus fordert daher, bis zu 30 Prozent der Gewässer mit strikten Fischereiverboten unter Schutz zu stellen.

Für den Konsumenten, der im Supermarkt zu den Fischstäbchen oder im Restaurant zur Thunfischpizza greift, ist die Vorgeschichte des Produkts jedenfalls nicht sichtbar. Zwar finden sich einer EU-Verordnung folgend auf jeder Verpackung Informationen über Fanggebiet und Fangart. Ein Kunde, der über keine Expertise hinsichtlich der Fischereipraktiken und Fischbestände verfügt, kann diese aber nur schwer einordnen. „Wir muten dem Konsumenten da sehr viel zu“, meint WWF-Experte Axel Hein, der die Sortimentsprüfung bei Spar und Hofer leitet. Auch wenn es weniger invasive Fangmethoden mit geringem Beifang gebe, etwa die Angelrute, gelte grundsätzlich: „Fischerei, die keine Auswirkungen

33

Prozent der weltweiten Fischbestände gelten als überfischt. Im Mittelmeer sind es 75 Prozent.

ausschließlich mit heimischem Fisch abdecken, würde das Angebot nur bis Mitte Jänner reichen. Der EU-Schnitt liegt bei Juni.

Die großen Supermarktketten haben auch beim Fisch längst Nachhaltigkeit als Verkaufsargument entdeckt. Ein großer Teil der angebotenen Produkte ist mit Nachhaltigkeitsiegeln versehen. Das gängigste ist das MSC-Siegel des Marine Stewardship Council, das Fischereibetriebe danach bewertet, ob umweltverträgliche Fanggeräte eingesetzt und die Fischbestände verantwortungsvoll genutzt werden. Obwohl die MSC-Nachhaltigkeitsvorgaben strenger sind als die europäischen und globalen Regeln, haben Umweltschutzorganisationen, darunter Greenpeace und der WWF, wiederholt kritisiert, dass die Mindestanforderungen des Siegels zu niedrig sind. So wird sogar der einst stark gefährdete Blauflossen-Thunfisch im Atlantik von MSC zertifiziert, obwohl Umweltschützer warnen, dass es trotz einer Bestandserholung zu früh dafür ist. Heimische Supermärkte und der Großhändler Metro, wo viele Gastronomiebetriebe ihren Fisch beziehen, setzen dennoch auf das MSC-Siegel. Spar und Hofer lassen darüber hinaus jährlich vom WWF prüfen, ob die Bestände des Sortiments verantwortungsvoll gefischt werden, sich also wieder erholen können. Auch Rewe und Lidl geben an, sich an Expertenempfehlungen zu halten.

Keine Gewissheit

Was sich schlussendlich in den Regalen findet, ist aber dennoch eine Kompromisslösung zwischen Umweltschutz und Industrieinteressen. Siegel können nur bedingt eine Orientierung für den Konsumenten leisten. Wer etwa Kabeljaufilets im Supermarkt kaufen möchte, sollte darauf achten, wo und wie der Fisch gefangen wurde. Im Nordatlantik nimmt sein Bestand massiv ab, ist aber noch nicht unter die kritische Mindestgrenze gefallen. In der Ostsee gilt er längst als stark gefährdet. Manche Kabeljauprodukte, obwohl durch MSC zertifiziert, differenzieren aber nicht zwischen den Regionen in den

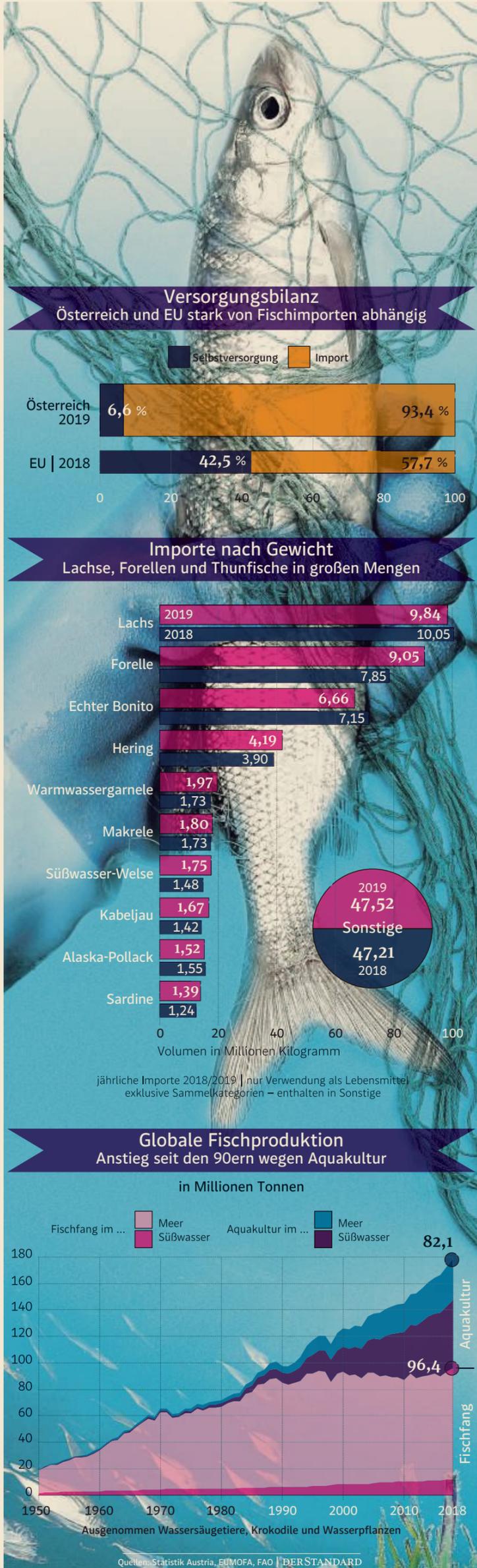
„Wir muten dem Konsumenten sehr viel zu.“

WWF-Experte Axel Hein

gen auf das Ökosystem hat, gibt es nicht. Fisch sollte daher als nicht alltägliche Delikatesse gesehen werden.“

Oft wird auch zum heimischen Fisch und zur Aquakultur geraten, die die Wildbestände im Meer entlasten soll. Bereits jeder zweite Speisefisch stammt heute aus Zucht. Der Haken: Die Lieblingsfische der Österreicher, die heimische Forelle und der importierte Lachs, bleiben auch im Zuchtbecken Raubfische. Für die Produktion von einem Kilo Zuchtfisch braucht es bis zu drei Kilo Fischmehl. Dieses besteht wiederum zu 70 Prozent aus Wildfisch. Ganze Küstenabstriche vor Westafrika werden unter anderem wegen der Futterproduktion leergefischt.

Der Konsumentenschutz der Arbeiterkammer empfiehlt deshalb das Biosiegel. Das versucht zu garantieren, dass Fischfutter nachhaltig produziert wurde – etwa aus Fischresten und mit pflanzlichen Proteinen vermengt –, keine Hormone verabreicht werden und Fische ausreichend Platz haben.



KURZ GEMELDET

Italien will Touristen Einreise erleichtern

Rom – Italiens Tourismusminister Massimo Garavaglia urgiert, dass Touristen mit einem weniger als 72 Stunden alten PCR-Test ins Land einreisen dürfen.

Gastro-Obmann beklagt Fachkräftemangel

Wien – Eine Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen für arbeitslos Gemeldete fordert angesichts des Personal Mangels in der Gastronomie der oberste Vertreter der Branche in der Wirtschaftskammer, Mario Pulker.

Rosneft-Chef warnt vor Ölknappheit

St. Petersburg – Der Chef des russischen Energiekonzerns Rosneft warnt vor einer Ölknappheit ab der zweiten Jahreshälfte.

GANZ KURZ

+++ Strafanzeige für Marsalek Die philippinischen Behörden haben rund um die Wirecard-Affäre Strafanzeige gegen Ex-Wirecard-Vorstand Jan Marsalek gestellt.

Wer die Dieseldieselrechnung zahlt

Mit 70 ist bei Volkswagen noch lang nicht Schluss. Hans Dieter Pötsch, einst Finanzchef, soll weitere fünf Jahre Präsident bleiben – trotz Dieselskandals.

Hans Dieter Pötsch soll weitere fünf Jahre oberster Kontrolleur des Volkswagen-Konzerns bleiben.

Die Personalie hatte sich bereits angedeutet, für das nächste Treffen der Aktionäre wird nun ein Termin im Juli angepeilt.

Pötsch war im Herbst 2015 als Nachfolger des Konzernpatriarchen Ferdinand Piëch als Leiter des Kontrollgremiums im größten deutschen Industriekonzern installiert worden.

Der langjährige VW-Finanzvorstand Pötsch gilt als bestens vernetzter Kapitalmarktexperte und versierter Strategie.

Dieseldiesel zum Trotz

Zeitweise war Pötsch aber auch selbst umstritten. So gab es Vorwürfe, er habe vor Bekanntwerden des Dieselskandals im September 2015 die Öffentlichkeit und die Finanzmärkte zu spät über das finanzielle Risiko ins Bild gesetzt.



Lang ist's her: Der VfL gewann die Meisterschaft 2008/09, und Hans Dieter Pötsch (links) und Ex-VW-Chef Martin Winterkorn spielten noch in der gleichen Mannschaft.

Foto: Imago Images

Nach dem Abschluss interner Ermittlungen zu den Verantwortlichkeiten im Dieselskandal soll jetzt eine Entscheidung über die Details der Entschädigungen bevorstehen.

Laut Vorschlag des Nominierungsausschusses soll die Hauptversammlung auch die Bestellung der Unternehmerin und Designerin Louise Kiesling erneuern.

Entschädigt sind im Jahr sechs nach Aufhängen der Abgasmanipulationen längst nicht alle Konsumenten.

SUDOKU

dst.at/Sudoku

Auflösung Sudoku Nr. 4927a

8 7 5 4 1 2 9 3 6
3 4 6 9 8 5 2 7 1
9 1 2 6 3 7 4 8 5
6 5 9 1 2 3 7 4 8
4 2 8 7 6 9 1 5 3
7 3 1 8 5 4 6 9 2
5 9 3 2 7 1 8 6 4
2 8 7 5 4 6 3 1 9
1 6 4 3 9 8 5 2 7

Auflösung Sudoku Nr. 4927b

1 7 3 6 8 2 4 9 5
6 2 8 5 3 1 7 4 9
2 4 6 9 7 5 3 8 1
7 8 4 1 9 3 2 5 6
4 3 1 8 5 6 9 7 2
8 5 9 4 2 7 6 1 3
9 1 2 7 6 4 5 3 8
5 6 7 3 1 9 8 2 4
3 9 5 2 4 8 1 6 7

Nr. 4928a normal (mittel)

Grid for puzzle 4928a with numbers 8, 4, 3, 7, 6, 5, 4, 2, 2, 1, 8, 6, 7, 9, 3, 1, 6, 4, 3, 7, 9.

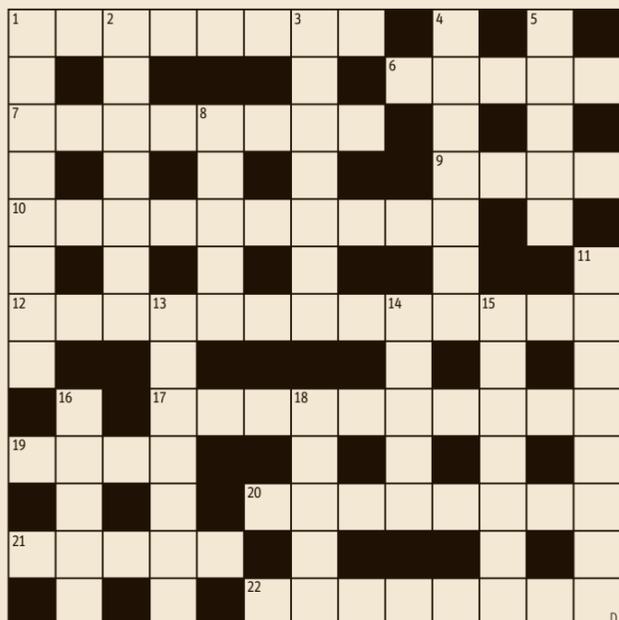
Nr. 4928b X-Sudoku (mittel)

Grid for puzzle 4928b X-Sudoku with numbers 7, 6, 8, 5, 3, 7, 6, 9, 7, 3, 8, 6, 8, 9, 4, 8, 3, 6, 9, 7, 7, 8, 3, 1, 9, 5, 4.

Spielregeln: Das Rastergitter ist so auszufüllen, dass die Zahlen von 1 bis 9 nur je einmal in jeder Reihe, in jeder Spalte und in jedem umrahmten Kästchen (beziehungsweise in jeder Diagonale beim X-Sudoku)

STANDARDRÄTSEL Nr. 9800 © phoenixen; www.phoenixen.at

dst.at/Raetsel



Waagrecht: 1 Räumliches Denken gefragt: „Gibts fürs massive Inka-Bett / ein Plätzchen noch im -?“ 6 Lässt sich die Welle rückwärts durch einen Nostalgorithmus steuern?



Wir wollen deine Ideen fördern. Du auch?

Egal ob Ein-Personen-Unternehmen oder Großunternehmen: Hole dir jetzt deine Wirtschaftsförderung und wachse gemeinsam mit deiner Stadt.

1. Unterstützung von Ein-Personen-Unternehmen:

- € 7.000,- für Corona-bedingte Änderungen an deinem Geschäftsmodell
- Bis zu € 2.000,- und 80% der Kurskosten für deine berufliche Aus- und Weiterbildung

2. Tourismusförderung:

- Hotellerie: bis zu € 50.000,- für Buffet und Getränke, Marketing und Werbung sowie externe Dienstleistungen
- Wiener Clubs: bis zu € 30.000,- für Personalkosten, Gagen und Corona-bedingte Baumaßnahmen oder Investitionen
- Kongresse und Firmenevents: bis zu € 60.000,- aus dem „Vienna Meeting Fund“ pro Veranstaltung

3. Förderung von Produkten und Ideen:

- € 200.000,- pro realisierter Idee, wie Unternehmen trotz Corona funktionieren können mit dem Programm „Innovate4Vienna II“

4. Grätzel-Belebung:

- Bis zu € 25.000,- pro Projekt bei Eröffnungen in leerstehenden Geschäftslokalen im Rahmen von „Geschäftsbelebung Jetzt“

5. Digitalisierungsförderung für Kleinunternehmen:

- Bis zu € 10.000,- pro Unternehmen für den Ausbau der Online-Präsenz über „Wien Online Next“

Gleich informieren unter coronavirus.wien.gv.at/wirtschaft

**Stadt
Wien**

wien.gv.at/coronavirus

Wie besteuert man Kryptogeld?

Das Steuerrecht hinkt aktuellen Entwicklungen in der Kryptobranche hinterher. Schuld ist auch das enorme Tempo, sagt Oliver Stauber, Jurist bei Bitpanda.

Jakob Pflügl



Foto: Imago

Der Innovationsschub bei Kryptowährungen stellt Finanzbehörden und Steuerberater vor Herausforderungen. Oft fehlen die rechtlichen Vorgaben.

Manchmal geht es sogar mir zu schnell“, sagt Oliver Stauber und meint damit das enorme Entwicklungstempo im Bereich Kryptowährungen. Als ehemaliger Anwalt und Chief Legal Officer bei Bitpanda, der größten Handelsplattform in Österreich, hat er sich auf die rechtlichen Rahmenbedingungen von virtuellen Währungen und Assets spezialisiert.

Am Donnerstag wird Stauber bei der Tax Tech, einer Konferenz für digitale Entwicklungen im Steuerrecht, über die steuerliche Behandlung von „Mining“ und „Staking“ sprechen. Denn: Viele rechtliche Fragen im Bereich Krypto-Assets sind nach wie vor unklar. Für die herkömmlichen gesetzlichen Begrifflichkeiten sind die neuartigen Technologien oft schwer greifbar – auch deshalb, weil sie sich rasant weiterentwickeln.

Laut Finanzministerium handelt es sich bei virtuellen Zahlungsmitteln wie Bitcoin oder Ether um „sonstige unkörperliche Wirtschaftsgüter“. Gewinne können nicht nur durch Handel, sondern

auch durch Mining erwirtschaftet werden. Miner stellen dem jeweiligen Blockchain-Netzwerk einer Kryptowährung ihre Rechenleistung zur Verfügung und bekommen dafür Block-Rewards, Belohnungen in Form der jeweiligen virtuellen Währung.

Gewerbliche Einkünfte

Erfolgt das Mining im Rahmen eines Gewerbebetriebs gelten die Erträge laut Ministerium als gewerbliche Einkünfte, die entsprechende steuerliche Konsequenzen nach sich ziehen. Die Herstellung von Krypto-Assets wird also genauso behandelt wie die sonstiger Wirtschaftsgüter.

Laut Stauber ist diese Definition jedoch inkonsequent: „Mining ist keine Herstellung, sondern ein Validierungsvorgang. Es handelt sich dabei also um eine Dienstleistung.“ Der Betreiber erbringe eine Leistung, indem er auf der Blockchain Transaktionen überprüft und bestätigt. „Dafür bekommt er – wenn er Glück hat – eine Belohnung in Form von Krypto-Assets.“ Im Ergebnis

mache das aber keinen Unterschied: Unabhängig von der Einstufung als Herstellung oder Dienstleistung handle es sich in den meisten Fällen um Einkünfte aus Gewerbebetrieb, sagt Stauber.

Schwieriger seien neuere Konzepte zu beurteilen: Bei einer häufigen Form des sogenannten Staking stellen Kunden ihre Krypto-Assets einer Börse zur Verfügung, die mit den Einheiten arbeitet, indem sie damit an einem Proof-of-Stake-Netzwerk teilnimmt. Der Kunde hat in der Regel keinen Einfluss auf den Prozess, sondern bekommt in regelmäßigen Abständen eine Vergütung ausbezahlt. Er kann den Vorgang zwar jederzeit beenden, trägt aber auch das Kursrisiko.

Keine konkreten Vorgaben

Das Ministerium verweist darauf, dass „zinstragend veranlagte Krypto-Assets“ Kapitalvermögen darstellen und dem Sondersteuersatz von 27,5 Prozent unterliegen. Laut Stauber liegt aber weder eine Verzinsung noch Kapitalvermögen vor. „Die Anleger bleiben Eigentümer

ihrer Krypto-Assets und verleihen nur deren Validierungsrechte. Es wird kein Kapital überlassen.“ Vielmehr handle es sich bei den Staking-Rewards am ehesten um sonstige Einkünfte. Der Gewinn berechne sich in diesem Fall durch den Überschuss der Einnahmen über die Werbungskosten. Die dabei erhaltenen Kryptowährungen selbst könnten ein Jahr nach Erhalt steuerfrei veräußert werden, genauso wie die zugrunde liegenden gestakten Kryptowährungen.

Konkrete gesetzliche Regelungen oder Rechtsprechung gibt es derzeit nicht. Aktuell sei das Steuerrecht teilweise noch weit von den neuesten Entwicklungen in der Praxis entfernt, sagt Stauber, der sich als Gründungsmitglied und Vorstand der Digital Assets Association Austria auch für das Ökosystem im Bereich der digitalen Assets einsetzt und die Interessen von Start-ups in der Branche vertritt. Seit 2017 habe es seitens des Finanzministeriums nichts Neues mehr gegeben. „Das ist in Kryptozeiten quasi ein Jahrhundert.“

taxtech.at

WISSEN

Versteuerung von Kryptogewinnen

Einnahmen aus dem Verkauf von Kryptowährungen gelten als „sonstige Einkünfte“ und sind als Spekulationsgeschäfte steuerpflichtig. Verkäufe liegen nicht nur beim Eintausch der Krypto-Assets in Euro vor, sondern auch beim Tausch mit anderen virtuellen Währungen oder beim Kauf eines Produkts. Laut Helmut Beer, Steuerberater bei TPA, hängt die Steuerpflicht von zwei Faktoren ab: Gewinn und Behaltedauer. Der Gewinn ist die Differenz zwischen den Anschaffungskosten in Euro und dem Verkaufserlös in Euro. Transaktionskosten und Depotgebühren können abgezogen werden. Letztlich ist für die Steuerpflicht die Behaltedauer entscheidend: Der Verkauf einer Kryptowährung mehr als ein Jahr nach Kauf ist steuerfrei. Verkauft man früher, wird man steuerpflichtig. Steuerberater Beer rät dazu, alle Transaktionen gut zu dokumentieren, um sie später bei der Steuererklärung nachweisen zu können. Bei vielen Kryptobörsen kann die Transaktionshistorie gespeichert werden – so auch beim österreichischen Anbieter Bitpanda. Das Unternehmen empfiehlt, eine Tabelle zu erstellen und dort alle Transaktionen zu dokumentieren. Wem das zu mühsam ist, kann bei Bitpanda auch auf das Partnerunternehmen Blockpit zurückgreifen, das automatisch Steuerberichte generiert. Ab einer Anzahl von 25 Transaktionen ist das Angebot allerdings kostenpflichtig.

Schwierige Urteilsvollstreckung in Großbritannien

Mit dem Brexit gibt es kein sicheres Abkommen für Anerkennung zivilgerichtlicher Entscheidungen mehr

Fabian Paulista

Mit dem Ende des Übergangsabkommens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich (UK) Ende 2020 ist auch die wechselseitige Vollstreckung zivilgerichtlicher Entscheidungen abgelaufen. Seit 1. 1. 2021 ist daher die EU-Verordnung über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelsachen (EuGVVO) nicht länger anwendbar. Zwar sind alle davor eingeleiteten Verfahren davon nicht betroffen. Wer aber jetzt ein zivilgerichtliches Verfahren eröffnet, kann sich nicht sicher sein, ob ihm ein errungener Titel nützt. Ohne neues Abkommen ist es fraglich, ob und wie Entscheidungen der Zivilgerichte zwischen der EU und dem UK vollstreckt werden können.

Naheliegender wäre die Anwendung des Europäischen Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommens (EuGVÜ), der Vorgängerregelung von 1968. Dieses trat zwar formal nie außer Kraft, jedoch bestimmt Art. 50 des Unionsvertrags (EUV), dass mit dem Austritt eines Staats aus der EU im Verhältnis zu

dem austretenden Staat alle Unionsrechtsakte erlöschen. Es ist daher davon auszugehen, dass auch das EuGVÜ nicht länger anwendbar ist. Auch hat London eine Anwendbarkeit 2019 innerstaatlich ausgeschlossen.

Luganer Übereinkommen

Auch das Luganer Übereinkommen (LGVÜ), das die Vollstreckung von zivil- und handelsrechtlichen Entscheidungen zwischen den EU-Mitgliedsstaaten und den Efta-Staaten Norwegen, Schweiz, Island und Liechtenstein regelt, ist durch den britischen Austritt nicht länger anwendbar. Hier müsste London neuerlich beitreten, was jedoch vonseiten der EU bisher blockiert wird. Darüber hinaus müssten alle Mitglieder des Luganer Übereinkommens dem neuerlichen Beitritt des Nicht-Efta-Mitglieds UK zustimmen.

Auch das Haager Gerichtsstandsübereinkommen (HGÜ) hilft nur bedingt weiter, gilt dieses internationale Abkommen doch nur zwischen Unternehmen und nur, wenn sie den Gerichtsstand ausdrücklich vereinbart haben. Ohne eine solche Vereinbarung sind auch die in der HGÜ normierten Anerkennungs-

und Vollstreckungsbestimmungen nicht anwendbar.

Darüber hinaus ist auch der zeitliche Anwendungsbereich des HGÜ unklar. Während London von einer Anwendbarkeit seit 1. 10. 2015 ausgeht, steht die EU-Kommission auf dem Standpunkt, dass die Briten erst durch den Austritt mit 1. 1. 2021 eigenständige Vertragspartei des HGÜ wurden. Für Gerichtsstandvereinbarungen, die im Zeitraum dazwischen abgeschlossen wurden, führt dies zur abstrusen Situation, dass zwar Urteile österreichischer Gerichte im Vereinigten Königreich anerkannt und vollstreckt werden, umgekehrt jedoch nicht.

Ein Blick zurück

Selbst ein Blick zurück in das Jahr 1933 und auf den britischen Foreign Judgments Act, der gegenüber Österreich 1962 in Kraft trat, bringt wenig. Es ist fraglich, ob diese Vereinbarung nicht durch den Beitritt der Länder zum EuGVÜ aufgehoben wurde. Da es jedoch aktuell kein anderes Abkommen zwischen Großbritannien und Österreich gibt, auf das sich natürliche Personen stützen können, mehren sich die Stimmen, dass die-

se Vereinbarung sehr wohl wieder in Kraft sei. Unterstützt wird dies durch ein Merkblatt der britischen Regierung über die Folgen des Brexits vom 31. 12. 2020, das ausdrücklich auf diese Abkommen verwies. Dabei ist Folgendes zu beachten:

■ So ist zwingend ein Exequaturverfahren nötig, das prüft, ob eine Entscheidung anerkannt wird.

■ Es können nur Entscheidungen sogenannter oberer Gerichte anerkannt und vollstreckt werden. Dies beinhaltet zwar alle Gerichte vom Landesgericht aufwärts, nicht jedoch Bezirksgerichte. Auch Vergleiche können nur vollstreckt werden, so sie vor einem solchen Gericht geschlossen wurden.

■ Vollstreckbar sind nur Geldforderungen innerhalb von sechs Jahren ab Rechtskraft.

Fazit: Solange sich London und Brüssel nicht auf ein neues Abkommen einigen, ist man für die Anerkennung und Vollstreckung zivilgerichtlicher Entscheidungen auf das HGÜ oder das Vollstreckungsabkommen von 1961 angewiesen.

FABIAN PAULISTA ist Rechtsanwaltsanwältin bei Eversheds Sutherland in Wien.

ENTSCHEIDUNGEN

Gleichwertige Arbeit erfordert gleiches Gehalt

Luxemburg – Frauen, die in den Supermärkten des britischen Handelsunternehmens Tesco arbeiten, verdienen weniger als Männer, die in den Vertriebszentren des Konzerns beschäftigt sind. Sie klagten daher auf gleiche Entlohnung. Der Europäische Gerichtshof unterstützt sie in ihrem Anliegen: Der Grundsatz des gleichen Entgelts für Männer und Frauen ist nicht nur bei gleicher, sondern auch bei gleichwertiger Arbeit unmittelbar anwendbar (EuGH, 3. 6. 2021, C-624/19 – Tesco Stores)

Arbeitsplätze können Waldrodung rechtfertigen

Wien – Ein Unternehmen stellte einen Antrag auf Rodungsbewilligung, um einen Parkplatz für neue Mitarbeiter errichten zu können. Das Verwaltungsgericht versagte die Zustimmung. In der Gemeinde stehe ausreichend Bauland zur Verfügung. Eine Revision des Unternehmens war allerdings erfolgreich: Im Verfahren wurde das öffentliche Interesse an den neuen Arbeitsplätzen in der Gemeinde nicht ausreichend berücksichtigt. Jetzt muss neu verhandelt werden. (VwGH, 27. 4. 2021, Ra 2020/10/0186)



Foto: Reuters/Vaganov

NIEDERLÄNDISCHER PECHVOGEL

Ein Crash nach Reifenschaden kostete Max Verstappen den Sieg im Formel-1-Rennen in Aserbaidschan.

SPORT Seite 16

Geht ins Ohr,
bleibt im Kopf.

„Thema des Tages“ – der STANDARD-Podcast.
Mo–Fr um 17 Uhr auf derStandard.at und Spotify.

JETZT
REINHÖREN

Schweine auf Dienstreise

So schnell wie sie bringt niemand die Gegenwart auf die Bühne: In „Lärm“ verhandelt Elfriede Jelinek die Corona-Pandemie. Die Hamburger Uraufführung ist witzig und bildmächtig. Da ginge aber noch mehr.

Stephan Hilpold aus Hamburg

Die Bühne ist ein Loch – genauer gesagt jenes Loch im Tiroler Ischgl, das im März letzten Jahres traurige Berühmtheit erlangte. Von der Après-Ski-Bude Kitzloch aus verbreitete ein Barmann das Virus über halb Europa: ein Super-spreader – auch wenn man damals noch nicht wirklich wusste, was das ist. Ein Loch aber, das ist in unserer Phantasmagorie etwas, in das man hineinfällt und aus dem man nicht wieder herausfindet. Ein Loch ist Gefahr und natürlich auch Lustquelle, es zieht an und stößt ab.

Für eine Dramatikerin vom Schlage einer Elfriede Jelinek ist ein Loch all das und noch viel mehr. Die österreichische Sprachbefragerin und -dreherin hat ihr jüngstes Stück, das Samstagabend in Hamburg zur Uraufführung kam, genau so rund ums Kitz- wie das Fernsehloch, die Diskurs- wie, pardon, ganz reale Arschlöcher gebaut.

Lärm. Blindes Sehen. Blinde sehen! heißt ihre Corona-Textmühle, die zur Eröffnung der großen Bühne des Deutschen Schauspielhauses zur Uraufführung kam – vor einem Corona-bedingt schütter besetzten Haus; die Regeln in der Hansestadt sind kaum nachvollziehbar streng.

Mediales Dauerrauschen

Mit dem medialen Dauerrauschen, das jegliche Kommunikation der vergangenen 15 Monate über-tönte, fängt es im komplett dunklen Theateraum an. „Hören Sie mir beim Nachreden zu“, lautet der erste Satz, der den Grundton für die folgenden drei Stunden liefert. Nachrichtenätze, Wissenschaftsfetzen, Politikergestammel und Verschwörungsbeschwörungen vermengen sich zu einem Sprachstrudel, der sich immer schneller dreht. Eine Ka-



Foto: Matthias Horn

Eva Mattes (Mitte) schneidet Schnitzel: In Karin Beiers Hamburger Uraufführungsinszenierung von Elfriede Jelineks Corona-Stück „Lärm“ spielen Schweine tragende Rollen.

kofonie des Erschreckens und Erbrechens, die nach etwa 15 Minuten dem trauten Anblick einer Skihütte und deren Begleiterscheinungen in Moonboots und Gletscher-Lipgloss weicht. Draußen tobt ein Schneesturm, während sich die Insassen zu den Klängen eines Blasmusiktrios einen Reim auf die Situation zu machen versuchen.

Es ist das Bild der zünftigen Ischgl'er Skihütte, das Regisseurin und Hausherrin Karin Beier zur Grundlage ihrer Jelinek-Inszenie-

rung gemacht hat (Bühne: Duri Bischoff). Wie immer bei Jelinek sind ihre mäandrierenden Diskursstücke Steinbrüche, aus denen Regisseure ihre Brocken schlagen. Anspruch auf Vollständigkeit? Diesen begräbt man am besten gleich.

Bei *Lärm* hat Jelinek gleich zwei, nein drei bildmächtige Fäden in ihren Sprachteppich verwebt: zum einen Lois Hechenblaikners verstörende Après-Ski-Fotos aus Ischgl, die einen kranken Ballermann in den Alpen porträtieren, und zum

anderen die Bilder von Schlachthöfen, in denen das Virus ideale Bedingungen vorfand. Verknüpft wird das Ganze, und das ist Jelineks Clou, vom zehnten Gesang der Homer'schen Odyssee, in dem Odysseus mit seinen Gefährten auf der Insel der Zauberin Kirke gelandet ist. Nach einem Gastmahl werden Odysseus' Kumpane als Strafe für ihre Gier und Fleischeslust in Schweine verwandelt.

Es sind also zwei „Männerdienstreisen“, die für Jelineks in der ersten

Welle der Pandemie geschriebenes Stück erhalten müssen. Den moralisierenden Unterton dieser Verknüpfung schlachtet Regisseurin Karin Beier weidlich aus. Während die Pandemie arm an medienrechten Bildern blieb, setzt sich die Regisseurin auf jene drauf, in denen „das menschliche Ich nicht einmal Herr im eigenen Haus ist“, um mit Freud zu sprechen. Menschen sind Tiere und Tiere nicht ganz unbeteiligt an dieser Pandemie.

Penetrierbare Löcher

In jeder aufgeblasenen Latexpuppe findet das achtköpfige Ensemble ein penetrierbares Loch, Schweinehälften werden mit Spaghetti ausgestopft, während die Kirke der sich wie eine Schlange windenden Eva Mattes die Gefährten von Odysseus (Ernst Stötzner, darunter Lars Rudolph) bezirzt. Man stimmt einen „Atem-Song“ an, aus Amazon-Boxen werden Minisalami ins Publikum geworfen. Und am Ende hebt Julia Wieninger zu einem tollen Monolog an.

Das hat Witz und ist mitunter durchaus bildmächtig. So wirklich abheben will der Abend aber nicht. Genauso wie die letzten 15 Monate weniger intellektuelle Luftsprünge als dumpfes Stimmengewirr hervorgebracht haben, erschöpft sich *Lärm* in der Verstärkung der Vielstimmigkeit einer Gegenwart, deren Übereinkünfte außer Kraft gesetzt wurden.

Stärkere Metaebene

In der Beschreibung dieses Sachverhalts war Elfriede Jelinek schon immer einsame Meisterin. Jetzt, wo das Theater aber wieder Deutungs-erklärungen liefern könnte, ertappt man sich, dass man sich von der Wiener Literaturnobelpreisträgerin eine stärkere Metaebene, mehr Deutungsangebote erwartet hätte.

Im September wird Regieberserker Frank Castorf am Wiener Akademietheater *Lärm* in seine Mangel nehmen. Vielleicht tut ein größerer Abstand zu Corona gut. Noch ist ja alles frisch, noch stecken wir mit Haut und Haar in diesem aufgewühlten Sumpf aus Rechthaberei und Besserwisserei fest. Aber hoffentlich nicht mehr allzu lange.

Der Tod als existenzieller Urkommunist

Künstler Markus Schinwald inszenierte für die Wiener Festwochen einen „Danse Macabre“

Helmut Ploebst



Alice Schneider als rote Fürstin in „Danse Macabre“.
Foto: Nuriith Wagner-Strauss

Der Tod ist ein Mythos, eine Geschichte, ein Bild oder ein Tanz mit Melodie. Zumindest kulturell gesehen. Aus Sicht der Natur aber bedeutet er ein bedingungsloses Ende für jede Form des Lebendigen. Wie sehr das die so natur- wie kulturhafte Spezies Mensch trifft, zeigt sich in ihrer Manie, permanent der Todesangst Ausdruck zu verleihen und zugleich doch immer wieder über Leichen zu gehen.

In diesen Konflikt greift der österreichische bildende Künstler Markus Schinwald (48) ein. Seine Performance *Danse Macabre*, jetzt bei den Wiener Festwochen als Uraufführung zu sehen, hat einen reizvollen Ort gefunden: das Liesinger Kulturzentrum F23, das bis 2013 eine Sargfabrik war.

Das Motiv des europäischen Totentanzes ist seit dem 14. Jahrhundert gebräuchlich, vor allem in Form

von Bildern, aber auch in der Literatur und in der darstellenden Kunst. Es transportiert eine politische Botschaft: Der Tod wird als existenzieller Urkommunist vorgestellt, der keine Unterschiede zwischen arm und reich, mächtig oder schwach, attraktiv oder unscheinbar kennt.

Die Musik liefert Phace, die eine großartige Komposition von Matthew Chamberlain, *Danse Macabre*, heroisch umsetzt. Denn die Musiker sind beinahe vollständig hinter langen, weißen Deckwänden versteckt.

Besuch vom Gleichmacher

In der Mitte des Performance-raums sitzt das Publikum auf unbequemen, mit Flammen bemalten Hockern. Es muss sich drehen, wenden und beinahe winden, um dem Geschehen auf dem „Laufsteg“ vor diesen den gesamten Performance-raum umfassenden Stellwänden folgen zu können. Sind doch das Schauen und Hören Lebensäuße-

rungen, die uns nicht nur eitel Wonne spenden.

Die neun Tänzerinnen und Performer dieses *Danse Macabre* kommen sämtlich aus der Wiener Szene: von der roten Fürstin Alice Schneider über die blaue Columбина Julia Müllner oder die goldene Ritterin Elisabeth Tambwe bis hin zu Baron Samedi mit Zylinder in Person von Oleg Soulimentko.

Jeder Figur ist ein Platz zugewiesen, den sie nicht verlassen kann. Nur der Baron-Samedi-Tod stattet allen einen Höflichkeitsbesuch ab. Karg bleibt die Dramaturgie, schlicht auch der Tanz. Logisch, denn die Menschheit hat seit, sagen wir, dem Aufkommen des Totentanzes kulturell kaum Fortschritte gemacht. Und es scheint ganz so, als würde der heute so naiv angebotene Popanz der Technik, der hier als primitives Gestellchen kariert wird, diesen Stillstand noch zementieren. Weitere Termine: 8. und 9. Juni

TIPP SPEZIAL

WIEN

Theater

598 NEUE NACHRICHTEN
Eine Stückentwicklung von Jakob Nolte, Matthias Rippert & Team
Uraufführung



Foto: Alexander Götzler

Regisseur Matthias Rippert, Autor Jakob Nolte und ihr Team haben einen performativen Abend entworfen, der sich auf humorvolle und poetische Art mit den zwischenmenschlichen Folgen der Pandemie auseinandersetzt.

Premiere: 9. 6. 2021, 19.30 Uhr
WERK X, Wien 12 bezahlte Anzeige

Sich selbst und einen Tanzfilm drehen

Wie findet man aus den eigenen Erzählbahnen raus? Mit René Polleschs „Die Gewehre der Frau Kathrin Angerer“ im Theater an der Wien. In der Festwochen-Arbeit schießen Hollywood, Wrestling und Bertolt Brecht stets quer.

Margarete Affenzeller

It's Showtime! Mit der steilen Behauptung, Hollywood hätte 1938 vorgehabt, Bertolt Brechts Theaterstück *Die Gewehre der Frau Carrar* zu verfilmen, öffnet René Pollesch in seiner Wiener-Festwochen-Produktion Tür und Tor zur beschwingten Glamourwelt der Filmindustrie. Schon beim Betreten des Saales im Theater an der Wien hebt dynamische Orchestermusik vom Band an. Auf der Bühne: Filmset-Betriebsamkeit. Eine Krankenkamera kreist um eine Bar, in der Stars mit Federboas ihre bunten Cocktails schlürfen.

Diese Stars sind heilfroh, dass hier nicht wirklich Brecht gespielt wird („Ey, echt nicht!“), sondern ein Tanzfilm entsteht. Ein siebenköpfiger Tanzchor stiebt im Commercial Style immer wieder über die Bühne. Die Stars indes sind auf dem Parkett noch nicht wirklich firm. Als Möchtegern-Steptänzer legen Martin Wuttke und Thomas Schmauser zu Beginn des Abends an der Rampe eine Slapsticknummer allererster Sahne hin. Besser stürzen sieht man die Ränder ihres Berufs erforschende Mimen nirgends.

Tanz wird zudem mit dem Thema Wrestling verbunden. Warum? Das steht nirgends geschrieben, passt aber zum fingierten Drehjahr 1938, als nämlich der populäre Schaukampf erstmals als Fake identifiziert wurde. Ein typischer Pollesch-Schachzug: Hol herein, was niemand erwartet!

Zudem nennt Pollesch sein Stück *Die Gewehre der Frau Kathrin Angerer*. Damit löst der Volksbühnen-Regisseur und designierte Leiter der Berliner Kultbühne ein weiteres Prinzip seiner Arbeit ein, nach dem jede Inszenierung auch ein wenig Platz für die Star-Persona der Schauspielerinnen und Schauspieler schafft. Mit Kathrin Angerer ist es die durch einige Arbeiten am Burgtheater (zuletzt *De-*

ponie Highfield, 2019) auch in Wien bekannte Volksbühnen-Darstellerin, deren Zusammenarbeit mit Pollesch im vergangenen Jahrzehnt zentral geworden ist und deren Grazie im auch noch so deftigen Auftritt ihresgleichen sucht.



Will nicht Brecht spielen, sondern einen Tanzfilm drehen: Kathrin Angerer.

Foto: Luna Zschardt

sind Gedanken über den hier am Set vorherrschenden Zustand: Gleichberechtigung, die gleich wieder unterhöhlt wird; Nichterzählbarkeit von Biografien; Rivalität unter Filmstars („Ich bestimme, wo du dich auf der Treppe positionierst“); das Absterben von Szenen; die Umkehrung gegebener Konstellationen; die Flucht aus den Narrationen.

Dafür verwurstet die lebhaft, mitunter auch holprig inszenierte Aufführung (die Tanzszenen des Chors kommen nur so lala zur Geltung) Thesen und Situationen aus Büchern (z. B. Kenneth Angers *Hollywood Babylon*) und Filmen wie *All about Eve* von Joseph Mankiewicz. Die vielschichtigen, manchmal unergründlichen Pollesch-Baupläne sind nach wie vor aufregend und inspirierend. Die Diskrepanz zwischen dem Wie und dem Was des Gesagten macht die Spannung aus.

Dafür sorgt auch das zentrale Wortspiel des Abends: Den Begriff „Filmdreh“ hat Bühnenbildnerin Nina von Mechow wörtlich in ein mechanisches Bild übersetzt, denn die Bar samt ihren Möbeln und Flaschen dreht sich um die eigene Achse. Eingespannt in eine Maschine von Ulrich-Rasche-Ausmaßen rotiert sie bei Bedarf. „Wo wart ihr?“, fragt Wuttke. „Wir haben gedreht“, antwortet Angerer, nachdem sie mit ihrer „Zweitbesetzung“ (Rosa Lembeck), goldglänzendem Silikonbier und Magnettüren kopfüber stand.

Die maschinell initiierte Bewegung „maschiert“ den Text. Dazwischen wechseln die Spieler aber wieder an die Rampe und frönen ihren Texthängern. Das Ringen um Worte hat seine eigene Kraft. Und bevor die Luft raus ist, fährt schneidige Filmmusik in beachtlicher Lautstärke in die Szene. Dramatik mit guter Laune – davon lässt man sich gern ins Theater zurücklocken.

Bis 9. 6.

Maskierte Monster und ein wehmütiger Sowjet-Zar

Ein starker Filmfestival-Auftakt bei Crossing Europe in Linz

Dominik Kamalzadeh

Standing Ovations sind bei Preisverleihungen nicht ungewöhnlich, beim Linzer Crossing Europe galten sie diesmal jedoch keinem Film, sondern der scheidenden Festivaldirektorin Christine Dollhofer. Sentimentalität ließ diese jedoch keine aufkommen, in ihrer einnehmenden Art hatte sie das Publikum gleich wieder im Griff – und sich selbst sowieso. Von 2004 an hatte Dollhofer mit ihrer Filmauswahl ihre Expertise über das europäische Kino mit dem Publikum geteilt und dabei Talente noch vor ihrem großen Durchbruch aufgespürt – vom Italiener Matteo Garrone bis zur britischen Regisseurin Joanna Hogg. Ihre Nachfolge ist offen.

Der slowakische Filmemacher Ivan Ostrochovský wurde dieses Jahr für ein Werk gewürdigt, das sich von Dokumentarfilm immer mehr zum Spielfilm verschoben hat. In *Servants* kehrt er in die Tschechoslowakei des Jahres 1980 zurück, wo sich in einem Priesterseminar Widerstand gegen das Regime regt und die Reaktion nicht lange ausbleibt. Aus den Schwarz-Weiß-Aufnahmen kriecht eine Atmosphäre der Angst hervor. Ostrochovský legt es allerdings nicht auf ein Widerstands-drama an, sondern führt beklemmend vor, wie die Bespitzelung durch die Staatspolizei alle Beziehungen vergiftet.

Diesen Blick zurück auf ein totalitäres Regime konnte man durch Vitaly Mansky aussergewöhnlichen Dokumentarfilm *Gorbachev. Heaven* noch erweitern. Mansky ist bereits durch mehrere Filme über Putin bekannt, jetzt stattet er dem letzten sowjetischen Generalsekretär, der sich nur noch beschwerlich an einem Rollator aufrecht hält, einen Besuch ab. In *Gorbachev* ist das, was nicht gesagt wird, mindestens genauso wichtig wie das, was der abwartende, verträumt wirkende Altpolitiker zu teilen gewillt ist. Der Film wirkt wie ein Endspiel, das Beckett nicht besser erfinden konnte. Gorbatschow zitiert

Gedichte, singt Kampflieder und gibt dann doch preis, mit welchem bangem Gefühl er in den inneren Zirkel der Partei vordrang. Und trotz allem wirkt er nun bemüht, als einziger wahrer Sozialist sein Erbe zu wahren.

Für viele Filmemacher war es das erste Festival vor Publikum seit langem, was dem Treiben in Linz besondere Stimmung verlieh, auch wenn nächtens Ausgehmöglichkeiten fehlten. Besonders stark war in diesem Jahr das dokumentarische Aufgebot, von Helena Třeštíková's zartfühlendem Langzeitporträt *Anny* über eine Frau, die sich nur mit Prostitution ihr Dasein sichern kann, bis zur arrierten deutschen Filmemacherin Ulrike Ottinger, die in *Paris Calligrammes* Rückschau auf ihre Zeit in Paris in den 1960ern hält und dabei Lieblingsorte und Künstlertum verknüpft, die sie nachhaltig geprägt haben.

Von Dada bis Algerien

Beim Sehen des Films bekommt man das Gefühl, durch ein überbordendes, aber wohl-sortiertes Lexikon der Kulturgeschichte zu blättern, das von den Dadaisten und der Liebe zu Büchern über politische Bewusstseinsbildung durch den Algerienkrieg bis ins transgressive Pariser Nachtleben führt. Letztlich ist es dann aber vor allem der unersättliche Blick einer Künstlerin, die nie ihr Staunen über den Reichtum der Welt verloren hat, der einen am meisten fasziniert.

In eine imaginäre Unterwelt führt hingegen Norbert Pfaffenbichlers *2551.01*, der verdient mit dem Local-Artist-Award ausgezeichnet wurde. Eine Ode an den Stummfilm, insbesondere Chaplins *The Kid*, zugleich eine Hommage an das Monstrositätenkabinett des Kinos, erzählt der Film von der Allianz zweier Freaks. Alle Figuren sind maskiert – auf prunkvollste Weise! Bei aller Lust am Ekel geht es dann aber doch mehr um die Liebe zum Grotesken; um eine Poesie, die aus dem Trash entsteht. „Paris Calligrammes“ wird am 8. Juni im Filmmuseum gezeigt.

ORF RADIOKULTURHAUS
Argentinierstraße 30a, 1040 Wien

AUS DEM ARCHIV: KLAUS MARIA BRANDAUER

Bei Gastgeber Christian Reichhold spricht der gefeierte Schauspieler über seinen beruflichen Werdegang, seine größten Erfolge sowie zukünftige Pläne und Projekte. Als Gesprächsgast erwarten wir u. a. Philipp Hochmair.

DO 10.06.21

... Großer Sendesaal – 19:30 Uhr – Eintritt: 25,-
Mit ORF Radiokulturhaus-Karte 50% Ermäßigung
Kartenbüro: (01) 501 70-377

INFOS UND TICKETS:
radiokulturhaus.ORF.at

ORF. WIE WIR.



© Katharina Soskic / Burgtheater

auch als **Video-Livestream**
auf radiokulturhaus.ORF.at



Gute Laune und klangprächtige Darbietung: Christian Thielemann am Pult der Sächsische Staatskapelle.

Impulsive erste Gäste

Staatskapelle Dresden im Musikverein

Ljubiša Tošić

Der finale Moment wirkte wie eine kleine Wachablöse zwischen „neuer“ und nun wiederkehrender alter Konzertnormalität: Unter Verdrängung des Babyelefanten schüttelt Christian Thielemann dem glänzenden Konzertmeister die Hand. Später, nach der Zugabe, Strauss' klangsensibel schwebender „Mondscheinmusik“ aus *Capriccio*, umarmt er ihn. Nicht jedoch, ohne pantomimisch beruhigend darauf hinzuweisen, längst geimpft worden zu sein.

Interessant dabei auch die amikale Stimmung zwischen Dirigent und Orchester. Immerhin hat die Zusammenarbeit nunmehr ein Ablaufdatum; der Vertrag von Thielemann als Chefdirigent der Dresdner Staatskapelle wird ja überraschenderweise über 2024 hinaus nicht mehr verlängert. Jedwede Spannung, sollte sie irgendwo schlummern, schien hier jedoch musikalisch produktiv umgesetzt: Sopranistin Erin Morley verschwand bei den sechs Richard-Strauss-Liedern (nach Brentano und Bürger) mit-

unter sogar hinter dem energisch-prachtvollen Klang. In sanfteren Momenten war letztlich aber zu hören, wie delikats lyrisch Morley zu gestalten versteht (*Ich wollt ein Sträußlein binden*). Auch zeigte sie in expressiv sich entladenden poetischen Passagen ausreichend Substanz (*Als mir dein Lied erklang*). Als nachgereicher Qualitätsbeweis dann Thomas Hennigs *Nacht* für Singstimme und Orchester (inspiriert durch Klavierskizzen von Strauss). Große Klarheit, große Klasse.

Die innere Aufgeladenheit des Instrumentalen, diese in jedem Ton spürbare Intensität, mit der die Staatskapelle dann gleich stürmisch an Strauss' *Heldenleben* ging, offenbarte Thielemanns bekannte Stärken: Es gelingt ihm, Impulsivität und Ausgewogenheit des Klangbilds zu vereinen wie auch expressive melodische Aufwallung und strukturelle Klarheit. Es ist quasi die Quadratur des Interpretationskreises, die zu bestaunen ist – und die auch bei den in den Herbst verlegten Osterfestspielen (29. 10. bis 1. 11.) zu erwarten wäre. Falls alles relativ „normal“ bleibt.

Foto: Creutziger

KINOPROGRAMM

Alle Filmgespräche auf dst.at/Filmkritik



WIEN A-Z

- C Crime Game** [E 2020, R: Jaime Balagueró] > 11., Hollywood Megaplex Gasometer 740 33-0 19.15
- D Demon Slayer - The Movie: Mugen Train** [J 2020, R: Haruo Sotozakki] > 11., Hollywood Megaplex Gasometer 740 33-0 18.45
- Detektiv Conan 24 - Die scharlachrote Kugel** [J 2021, R: Tomoka Nagakawa] > 11., Hollywood Megaplex Gasometer 740 33-0 19
- E Es ist zu deinem Besten** [D 2020, R: Marc Rothemund] > 1., Actors 533 52 32 19.15
- F Eine Frau mit berauschenden Talenten** [F 2020, R: Jean-Paul Salomé] > 1., Cine Center 533 24 11 19.45
- G Der geheime Garten** [GB/F 2020, R: Marc Munden] > 1., Actors 533 52 32 17
- Glory to the Queen** [Ö/GEO/SRB 2020, R: Tatia Skhirtladze] > 1., Cine Center 533 24 11 18
- I In the Mood for Love (WA)** [HK/CHN 2000, R: Wong Kar-wai] > 1., Cine Center 533 24 11 17.30
- K Kiss Me Koshi** [D/IL 2019, R: Shirrel Peleg] > 1., Cine Center 533 24 11 19.30
- M Mein Liebhaber, der Esel & ich** [F/B 2020, R: Caroline Vignal] > 1., Cine Center 533 24 11 17.15
- N Nomadland** [USA 2020, R: Chloé Zhao] > 1., Cine Center 533 24 11 17.45, 20 > 11., Hollywood Megaplex Gasometer 740 33-0 19.45
- R Rosas Hochzeit** [E/F 2021, R: Iciar Bollain] > 1., Cine Center 533 24 11 19.15 > 11., Gasometer 740 33-0 19.30
- S Sigmund Freud. Jude ohne Gott** [Ö/F 2020, R: David Teboul] > 9., Le Studio - Film und Bühne c/o Studio Molière 0660 4220306 18
- W What Lies Below** [USA 2020, R: Braden R. Duemmler] > 11., Hollywood Megaplex Gasometer 740 33-0 20

FREMDSPRACHIGE FILME

- Buena Vista Social Club** [D/USA 1999, R: Wim Wenders] > 1., Stadtkino im Künstlerhaus 712 62 76 □ 20.15
- Ema** [CHI 2019, R: Pablo Larraín] > 9., Votiv 317 35 71 □ 19
- Epizentro** [Ö/F 2020, R: Hubert Sauper] > 1., Actors 533 52 32 □ 19.45 > 1., Burg Kino 587 84 06 □ 17 > 1., Stadtkino im Künstlerhaus 712 62 76 □ 18
- Das Fieber** [Ö/D/CH 2019, R: Katharina Weingartner] > 6., Top 208 30 00 □ 19.30
- Eine Frau mit berauschenden Talenten / La Daronne** [F 2020, R: Jean-Paul Salomé] > 9., Votiv 317 35 71 □ 17.15
- Futur Drei** [D 2020, R: Faraz Shariat] > 4., Schikaneder 585 28 67 □ 18
- Glory to the Queen** [Ö/GEO/SRB 2020, R: Tatia Skhirtladze] > 1., De France 317 52

- 36 □ 16.45 > 7., Admiral 523 37 59 □ 20
- Hairspray** [USA 1988, R: John Waters] > 7., Filmhaus. Kino am Spittelberg 890 72 86 □ 20.15
- Kajillionaire** [USA 2020, R: Miranda July] > 1., Burg Kino 587 84 06 □ 19.30 > 9., Votiv 317 35 71 □ 16.45
- Kiss Me Koshi / Kiss Me Before It Blows Up** [D/IL 2019, R: Shirrel Peleg] > 1., De France 317 52 36 □ 19.30
- Martin Margiela - Mythos der Mode / Martin Margiela: In His Own Words** [D/B/F 2019, R: Reiner Holzemer] > 9., Le Studio - Film und Bühne c/o Studio Molière 0660 4220306 □ 20
- Mein Liebhaber, der Esel & ich / Antoinette dans les Cévennes** [F/B 2020, R: C. Vignal] > 1., De France 317 52 36 □ 17.15
- Miss Marx** [J/B 2020, R: Susanna Nicchiarelli] > 6., Top Kino 208 30 00 □ 15.15 > 9., Votiv 317 35 71 □ 19.30
- Niemals selten manchmal immer / Never Rarely Sometimes Always** [USA 2020, R: Eliza Hittman] > 6., Top Kino 208 30 00 □ 17.30
- Nomadland** [USA 2020, R: Chloé Zhao] > 1., Actors 533 52 32 □ 17.15, 19.30 > 1., Burg Kino 587 84 06 □ 17.40, 20 > 1., De France 317 52 36 □ 19 > 5., Filmcasino 587 90 62 □ 17.30, 20 > 9., Votiv 317 35 71 □ 17.30, 19.55
- Waterproof** [JOR/D 2019, R: Daniela Kö-nig] > 7., Admiral 523 37 59 □ 18
- Wenn es Liebe wäre / Si c'était de l'amour** [F 2020, R: Patric Chihai] > 4., Schikaneder 585 28 67 □ 16
- Woman** [F 2020, R: Yann Arthus-Bertrand, Anastasia Mikova] > 1., Actors 533 52 32 □ 17.30 > 7., Filmhaus. Kino am Spittelberg 890 72 86 □ 18

RETRO / FESTIVAL

- > Filmarchiv Augarten 216 13 00-132
- Wood - Der geraubte Wald** [Ö/RO/D 2020, R: Ebba Sinzinger, Michaela Kirst, Monica Lazurean-Gorgan] □ 19.30
- > Filmmuseum 533 70 54 Dom na trubnoj [SU 1928, R: Boris Barnet] □ 19
- > Metro-Kino/ Filmarchiv Austria 512 18 03 Lovcut [Ö/CH 2020, R: Iliana Estariol, Johanna Lietha] 19.30

NIEDERÖSTERREICH

- ST. PÖLTEN**
Cinema Paradiso St. Pölten 02742/21400
Driveways 20.05 / **Glory to the Queen** 18.15 / **Miss Marx** □ 17.45 / **Nomadland** 17, 19.50 / **Rosas Hochzeit** 19.30
Hollywood Megaplex 02742/288 0 **Crime Game** 18.45 / **Detektiv Conan 24 - Die scharlachrote Kugel** 19 / **Nomadland** 19.15 / **What Lies Below** 19.30
- BADEN**
Cinema Paradiso Baden 0225/2256225
Kiss Me Koshi 17 / **Nomadland** 17.30, 19.50 / **Rosas Hochzeit** 19.30

KÄRNTEN

- KLAGENFURT**
Volkskino 0463/319880 **Epizentro** □ 18 /

- MISS MARX** □ 20 / **Rosas Hochzeit** 16VILLACH
Filmstudio 04242/21 46 06 **Epizentro** □ 19.30 / **Ordinary Creatures** □ 18
Stadtkino Center 04242/27000 **Kimetsu no Yaiba: Mugen Ressha-Hen** □ 19.15 / **Kiss Me Koshi** 17.15 / **Nomadland** 17.30 □ 19.45

ÖBERÖSTERREICH

- LINZ**
City-Kino 0732/77 60 81 **Kiss Me Before It Blows Up** □ 19.30 / **Antoinette dans les Cévennes** □ 17.15 / **Nomadland** □ 17.40, 20
Movimiento 0732/784090 **Faa yeung nin wa** □ 18 / **Miss Marx** □ 19.40 / **Oeconomia** 17.40 / **La boda de Rosa** □ 20.10 / **Und morgen die ganze Welt** 19.50 / **Woman** □ 17.20
- FREIESTADT**
Kino 07942/77711 **Kiss Me Koshi** 20.10 / **Miss Marx** □ 18 / **Nomadland** 17.45 □ 20 / **Rosas Hochzeit** 18.10 / **Woman** □ 20
- GMUNDEN**
Stadtkino 07612/794500 **Kiss Me Koshi** 19.30 / **Mein Liebhaber, der Esel & ich** 17.30 / **Nomadland** 18, 20

- LAMBACH**
Lichtspieltheater Lambach 07245/32317
16 Kiss Me Koshi 17.30 / **Was wir wollten** 20LENZING
Lichtspiele 07672/92921 **Eine Frau mit berauschenden Talenten** 17.45 / **La boda de Rosa** □ 19.45

- PASCHING**
Hollywood Megaplex 07229/69 300-30
Crime Game 18.45 / **Demon Slayer - The Movie: Mugen Train** 18.15 / **Detektiv Conan 24 - Die scharlachrote Kugel** 19 / **Das Mädchen deiner Träume** 18.30 / **The Mortuary - Jeder Tod hat eine Geschichte** 19.30 / **Nomadland** 19.45 / **Rosas Hochzeit** 19.15 / **What Lies Below** 20

- STEYR**
Citykino 0664/211201 **Anton Bruckner - Das verkannte Genie** 19.15 / **The Great Green Wall** 19.45 / **Hexen hexen** 19.30 / **Mein Liebhaber, der Esel & ich** 19.30 / **Nomadland** 20

- WELS**
Programmokino 07242/26703 **Mein Liebhaber, der Esel & ich** 16 / **Rosas Hochzeit** 18 / **Woman** □ 20

SALZBURG

- SALZBURG**
Das Kino - Salzburger Filmkulturzentrum 0662/873100 **Epizentro** □ 19 / **Nomadland** □ 16.30, 19.30 / **Woman** □ 17

- HALLEIN**
Stadtkino 06245/80614 **Eine Frau mit berauschenden Talenten** 19.30 / **Das Mädchen deiner Träume** 17

STEIERMARK

- GRAZ**
Geidorf Kunstkino 0316/32 10 03 **Epizentro** □ 19.45 / **Mein Liebhaber, der Esel & ich** 17.30 / **Nomadland** 17.15, 19.30 / **Oeconomia** 17 / **Woman** □ 19.15

- Kiz RoyalKino 0316/82 11 86-0 **Epizentro** □ 19 / **La Daronne** □ 17.20 / **Miss Marx** □ 16.45 / **Nomadland** □ 17.45, 20 / **La boda de Rosa** □ 19.30
Schubert Kino 0316/82 90 81 **Demon Slayer - The Movie: Mugen Train** 19.15 / **Δ Feuerwehmann Sam - Das Kinospécial** 17 / **Der karierte Ninja** 17 / **Mein Liebhaber, der Esel & ich** 19 / **Nomadland** 17.15, 19.30

TIROL

- INNSBRUCK**
Cinematograph 0512/578500 **Epizentro** □ 20.05 / **La boda de Rosa** □ 18
Leokino 0512/560470 **Miss Marx** □ 18.10 / **Nomadland** □ 17.30, 19.45 / **Zeitdrehher*innen** □ 20.20
Metropol Multiplex 0512/28 33 10 **Demon Slayer - The Movie: Mugen Train** 18.45 / **Detektiv Conan 24 - Die scharlachrote Kugel** 19 / **Das Mädchen deiner Träume** 18.30 / **Nomadland** 19.45 □ 19.15 / **Rosas Hochzeit** 19.30 / **What Lies Below** 20

IMST

- FMZ Kino 05412/65437 **Demon Slayer - The Movie: Mugen Train** 19.30 / **Eine Frau mit berauschenden Talenten** 19.15 / **Immer Ärger mit Grandpa** 14.15 / **Der karierte Ninja** 14.15 / **Das Mädchen deiner Träume** 19.30 / **Nomadland** 14, 19.15 / **Raya und der letzte Drache** 14

KUFSTEIN

- Funplexxx 05372/62732 **Demon Slayer - The Movie: Mugen Train** 18.30 / **Δ Drachenreiter** 16.30 / **Fatman** 19.30 / **Δ Feuerwehmann Sam - Das Kinospécial** 16.15 / **Eine Frau mit berauschenden Talenten** 19.30 / **Jim Knopf und die Wilde** 13 17.15 / **Der karierte Ninja** 18 / **Das Mädchen deiner Träume** 19.45 / **Δ Meister Eder und sein Pumuckl** 16.30 / **Nomadland** 17.30, 19.45 / **Raya und der letzte Drache** 17 / **What Lies Below** 20 / **Yakari - Der Kinofilm** 17.15

VORARLBERG

- BREGENZ**
Metro Kinocenter 05574/71 843 **Demon Slayer - The Movie: Mugen Train** 17.15 / **Kimetsu no Yaiba: Mugen Ressha-Hen** □ 19.30 / **Das Mädchen deiner Träume** 20 / **Nomadland** 19.45

BLUDENZ

- Cinema S 05552/62348 **Demon Slayer - The Movie: Mugen Train** 19.45 / **Immer Ärger mit Grandpa** 17.45 / **Nomadland** 18, 19.30 / **Raya und der letzte Drache** 17.15 / **What Lies Below** 20.15

DORNBIRN

- Cinema Dornbirn 05572/21973 **Das Mädchen deiner Träume** 18 / **Nomadland** 17.30, 19.45 / **Rosas Hochzeit** 20.15

FELDKIRCH

- Rio Kino 0552231464 **Madame Aurora und der Duft von Frühling** 15 / **Miss Marx** □ 19.45 / **Nomadland** 20

□ OF; □ OmU; ● OmengU; ◇ 3-D;
Δ Jugendfrei
Angaben ohne Gewähr

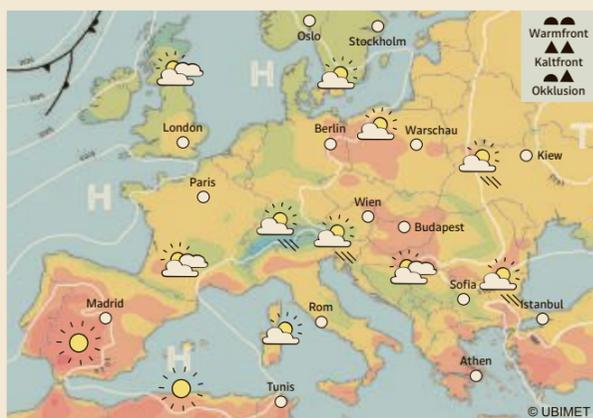
WETTER

Teils gewittrig

In einer Tiefdruckrinne bleibt es im Alpenraum teils unbeständig. Im Nordosten beginnt der Tag sonnig, sonst überwiegen jedoch die Wolken. Im Westen und Süden regnet es, örtlich sind Blitz und Donner dabei. Im östlichen Flachland dominiert bei nur harmlosen Quellwolken auch tagsüber der Sonnenschein und es bleibt trocken. Der Wind weht schwach bis mäßig aus nordöstlichen Richtungen. Die Höchstwerte liegen von West nach Ost zwischen 18 und 28 Grad.

BIOWETTER

Das oft schauernanfällige Wetter im Westen wirkt sich bei einigen durch innere Unruhe aus. Die sonnigen Phasen im Osten sorgen dagegen für gute Laune und allgemeines Wohlbefinden.



Wettervorschau für heute, 7. 6. 2021

WETTERWERTE

Gemessen am 6. 6. 2021, 14 Uhr MESZ	Rel. Luftfeuchte	Temp. 14 Uhr	Tagesmin.*	Höchstwert**	Tiefstwert**
Wien st. bewölkt	69%	21°	18°	33° ('98)	5° ('86)
Innsbruck heiter	63%	19°	14°	32° ('98)	4° ('86)
Klagenfurt bedeckt	80%	18°	14°	33° ('98)	2° ('75)

* Tiefste Temperatur der Nacht auf den 6. 6. ** Höchster bzw. tiefster gemessener Wert, Jahreszahl in Klammer

Berichte über Unwetter und weltweite Klimaveränderungen lesen Sie auf derStandard.at/Panorama

	Mo	Di	Mi	Do	Fr
Wien	15° 28°	16° 29°	17° 24°	15° 24°	14° 24°
Bregenz	13° 19°	14° 22°	14° 24°	12° 24°	12° 24°
Eisenstadt	14° 28°	14° 29°	16° 26°	15° 25°	14° 24°
Graz	14° 25°	14° 26°	15° 25°	14° 25°	13° 24°
Innsbruck	13° 22°	13° 24°	13° 24°	12° 24°	12° 24°
Klagenfurt	14° 24°	13° 25°	13° 23°	11° 24°	11° 23°
Linz	14° 26°	13° 25°	15° 21°	13° 23°	12° 22°
Salzburg	13° 24°	13° 23°	14° 21°	12° 23°	11° 23°
St. Pölten	13° 27°	13° 26°	15° 23°	14° 22°	13° 23°

INTERNATIONAL

Werte für den 7. 6. 2021	Min. / Max.
Berlin st. bewölkt	15 27
Brüssel heiter	9 24
Buenos Aires st. bewölkt	9 15
Genf l. Regensch.	13 22
Jerusalem sonnig	16 28
Johannesburg heiter	5 13
London l. Regensch.	12 24
Los Angeles bedeckt	15 19
Madrid heiter	15 33
Moskau l. Regensch.	13 23
Neu Delhi heiter	27 40
New York sonnig	21 29
Paris st. bewölkt	14 25
Peking st. bewölkt	19 29
Rom l. Regensch.	16 26

SONNE

am 7. 6. 2021 (MESZ), Wien	
Aufgang	04:55
Untergang	20:52

MONDPHASEN

● 10. 6.	● 24. 6.
● 18. 6.	● 1. 7.

in Kooperation mit **UBIMET**

Diagonale'21
Festival des österreichischen Films
Graz, 8.—13. Juni 2021
diagonale.at #Diagonale21

Listening Sessions
Von Festivalsoundtracks, Hörbiografien und Herzensplatten: Jessica Hausner, Markus Binder, Barbara Albert, Julia Franz Richter und Jasmin Baumgartner spielen ihre Lieblingsnummern.



Tickets im Festivalzentrum in der Herrngasse 26 und im Kunsthaus Graz sowie online auf diagonale.at/tickets.
Ab 9. Juni auch in den Festivalkinos.
#FestivalOfAustrianFilm

Fraser-Pryce rast Richtung Tokio

Sprint-Festivals in Kingston und Miami

Kingston – Shelly-Ann Fraser-Pryce unterstrich beim Heim-Meeting in Kingston ihre Anwartschaft auf den dritten Olympiasieg über 100 Meter. Die Jamaikanerin führte den klassischen Sprint in der vierbesten Zeit der Geschichte einer Erledigung zu. Bei regulären 1,3 m/s Rückenwind benötigte die 34-Jährige 10,63 Sekunden. Nur die 1998 verstorbene US-Amerikanerin Florence Griffith-Joyner war bei ihrem Weltrekord (10,49) anlässlich der Spiele 1988 in Seoul sowie davor zwei weitere Male schneller gewesen.

Mit der Weltjahresbestleistung sorgte Fraser-Pryce weniger als zwei Monate vor dem Beginn der Olympischen Spiele in Tokio ebenso für einen Paukenschlag wie Trayvon Bromell. Der US-Amerikaner sprintete in Miami bei regulären 1,5 m/s Rückenwind 9,77 Sekunden und schob sich vor Größen wie Maurice Greene oder Donovan Bailey auf Platz sieben der ewigen Bestenliste. Schneller war zuletzt 2019 Bromells Landsmann Christian Coleman (9,76), der Weltmeister fehlt in Tokio aber wegen einer Dopingsperre.

Als Mutter schneller

Fraser-Pryce hatte als junge Sprinterin 2008 in Peking und 2012 in London Gold über die 100 Meter geholt, nach dem Gewinn von Bronze 2016 in Rio folgte eine Babypause, Sohn Zyon kam 2017 zur Welt. 2019 gewann Fraser-Pryce ihr viertes WM-Gold über 100 m. Nun verbesserte sie ihre Bestleistung um sieben Hundertstel. „Das ist einfach nur verdient. Du bist nach der Geburt deines Kindes zurückgekommen und hast der Welt gezeigt, wie talentiert und leidenschaftlich du bist. Du bist offiziell die schnellste Frau der Welt“, twitterte die inzwischen zurückgetretene US-Sprinterin Carmelita Jeter, die mit ihren 10,64 aus dem Jahr 2009 bisher die zweitschnellste Frau der Geschichte war. (sid, red)



Foto: Reuters / Gilbert Bellamy

Shelly-Ann Fraser-Pryce verbesserte ihre Bestleistung über 100 Meter um sieben Hundertstel auf 10,63 Sekunden.

Perez heißt der glückliche Dritte

Der Mexikaner Sergio Perez im Red Bull feierte in Baku seinen zweiten Sieg in der Formel 1. Der Niederländer Max Verstappen verlor Platz eins mit Pech, der Brite Lewis Hamilton warf die WM-Führung weg.

Sigi Lützwow

Sergio Perez vor Sebastian Vettel und Pierre Gasly oder Red Bull vor Aston Martin und Alpha Tauri – auf dieses Ergebnis des Grand Prix von Aserbaidschan hat niemand gesetzt, aber in Baku war am Sonntag die Hölle los. Fünf Runden vor Schluss fuhr Max Verstappen wegen eines Reifenschadens in die Mauer, Red Bull fiel um einen Doppelsieg um.

Sergio Perez führte das Feld hinter dem Safety Car vor Mercedes-Star Lewis Hamilton und der Rennsensation Vettel an. Nach zwei Runden entschloss sich Rennleiter Michael Masi zum Abbruch, wenig später aber zu einem regulären Neustart. Plötzlich sah Hamilton, der die WM-Führung in diesem Moment

wieder von Verstappen zurückgeholt hatte, die große Chance auf den Sieg. Der Brite ging volles Risiko, zog am Start an Perez vorbei, drohte aber die erste Kurve nicht zu erwischen und fiel wegen eines kapitalen Verbrenners auf den letzten Platz zurück.

Mercedes-Desaster

Die Weltmeister führte den Ausritt auf einen Fehler bei der Bedienung eines Knopfes im Cockpit zurück und entschuldigte sich bei seinem Team. Damit endete das Rennen für Mercedes desaströs, auch Valtteri Bottas (Zwölfter) blieb schließlich ohne Punkte.

Verstappen war das ein geringer Trost, neben den 25 Zählern für den



Sergio Perez küsst seine zweite Formel-1-Sieggestrophäe.

Foto: Reuters/Vaganov

Sieg verlor der 23-Jährige auch den Punkt für die schnellste Runde, weil er nicht unter die besten zehn gekommen war. Ein Tritt gegen den Reifen zeigte seinen Frust.

Dass das Rennen auf dem Stadtkurs spannend werden könnte, zeichnete sich schon im Qualifying ab, das viermal wegen Unfällen unterbrochen werden musste. In die Pole-Position hatte sich wie zuletzt in Monaco Charles Leclerc gestellt, doch der Monegasse, der daheim wegen eines Defekts im letzten Training gar nicht erst starten konnte, fiel in Aserbaidschan auf Rang vier zurück. Am Franzosen Gasly im Alpha Tauri gab es für den Ferrari-Star auch beim Neustart kein Vorbeikommen mehr.

Im fünften Baku-Rennen gab es schließlich den fünften Sieger. Perez, der seinen Kollegen bedauerte, sich aber über seinen zweiten Rennsieg nach Bahrain 2020 (noch im Racing Point) freute, beendete die kleine Mercedes-Serie von Hamilton (Sieger 2018) und Bottas (2019) und sorgte nach Daniel Ricciardo (2017) für den zweiten Sieg von Red Bull Racing auf dem Stadtkurs. Es war der insgesamt 67 GP-Erfolg für das Team aus Österreich.

Das nächste Rennen steht in zwei Wochen mit dem Frankreich-Grand-Prix in Le Castellet auf dem Programm, ehe das Doppel mit dem GP der Steiermark (27. Juni) und dem GP von Österreich (4. Juli) in Spielberg stattfindet.

KURZ GEMELDET

Coach Stöger bleibt mit Ferencváros traditionell

Budapest – Eine Unterschrift katalunisiert Peter Stöger in die nächste Qualifikation zur Champions League. Nach einer mühsamen Saison mit der Austria übernimmt der Ex-Internationale den ungarischen Rekordmeister Ferencváros Budapest. Die Grün-Weißen verloren in der jüngsten Saison nur eine Ligapartie und holten mit 20 Punkten Vorsprung den insgesamt 32. Titel. Torhüter-Trainer Alexander Bade begleitet Stöger, der Berliner arbeitete auch schon in Köln und Dortmund mit dem Wiener zusammen. Fünf Spieler von Ferencváros stehen im EM-Kader der Ungarn. „Ich arbeite sehr gerne in großen, traditionellen Vereinen, wo es ein besonderes Milieu und eine große Fan-Gemeinde gibt“, sagte Stöger. Über die Vertragsdauer gab der 55-Jährige noch nicht Auskunft. (APA, red)

Federer gewinnt und beendet die French Open

Paris – Roger Federer musste in seiner ersten Night-Session bei den French Open viel Energie lassen, stieg aber in der Nacht auf Sonntag ins Achtelfinale auf. Nach einer kurzen Nacht stieg er aber aus dem Turnier aus, der italienische Tennisprofi Matteo Berrettini ist kampfflos Viertelfinalist. Der bald 40-jährige Schweizer ließ nach dem 3:35 Stunden dauernden Match gegen den Deutschen Dominik Koepfer zunächst offen, ob er antreten kann/will. Federer machte nach dem 7:6 (5), 6:7 (3), 7:6 (4), 7:5 keine Versprechungen, sein Comeback-Jahr nach zwei Knieoperationen ist ja klar auf den Rasen in Wimbledon (ab 28. Juni) und nicht auf den mühsamen Sand in Paris ausgerichtet. „Ich muss sehen, wie es dem Knie geht und ob das Risiko vielleicht zu groß wäre.“ Es war zu groß. (red)

Erster Saisonsieg für KTM in der MotoGP

Barcelona – Miguel Oliveira sorgte beim Grand Prix von Katalonien in Barcelona vom vierten Startplatz aus für den ersten Saisonsieg für KTM in der MotoGP. Der Portugiese setzte sich vor dem Franzosen Johann Zarco und dem Australier Jack Miller, beide auf Ducati, durch. Fabio Quartararo fiel auf Yamaha von der Pole-Position auf Rang vier zurück. Der Franzose, der wegen einer Zeitstrafe das Podest verpasste, verteidigte allerdings die Führung in der WM (118 Punkte) vor Landsmann Zarco (101) und Miller (90). Der sechsfache Weltmeister Marc Márquez steckt weiter in der Krise, der Honda-Star fiel zum dritten Mal in Folge aus. Auch Siebenfach-Champion Valentino Rossi kam auf seiner Yamaha nicht ins Ziel. Am 20. Juni geht es mit dem GP von Deutschland am Sachsenring weiter. (APA, red)

Bergläuferin Mayr holt den zehnten Titel en suite

Itter – Andrea Mayr (41) holte zum zehnten Mal en suite und zum insgesamt 14. Mal den Meistertitel im Berglauf. Die sechsfache Weltmeisterin aus Wels siegte in Itter, Tirol, ganz überlegen. Bei den Männern setzte sich Manuel Innerhofer zum fünften Mal durch. (APA, red)

Hard hat Matchball in der Handballliga

Wien – Die Fivers Margareten stehen in der „best of three“-Finalserie der Handballliga unter Zugzwang. Nach dem 27:28 zum Auftakt in Hard muss heute (19.30, ORF Sport+) ein Heimsieg her. Die Statistik spricht klar für die Vorarlberger, die ihren siebenten Titel anstreben. In bisher 18 Finalserien konnte nur zweimal der Verlierer von Spiel das Blatt noch wenden. (APA, red)

LUCKY DAY
Tipp auf deinen Glückstag.
Ziehung vom 05. 06. 2021
14-01-19

ZahlenLotto
1-90 Das andere Lotto
Ziehung vom 05. 06. 2021
Die Zahlen in gezogener Reihenfolge:
11 67 26 45 40

BINGO!
Ergebnisse der Bingo Ziehung vom 05. 06. 2021

Bingo	1. mal	€ 7785,10
Ring	2. mal	€ 614,60
Box	2. mal	€ 409,70
Ring 2. Chance	7. mal	€ 175,60
Box 2. Chance	1606. mal	€ 3,40
Card	1973. mal	€ 2,00



Foto: AFP / Getty Images / Al Bello

Essenzieller Sieg in der New Yorker Sandkiste

Naturngemäß deutlich häufiger als der Gewinn der Triple Crown kommt im US-Galopprennsport ein Jahr mit drei verschiedenen Siegern vor. Erst 13 Rösser schafften schließlich seit 1919 aufeinander folgende Triumphe im Kentucky Derby, bei den Preakness Stakes und bei den Belmont Stakes. Zuletzt schaffte der Hengst Justify 2018 das Kunststück. In der Nacht auf Sonntag galoppierte der dreijährige Hengst Essential Quality unter Jockey Luis Saez (Bild) auf der Sandbahn des Belmont Park zu Elmont, New York, zum Sieg. Die Preakness Stakes hatte ein Pferd namens Rombauer gewonnen, im Kentucky Derby triumphierte Medina Spirit.

Deutschlands ewiger Goalie

Es wird nicht zuletzt an Manuel Neuer liegen, wie gut Deutschland bei der Fußball-EM abschneidet. Der 35-jährige Tormann von Bayern München zählt ab sofort zum Klub der Hunderter.

Die deutsche Fußballnationalmannschaft macht in Seefeld Platz für die österreichische. Das ÖFB-Team testete am Sonntagabend in Wien gegen die Slowakei (nach Blattschluss), am Montag ist frei, am Dienstag wird dann das Basecamp in Seefeld bezogen. Es ist davon auszugehen, dass die Deutschen alles sauber hinterlassen haben. Joachim Löw und Co. verließen am Sonntag Tirol, am Montag wird in Düsseldorf vor 1000 Zuschauern gegen Lettland für die EM generalgeprobt (20.45 Uhr, RTL).

Die Deutschen hatten ausnahmsweise Lospech, Weltmeister Frankreich, Titelverteidiger Portugal und Ungarn sind die Gegner in Gruppe F. Im Vergleich dazu ist Österreich mit Nordmazedonien, den Niederlan-

den und der Ukraine gut bedient. Zudem wird im deutschen Fußballbund gestritten, der DFB ist führungslos, der geplante Besuch der verbliebenen Funktionäre in Seefeld wurde abgesagt. Natürlich auch wegen Corona, Fußball findet in der Blase statt.

Legenden

Andererseits hat der Mitfavorit auch Grund zum Feiern, Goalie Manuel Neuer bestreitet gegen Lettland sein 100. Länderspiel. Beim Abschlussstraining in Seefeld riss der 35-jährige den Klettverschluss mit der goldenen „100“ auf und präsentierte seine Jubiläumshandschuhe stolz dem Bundestrainer. Der „ewige“ Torhüter hechtete den Bällen in einer schwarz-rot-goldenen Sonder-

edition hinterher, die er auch in Düsseldorf tragen wird. Dann tritt Neuer als erster Torhüter dem elitären Klub der Hunderter bei. Oliver Kahn, Sepp Maier, Toni Schumacher: Keiner der prägenden Schlussmänner hat es auf eine dreistellige Zahl gebracht. „Das macht mich sehr stolz. Hier haben Legenden zwischen den Pfosten gestanden“, sagt Neuer, der mit Bayern München alles gewonnen hat, was der Vereinsfußball zu bieten hat.

Er sieht die Torhüter beim Spielesammeln im Nachteil: „Als Feldspieler hat man ja die Chance, eingewechselt zu werden: eine Minute, ein Länderspiel. Als Torwart spielt man meistens 90 Minuten.“ Im Fall von Manuel Neuer: 95-mal von möglichen 99, davon dreimal sogar 120 Minuten. Hinzu kommen vier „halbe Spiele“, das macht 8820 Minuten im Nationaltrikot mit nur 94 Gegentoren (43-mal zu null).

Eines ist seit dem ersten Einsatz gegen die Vereinigten Arabischen Emirate am 2. Juni 2009 (7:2) gleich geblieben: Einen Ball an Neuer vorbeibringen ist eine schwierige Angelegenheit. Auch beim Tennis. Wenn Neuer mit seinen Krakenarmen ans Netz vorrückt, das musste gerade erst Jonas Hofmann im EM-Camp erfahren, kann sich der Gegner vorstellen, wie sich sonst die Stürmer fühlen. Die „Seefeld Open“ entschied der Weltmeister von 2014 locker für sich.

Beweglichkeit

Demnächst aber steht ein großes „Rasenturnier“ an, Neuer will auch dies gewinnen. Alles für den Sieg zu tun, hat den Bayern-Goalie seit jeher ausgezeichnet. „Er ist ein Supertyp. Er hat seine Ernährung umgestellt, er weiß genau, was er braucht“, sagt Bundestorwarttrainer Andreas Köpke: „Er trainiert anders als früher, mehr Beweglichkeit und

Explosivität.“ Und: „Er will Russland vergessen machen.“

Das WM-Turnier 2018 war keine Sternstunde des „besten Torwarts, den ich je gesehen haben“ (Mats Hummels). Wie auch, bei dem De-saster? „Der Verlierer dieser WM war ich nicht, ich habe ein ordentliches Turnier abgeliefert“, sagt er: „Leider mit zu wenigen Spielen.“

Die Nibelungentreue von Löw wurde dabei überdeutlich. Neuers dritter Mittelfußbruch hatte ihn für sechs Monate an Krücken gezwungen, zwischenzeitlich schien die Karriere in Gefahr zu sein, mindestens aber der WM-Stamplatz. Auch angesichts der Konkurrenz durch Marc-Andre ter Stegen, der die EM verletzt verpasst. „Ich war auf die Hilfe anderer angewiesen.

Dadurch wird man bodenständig“, sagt Neuer. Am Ende spielte er doch. Löw sieht in ihm nicht nur einen „vorbildlichen Kapitän“. Neuer sei auch „offen, ehrlich, kommunikativ und positiv eingestellt“.

Ein Tom Brady des Fußballs wird er allerdings wohl nicht werden, „ich glaube nicht, dass er mit 42, 43 noch spielt“, sagt Köpke. Es gibt allerdings keinen Grund, frühzeitig aufzuhören. „Ich habe eine Menge Spaß und nicht vor, meine Nationalmannschaftskarriere zu beenden“, betont Neuer. Der 29-jährige Ter Stegen, beim FC Barcelona die unumstrittene Nummer eins, hängt also in der Warteschleife. Ihm geht es wie Prinz Charles, der an seiner Mama, der Queen, nicht und nicht vorbeikommt. (sid, red)



Foto: AP/Starline

Manuel Neuer ist Deutschlands Rückhalt, da er die meisten Fußbälle hält. In Seefeld gewann er auch das interne Tennisturnier.

GANZ KURZ

TERMINE

Fußball/Testspiel: Deutschland – Lettland (20.45, RTL)
Handball/Bundesliga, Finale (best of 3): 2. Spiel: Fivers Margareten – Hard (19.30, ORF Sport+ – Stand: 0:1)
Judo/WM, Budapest (17, ORF Sport+)

BASKETBALL

NBA, Playoff, 1. Runde (best of 7): Dallas – LA Clippers 97:104 (Stand: 3:3); Viertelfinale (best of 7): Brooklyn – Milwaukee 115:107 (Stand: 1:0)

EISHOCKEY

Riga/WM, Spiel um Platz 3: USA – Deutschland 6:1 (1:0, 4:0, 2:0); Halbfinale: Finnland – Deutschland 2:1, USA – Kanada 2:4

NHL, Playoff, Viertelfinale (best of 7): NY Islanders – Boston 4:1 (2:2), Tampa – Carolina 6:4 (3:1), Winnipeg – Montreal 0:1 (0:2), Vegas – Colorado 3:2 (1:2)

FORMEL 1

Baku/WM, Grand Prix von Aserbaidschan, 306,049 km: 1. Perez (MEX) Red Bull 2:13:36,410 Std. (Schnitt: 137,440 km/h), 2. Vettel (GER) Aston Martin +1,385 Sek., 3. Gasly (FRA) AlphaTauri 2,762, 4. Leclerc (MON) Ferrari 3,828, 5. Norris (GBR) McLaren 4,754, 6. Alonso (ESP) Alpine 6,382, 7. Tsunoda (JPN) AlphaTauri 6,624, 8. Sainz (ESP) Ferrari 7,709, 9. Ricciardo (AUS) McLaren 8,874, 10. Räikkönen (FIN) Alfa Romeo 9,576
FAHRER-WM: 1. Verstappen (NED) Red Bull 105 Pkt., 2. Hamilton (GBR) Mercedes 101, 3. Perez 69, 4. Norris 66, 5. Leclerc 52, 6. Bottas (FIN) Mercedes 47
KONSTRUKTEURE: 1. Red Bull-Honda 174, 2. Mercedes 148, 3. Ferrari 94, 4. McLaren-Mercedes 92

FUSSBALL

Testländerspiele: Russland – Bulgarien 1:0, Wales – Albanien 0:0, Schweden – Armenien 3:1, Montenegro – Israel (Trainer Ruttensteiner) 1:3

MOTORRAD

Barcelona/WM, Grand Prix von Katalonien, MotoGP (111,768 km): 1. Oliveira (POR) KTM 40:21,749 Min., 2. Zarco (FRA) Ducati +0,175 Sek., 3. Miller (AUS) Ducati 1,990, 4. Quartararo (FRA) Yamaha 4,815
WM (nach 7 von 19 Rennen): 1. Quartararo 118 Pkt., 2. Zarco 101, 3. Miller 90; 7. Oliveira 54
Moto2 (102,454 km): 1. Gardner (AUS) Kalex 38:22,284
WM: 1. Gardner 139 Pkt., 2. Fernandez (ESP) Kalex 128
Moto3 (97,797 km): 1. Garcia (ESP) Gasgas 38:33,760
WM: 1. Acosta (ESP) KTM 120 Pkt., 2. Garcia 81

TENNIS

Paris / French Open, 34,37 Mio. Euro, Sand, HERREN, Achtelfinale: Tsitsipas (GRE/5) – Carreno Busta (ESP/12) 6:3, 6:2, 7:5
3. Runde: Djokovic (SRB/1) – Berankis (LTU) 6:1, 6:4, 6:1, Nadal (ESP/3) – Norrie (GBR) 6:3, 6:3, 6:3, Tsitsipas (GRE/5) – Isner (USA/31) 5:7, 6:3, 7:6 (3), 6:1, Federer (SUI/8) – Koeper (GER) 7:6 (5), 6:7 (3), 7:6 (4), 7:5, Berrettini (ITA/9) – Kwon (KOR) 7:6 (6), 6:3, 6:4, Schwartzman (ARG/10) – Kohlschreiber (GER) 6:4, 6:2, 6:1, Sinner (ITA/18) – Ymer (SWE) 6:1, 7:5, 6:3
DAMEN, 3. Runde: Kenin (USA/4) – Pegula (USA/28) 4:6, 6:1, 6:4, Krejčíková (CZE) – Switolina (UKR/5) 6:3, 6:2, Swiatek (POL/8) – Kontaveit (EST/30) 7:6 (4), 6:0, Gauff (USA/24) – Brady (USA/13) 6:1 w.o., Sakkari (GRE/17) – Mertens (BEL/14) 7:5, 6:7 (2), 6:2, Stephens (USA) – Muchova (CZE/18) 6:3, 7:5

Einfach zu wenig

Der grüne Koalitionspartner setzt der ÖVP nichts entgegen und läuft ganz brav mit. Der Streit über die Islamlandkarte zeigt das deutlich. Schon die Einrichtung der Dokumentationsstelle Politischer Islam war ein Problem.

Lamya Kaddor

Die rechten Umtriebe in Österreich bereiten mir zunehmend Sorge. Zur Zeit der türkis-blauen Koalition traten sie offenkundig zutage. Unter ÖVP und Grünen hat sich daran, ehrlich gesagt, nur wenig geändert. Aus dem benachbarten Deutschland heraus muss ich mich vielen kritischen grünen Stimmen in Österreich anschließen und konstatieren: Die grünen Parteifreunde setzen der ÖVP viel zu wenig entgegen. Meinem Verständnis von grüner Politik entspricht das zurzeit nicht.

Vor allem Susanne Raab, ÖVP-Politikerin und Vertraute von Bundeskanzler Sebastian Kurz, agiert seit Amtsbeginn mehr als Ausgrenzungs- denn als Integrationsministerin. Ihr Vorstoß zum Kampf gegen den sogenannten politischen Islam war schon mit der Etablierung der Dokumentationsstelle vergangenes Jahr ein Problem. Wo beginnt dieser politische Islam, und wo hört er auf? Der Begriff ist so wachweich, man könnte bereits Muslime mit Zuwanderungsgeschichte, die einfach ihre Herkunftskultur pflegen wollen, darunter fassen.

Jetzt ist Raab noch einen Schritt weiter gegangen. Ihre Dokumentationsstelle vereinfacht die Stigmatisierung durch eine Islamlandkarte. Darauf kann jeder im Internet nachschauen, wo diese komischen Moscheen und islamischen Vereine im Land zu finden sind – teils mit Privatadressen. Dank dieser Dokumentationsstelle als Herausgeberin tragen sie alle den Stempel: potenzieller Hort des politischen Islams. Mit freundlichen Grüßen an die Islamfeinde.

Staatliche Diskriminierung

Mir ist es ein Rätsel, wie ein demokratischer Rechtsstaat derart mit einer Minderheit umgehen kann. Der Fingerzeig auf Muslime allein ist nichts anderes als staatlich betriebene Diskriminierung auf Basis eines strukturellen Rassismus: Muslime werden gesondert herausgestellt und als defizitär im Vergleich zum Rest der Bevölkerung gebrandmarkt. Der allgemeine Gleichheitssatz, der laut der Wiener Rechtswissenschaftlerin Magdalena Pöschl „in seiner praktischen Bedeutung in Österreich alle anderen Grundrechte bei weitem“ überragt, wird mit Füßen getreten.

Da ist es einfach zu wenig, wenn der grüne Koalitionspartner verlauten lässt, er habe von der Islamlandkarte nichts gewusst. Schon bei der Etablierung der Dokumentationsstelle und ihrer Verengung auf einen politischen Islam hätten sie sich querstellen und auf das Regierungsübereinkommen pochen müssen, wo von der „Schaffung einer Forschungs- und Dokumentationsstelle für Antisemitismus, für den religiös motivierten politischen Extremismus (politischer Islam) und für den Rassismus im 21. Jahrhundert“ die Rede war. Gegen eine so breit aufgestellte Einrichtung hätte niemand etwas haben können.



Was ist das Ziel? An der Strategie der Grünen scheiden sich die Geister: Parteichef Werner Kogler.



Foto: der Plankebauer

Und das ist längst nicht alles, bei dem die grünen Parteifreunde enttäuscht haben: Die Abschiebung gut integrierter Schülerinnen nach Armenien und Georgien im Jänner wurde durchgezogen, das Veto der Türkisen gegen die Aufnahme von Geflüchteten aus Moria beziehungsweise Kara Tepe hingenommen. Das Kopftuchverbot an Volksschulen, von ÖVP und FPÖ verabschiedet, vom Europarat kritisiert, vom österreichischen Verfassungsgerichtshof gekippt, sollte ursprünglich mit grüner Hilfe – ganz im Sinne der FPÖ – auf bis zu 14-Jährige erweitert werden, während Raab gleich nach Amtsantritt noch einen Schritt weiter ging und zusätzlich die einseitige Ausdehnung auf Lehrerinnen propagierte.

Sich auf Klimapolitik zu konzentrieren mag für die Grünen in Österreich richtig sein. Dafür wurden sie hauptsächlich gewählt. Sich aber darauf zu beschränken und bei gesellschaftlichen Gefahren für eine ganze Bevölkerungsgruppe die Augen zu verschließen lässt sich mit grüner Politik nicht in Einklang bringen. Eine gesunde Gesellschaft in einer zerstörten Natur kann ebenso wenig aufgehen wie eine zerstörte Gesellschaft in einer gesunden Natur. Nötig ist beides.

Handfestes Problem

Dabei liegt es mir fern, Partei für die Islamverbände Atib und Milli Görüş oder gar die Rechtsextremisten der Grauen Wölfe zu ergreifen. Deren türkischer Nationalismus, deren Nähe zur türkischen Regierung, deren in Teilen vertretener Islamismus und Antisemitismus sind ein handfestes Problem für eine vielfältige Gesellschaft. Das muss angegangen werden. Seit Jahr und Tag streite ich mich mit den Ablegern dieser Verbände in Deutschland. Gerade erst hat ausgerechnet der Unionskanzlerkandidat und Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet (CDU), die Ditib, das Pendant zur Atib, leichtfertig wieder zum Kooperationspartner gemacht. Für mich absolut unverständlich.

Die Herangehensweise in Österreich an die Herausforderungen des Islamismus ist aber geprägt von rechter Ideologie und Stümperei. Das lässt sich schon an der Auswahl von Gesprächspartnern und Beratern der Regierung festmachen, bei denen es oft eine islamkritische Schlagseite gibt. Bei der FPÖ gehört Islamfeindlichkeit zum Grundgedanken, in der ÖVP sympathisieren einige damit. Es bestand die Hoffnung, Grün würde hier einen Unterschied machen. Davon ist bisher leider zu wenig zu sehen. Übrigens: Gegen eine Islamlandkarte, integriert in eine Religionslandkarte mit anderen Glaubensgemeinschaften, mit einer unverfänglichen Herausgeberin, wäre nichts einzuwenden gewesen.

LAMYA KADDOR ist Islam- und Erziehungswissenschaftlerin und Publizistin. Sie ist auch Bundestagskandidatin für B'90 / Die Grünen (Duisburg).

Dem Kohlesektor den Geldhahn zudrehen

Österreichs Banken ändern ihre Richtlinien für die Kreditvergabe an Konzerne. Nicht überall findet sich der Nachhaltigkeitsspirit

Marlene Nutz, Sofia Scherer

Zeit ist Geld. In der Rettung des Klimas gilt auch umgekehrt: Geld ist Zeit. Der Finanzmarkt ist eine der großen Stellschrauben, die über die Geschwindigkeit der Treibhausgasreduktion entscheiden. Mit dem Pariser Klimaabkommen verpflichteten sich die Vertragsstaaten vor fünf Jahren, ihre Finanzflüsse mit dem 1,5-Grad-Limit in Einklang zu bringen. Somit sind nicht nur die Banken am Zug, sondern auch Finanzminister Gernot Blümel, um fossile Finanzierungen durch Banken zu stoppen.

Finanzrecherchen der NGO Urgewald und von uns – Fridays for Future Austria – zeigten: Erste Group und Raiffeisen Bank International (RBI) – die internationalen

Akteure der Sparkassen und Raiffeisenbanken – finanzierten seit dem Pariser Klimaabkommen Kohlekonzerne mit insgesamt 4,38 Milliarden US-Dollar. Um auf diesen klaren Bruch mit dem Klimaabkommen aufmerksam zu machen, organisierten wir im ganzen Land Proteste vor den Banken und trafen uns zu Gesprächen mit Führungspersonen. Verblüffte Jugendliche suchten ihre Lokalbanken auf und befragten diese über die Kohlefinanzierungen. So kam es zu einer ersten Revolution in der österreichischen Finanzwelt.

Das Resultat: RBI und Erste Group überarbeiteten ihre Finanzierungsrichtlinien früher als geplant. Beide Banken fordern von den von ihnen mit Krediten finanzierten Konzernen eine Strategie für deren Kohleausstieg, welcher bis 2030 zu

erfolgen hat. Die RBI fordert diese Strategie bis Ende 2021, die Erste Group lässt ihren Kunden zwei Jahre mehr Zeit. Liegt bis zu diesen Deadlines kein Ausstiegsplan vor, erhalten die Konzerne keine weiteren Kredite.

Die größte Bank Österreichs, Bank Austria (Unicredit), stellt die Policies der beiden anderen Großbanken mit ihrem Beschluss, 2028 aus der Kohle auszusteigen, in den Schatten. Allerdings beschädigte sie kürzlich ihren Ruf erheblich, indem sie sich an einem Milliardenkredit für EPH beteiligte. EPH ist eines der größten Kohleunternehmen und eine der größten CO₂-Schleudern Europas und hat noch kein Kohle-Ausstiegsdatum genannt. Dass Unicredit diesem Konzern im Jahr 2021 noch einen Kredit genehmigt,

spricht nicht für den Nachhaltigkeitsspirit der Bank.

Einen weiteren Bruch mit dem Pariser Klimaabkommen leistet sich die Erste Group. Glencore, ein Konzern, der 100 Millionen Tonnen Kohle pro Jahr fördert und einer der größten Kohleexporteure weltweit ist, kann bis zum Vorlegen eines Ausstiegsplans im Jahr 2023 weiter von der Erste Group finanziert werden. Hier fehlt ein Ausschlusskriterium, das die maximale Fördermenge deckelt. Aktuell schließen die Banken Kohleunternehmen nur anhand eines bestimmten Kohleanteils am Gesamtumsatz aus. Glencore fällt hier nicht darunter, da der Großkonzern mit vielen verschiedenen Rohstoffen handelt.

Die Kohle-Policies aller drei Banken bieten noch Verbesserungs-

potenzial. Jedoch werden sie sich schon bald positiv auf Europa auswirken: Erste Group wie auch RBI haben ihren Schwerpunkt in Osteuropa. Da etwa die tschechische Regierung noch bis 2038 plant, Strom aus Kohle zu gewinnen, wird der Finanzierungsstopp einen positiven Einfluss auf die dortige Energiewende und eine klimagerechte Transformation der Arbeitsplätze haben.

Österreich ist eines der ersten Länder weltweit, welches dem Kohlesektor den Geldhahn zudrehen wird. Dass dies von uns jungen Menschen ausging, ist eine Entlastung für unseren vielbeschäftigten Finanzminister.

MARLENE NUTZ und SOFIA SCHERER sind Studentinnen und engagieren sich bei Fridays for Future Austria.

WAHL IN SACHSEN-ANHALT

Nur ein bisschen Sieg

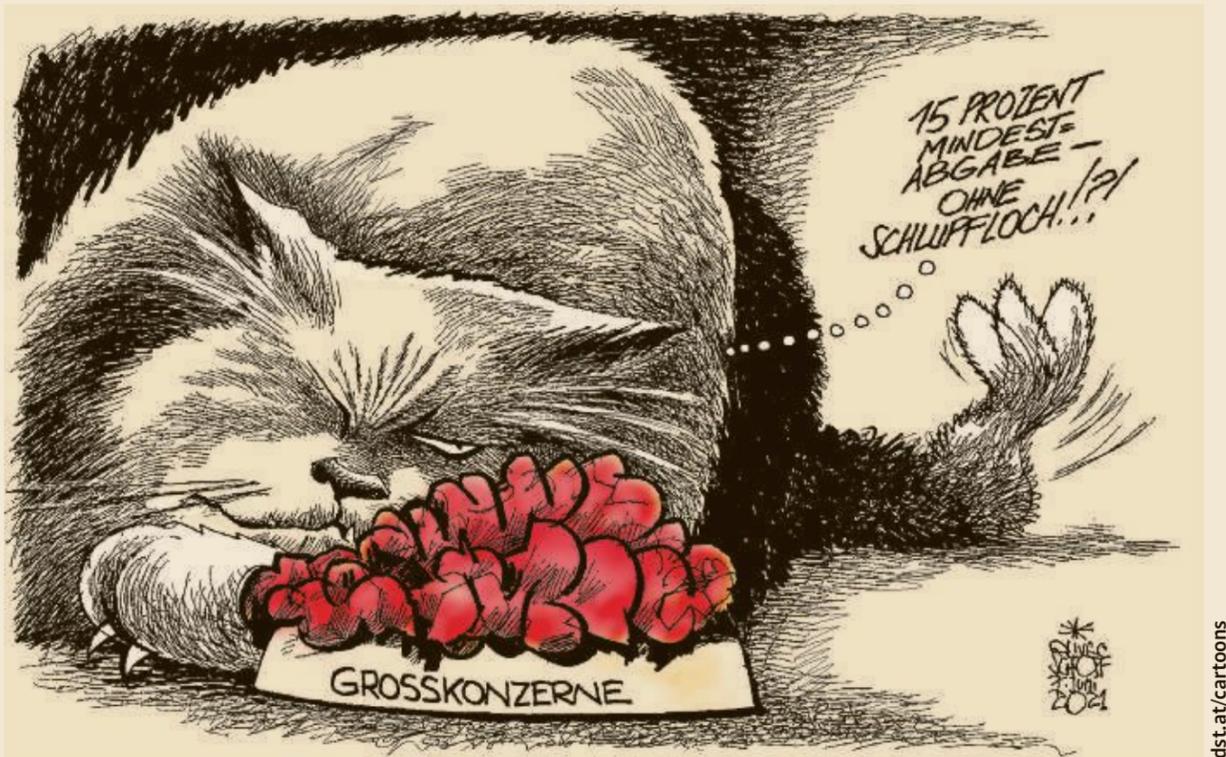
Birgit Baumann

Vielleicht hat CDU-Chef Armin Laschet am Sonntagabend Reiner Haseloff in sein Gebet eingeschlossen, unter der Rubrik „Wem zu danken ist“. Der Ministerpräsident ist Sieger der Wahl in Sachsen-Anhalt – jenem Land, über das man spottet, dass es selbst viele Deutsche nur von der Durchfahrt nach Berlin kennen.

Nicht wahr geworden ist bei dieser letzten Wahl vor der Bundestagswahl am 26. September der Albtraum von der AfD auf dem ersten Platz. Das wäre für die CDU eine Katastrophe gewesen. Unweigerlich hätte Laschet die Debatte am Hals gehabt, ob die CDU nicht weiter nach rechts rücken oder gar mit der AfD zusammenarbeiten müsse – was er ablehnt.

Trotz Haseloffs Wahlsieg kann Laschet aber persönlich noch nicht aufatmen. Der langjährige Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt bekam (auch) jene Zustimmung, die im März schon der Grünen-Regierungschef von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, und die rote Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, Malu Dreyer, erhalten haben. In schwierigen Pandemiezeiten profitieren Amtsinhaber: Kretschmann, Dreyer und in Sachsen-Anhalt eben Haseloff.

Aber einen solchen Amtsbonus hat Laschet im Bund nicht vorzuweisen. Dort waltet und schaltet bekanntlich immer noch Kanzlerin Angela Merkel. Sachsen-Anhalt gibt dem CDU-Kanzlerkandidaten zwar ein bisschen Rückenwind; automatisch ins Kanzleramt trägt ihn dieser Urnengang aber nicht.



dst.at/cartoons

ORF-FÜHRUNG

Noch einmal Wrabetz?

Harald Fidler

Wer den größten Medienkonzern führt, die größte Quelle von Information wie Unterhaltung aus und über Österreich, ist eine Schlüsselfrage der Republik. Zu einer Antwort führen gänzlich unterschiedliche Wege.

Die pragmatisch-realistische Route: Von wem erwartet sich die ÖVP das beste Bild von ihr im großen medialen Spiegel des Landes? Sie hat allein die nötige Mehrheit im ORF-Stiftungsrat.

Ein Weg der Verantwortung führt entlang solcher Fragen: Wer will und kann größte Unabhängigkeit, verlässliche und vielfältige Information gewährleisten und damit zu fundierter Meinungsbildung beitragen? Und: Was wollen wir alle von diesem großen ORF, der laut Gesetz für uns alle da sein muss? Welche Rahmen, Mittel, Möglichkeiten braucht es dafür?

Bisher hat exakt einer Interesse an diesem Schlüsseljob der Republik bekundet: Alexander Wrabetz. Bei ihm steht außer Zweifel: Er kann den ORF führen, wie er es in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten getan hat – in vielerlei Regierungskonstellationen von ÖVP-BZÖ über SPÖ-ÖVP bis ÖVP-Grüne, von einer nur vermeintlich größten Programmreform bis zur Pandemie, vom vielfach totgesagten zum am längsten durchdienenden ORF-Chef.

Die Bewerbungsfrist läuft erst im Juli ab.

Noch gut Zeit, um über ein paar grundlegendere Fragen nachzudenken. Und natürlich auch gern über die derzeit am häufigsten gestellte: Schafft es Wrabetz noch einmal?

SPERRE AUF DEM KARLSPLATZ

Gebt den Jungen Raum!

Gabriele Scherndl

Klar, Flaschen auf Polizisten zu werfen ist kein Kavaliersdelikt. Doch es ist schon verwunderlich, dass nach einer Partynacht auf dem Wiener Karlsplatz prompt die Rede von organisierten Linksextremen ist, während in Monaten des offen zur Schau gestellten Antisemitismus auf Corona-Demos nur selten von Rechtsextremismus die Rede war.

Aber lassen wir das Gegeneinander-Abwiegen von einzelnen Gruppen oder Polizeieinsätzen. Betrachten wir die Szene an sich: Da sind junge Menschen und feiern. So weit, so gut. Es gibt zwar Obergrenzen, doch keine nächtlichen Ausgangsbeschränkungen. Ergo: Jeder Mensch ist frei in seiner Entscheidung, die Nacht zum Tag zu machen, solange daraus keine Großveranstaltung wird. Wenn im Lauf der Nacht Corona-Maßnahmen außer Acht gelassen werden, dann ist die Lage freilich problematisch. Aber: Das Problem ist nicht, dass das im öffentlichen Raum passiert, sondern es ist ein Resultat fehlender Aufklärung, von Unwillen oder von Überdrüssigkeit. Es geht darum, dem entgegenzuarbeiten, und nicht darum, den Ort, an dem das passiert, zu sperren.

Im Gegenteil: Gebt den Jungen mehr Raum! Sicheren Raum, wo Platz ist, wo kein Konsumzwang herrscht.

Das ist nicht nur Aufgabe der Polizei, das ist auch Aufgabe der Stadt und der Gesellschaft. Das sind wir alle ihnen nach fast eineinhalb Jahren härtester Einschränkungen schuldig.

Wird die Steuerreform nicht verwässert, ist eine historische Wende in Sicht

Regina Bruckner

Es ist ein Paradigmenwechsel in der Steuerpolitik: Die wichtigsten Industrieländer der Welt, die G7, haben sich auf die Einführung einer globalen Mindeststeuer für Konzerne in Höhe von 15 Prozent verständigt. Ein wichtiges Signal, dass der Steuerwettbewerb nach unten ein Ende haben soll. Zu diesem Herzstück einer globalen Steuerreform soll eine Digitalsteuer kommen. Digitale Dienstleistungen sollen zumindest zum Teil dort besteuert werden, wo sie erbracht werden. All das mit dem Ziel, die Steuerlast gerechter zu verteilen.

Ob daraus die große Revolution wird, wie sich das Länder wie Deutschland, Frankreich und Österreich wünschen, muss sich erst weisen. Damit die Pläne umgesetzt werden können, müssen neben den wohlhabenden Industriestaaten auch die Schwellenländer mitziehen.

Dennoch: Die Richtung stimmt. Jahrelang haben die großen Industriestaaten über Mittel und Wege, wie eine weltweite Reform aussehen könnte, debattiert. Dass nun in Grundzügen eine Einigung besteht, ist angesichts der Komplexität der Sache ein großer Schritt. Allein schon deswegen, weil nicht einzusehen ist, dass es sich die großen Konzerne richten können, während Klein- und Mittelbetriebe und Bürger und Bürgerinnen unter der Steuerlast ächzen. Denn ein wachsender Teil der öffentlichen Budgets muss eben von anderen Steuerzahlern finanziert werden, wenn globale Multis ausweichen können. Das sorgt für ein wachsendes Gefühl der Ungerechtigkeit. Zudem wurde das Ungleichgewicht zwischen Techriesen wie Amazon und national agierenden Betrieben immer größer. Zugespitzt hat sich das Problem auch durch die immensen Ausgaben der Staaten für die Abfederung der Corona-Pandemie.

Höchste Zeit also, dass nun zumindest Pflöcke eingeschlagen werden. Virulent waren die Ungleichgewichte schon lang: Giganten wie Google, Amazon und Co tun sich leichter, ihre Gewinne in Steuerparadiese zu verschieben, als Industriebetriebe. Dank solcher legaler Steuerpraktiken dürften den Staaten geschätzte 250 Milliarden Dollar pro Jahr entgehen. Eine Mindeststeuer soll nun sicherstellen, dass die Konzerngewinne mit einem effektiven Minimum besteuert werden, egal wo sie gemacht oder gebucht werden. Wird in einer Steueroase

das vereinbarte Mindestniveau unterschritten, kann das Land, in dem die Konzernzentrale ansässig ist, die fehlende Steuer einheben. Normalsteuerländer wie Österreich oder Deutschland würden also profitieren. Abgeschafft wäre der Steuerwettbewerb trotzdem nicht.

Das ist gut, weil er die Staaten dazu anhält, effizient zu wirtschaften. Aber es gibt Grenzen nach unten. Die durchschnittliche Körperschaftssteuer ist weltweit von 50 Prozent im Jahr 1985 auf heute 22 Prozent gesunken. Davon können die Steuerzahler in den meisten Wohlstandsgesellschaften nur träumen.

Die Kehrtwende ist aber nicht nur ein Signal, dass mehr auf Steuergerechtigkeit geschaut werden soll. Andere Standortfaktoren wie Infrastruktur und gut ausgebildete Fachkräfte gewinnen im Wettbewerb an Bedeutung.

Und es käme auch Geld herein. Die OECD schätzt, dass ein Mindeststeuersatz von 12,5 Prozent Mehreinnahmen von 81 Milliarden Dollar in die Staatskassen spülen würde – pro Jahr. Jetzt kommt es auf die Details an. Und darauf, dass die Reform von Steueroasen wie Großbritannien, Irland oder Luxemburg nicht verwässert wird. Die Gefahr ist groß.

KOPF DES TAGES

Ein Notar gibt den blauen Troubleshooter



Harald Stefan muss die FPÖ auf einen neuen Chef einschwören.

Foto: APA / Helmut Fohringer

Über das Wochenende hatte der Freiheitliche alle Hände voll zu tun: Denn mit dem raschen Abgang von Norbert Hofer als FPÖ-Chef liegt es an Harald Stefan, die überrumpelte Partei am besten gleich bis Montag auf einen Nachfolger einzuschwören. Da kreisen die blauen Granden rund um die Obmannfrage – und bekanntlich sind nicht alle Länderchefs davon überzeugt, dass Klubchef Herbert Kickl ihr Anführer werden soll.

Der 55-jährige Stefan, plötzlich als dienstältester Parteivize zum Interims-FPÖ-Chef aufgestiegen, muss also das Kickl-Lager und die Kickl-Skeptiker in kürzester Zeit einen, damit es beim danach anstehenden Parteitag zu keiner Kampf-Abstimmung gegen einen anderen Kandidaten kommt. Dem langjährigen FPÖ-Justizsprecher selbst werden als Inhaber einer Notariatskanzlei „keine Ambitionen“ für den Schleudersitz an der FPÖ-Spitze nachgesagt, zählt er im Parlament doch zu den Bestverdienern unter den Abgeordneten. Sehr wohl aber gilt Stefan – wie der gesamte blaue Klub – als Unterstützer des wortgewaltigen Kickl.

Intern wird der großgewachsene FPÖ-Mann in diesen Tagen hingegen für seine „besonnene Art“ und „seine gewählte Ausdrucksweise“ gepriesen, doch seit jeher ist auch er ein strammer Rechter.

Als Sohn des FPÖ-Politikers Friedrich Stefan trat der Wiener in Studententagen der rechts-extremen Burschenschaft Olympia bei. Unvergessen bleibt auch, dass Stefan 2002 als Rathaus-Abgeordneter nach dem Einzug der deutschen Fußballnationalmannschaft ins WM-Finale jubelte: „Die Deutschenationalen haben gewonnen!“ Kurz darauf korrigierte er sich: „Die Europäer haben 1:0 gewonnen.“

Vor drei Jahren, im Juli 2018, setzte Stefan, früher im Parlament oft in Tracht anzutreffen, dann einen Schnitt: Da trat er aus der Olympia aus, bis heute will er das aber nicht näher kommentieren, Mitglied einer Mittel-

schulerverbindung blieb er weiterhin. Aufhorchen ließ Stefan schon wenige Monate davor auch damit, dass er und die Ex-ÖVP-Abgeordnete Karin Hakl geheiratet haben, in dieser Ehe wurde er zum vierten Mal Vater. Zu Zeiten von Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache und Türkis-Blau galt der Jurist dann prompt immer wieder als Ministeranwärter. Mit dem neuen Obmann in spe, Kickl, jetzt eher auf rabiaten Oppositionskurs getrimmt, teilt Stefan privat die Begeisterung für Ausdauersport: Er ist Skitourengeher, Langläufer – und in der Wiener Innenstadt oft auf seinem Rad anzutreffen.

Nina Weißensteiner

DER STANDARD

Impressum und Offenlegung: **Herausgeber:** Oscar Bronner; **Geschäftsführung:** Mag. Alexander Mitterracker; **Verlagsleitung:** Martin Kneschaurek; **Chefredaktion:** Dipl.-Biol. Martin Kotynek, Stellvertretung: Mag. Rainer Schüller, Nana Siebert, Mag. Petra Stuber; **Eigentümerin (100%) / Medieninhaberin, Verlagsort, Redaktions- und Verwaltungsadresse:** STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H., A-1030 Wien, Vordere Zollamtsstraße 13; **Hersteller, Herstellungs- und Erscheinungsort:** Mediaprint Zeitungsdruckerei Ges.m.b.H. & Co. KG, 1232 Wien, Richard-Strauss-Straße 16; **Telefon:** 01 53170, **Fax-DW:** Redaktion: 131, Anzeigen: 485, Abo: 330; **E-Mail-Adressen:** vorname.zuname@derStandard.at, leserbriefe@derStandard.at, aboservice@derStandard.at, anzeige@derStandard.at; **Internet:** https://abo.derStandard.at; **Abo-Preise Inland** (in Klammern für Studierende/Schüler) jährlich: € 551,- (342,-), monatlich: € 52,50 (33,-), für einzelne Wochentage – pro Tag und Jahr: € 116,- (76,-); **Abo-Service:** 0800 501 508; Alle Rechte, auch die Übernahme von Beiträgen nach § 44 Abs 1 Urheberrechtsgesetz: © STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H., Art-Copyright: VBK, Wien, DVR 554219; Reichweite: MA 2020: 7%, 526.000 Leser; ÖAK-geprüfte Auflage; **Offenlegung gem. § 25 MedienG und ausführliches Impressum** siehe: https://about.derStandard.at/impressum **Dem Ehrenkodex der österreichischen Presse verpflichtet.**

Fading Of Daily Shower

By MARIA CRAMER

Robin Harper, an administrative assistant at a preschool in Massachusetts, grew up showering every day.

"It's what you did," she said. But when the

DISPATCH pandemic forced her indoors and away from the general public, she started showering once a week. The new practice felt environmentally virtuous, practical and freeing. And it has stuck.

"Don't get me wrong," said Ms. Harper, 43, who has returned to work. "I like showers. But it's one thing off my plate. I'm a mom. I work full-time, and it's one less thing I have to do."

The pandemic upended the use of zippered pants and changed eating and drinking habits. There are now indications that it has caused some to become more spartan when it comes to ablutions. After a British survey found that 17 percent of Britons had quit daily showers during the pandemic, many people on Twitter said they had done the same.

Heather Whaley, a writer in Connecticut, said her shower use had fallen by 20 percent in the past year. After the pandemic forced her into lockdown, Ms. Whaley, 49, said she began thinking about why she was showering every day.

"Do I need to? Do I want to?" she said. "The act of taking a shower



ELIZABETH CECIL FOR THE NEW YORK TIMES

Some people said that they started bathing less during the past year.

became less a matter of function and more of a matter of doing something for myself that I enjoyed."

Ms. Harper, who does a daily wash of "the parts that need to be done," said she was confident she was not offending anyone.

"The kids will tell you if you don't smell good," she said.

Daily showers are a fairly new phenomenon, said Donnachadh McCarthy, an environmentalist in London, who grew up taking weekly baths. As he got older, he showered every day. But after a visit to the Amazon in 1992, he reconsidered how his habits affected the environment and his body. "It's not really good to be washing with soap every day," said Mr. McCarthy, 61, who now showers once a week.

Experts have said that daily showers are unnecessary, and even counterproductive. Washing every day can strip the skin of its natural oils.

Kelly Mieloch, 42, said that since the pandemic began she had showered only "every couple of days." She said her decision had helped her appearance.

"I just feel like my hair is better, my skin is better and my face is not so dry," said Ms. Mieloch, a mortgage loan closer in North Carolina.

Still, it is difficult to imagine many people embracing infrequent showers and baths, said Lori Brown, a professor of sociology at Meredith College in North Carolina. "We've been told so much about not smelling and buying products," she said. "You're dealing with culture."

Nina Arthur, who is 52 and owns Nina's Hair Care in Michigan, said she understood the environmental argument for showering less, but it would not change her habits.

"Nope," she said. "I'm not that woman."

Russian Ransomware, Made to Order

This article is by **Andrew E. Kramer, Michael Schwirtz and Anton Troianovski.**

MOSCOW — Just weeks before the ransomware gang known as DarkSide attacked the owner of a major American gas pipeline, disrupting deliveries in the United States, the group was threatening a small, family-owned publisher based in the American Midwest.

Working with a hacker who went by the name of Woris, DarkSide launched attacks meant to shut down the websites of the publisher, which works mainly with clients in primary school education, if it refused to pay a \$1.75 million ransom. It even threatened to contact the company's clients to falsely warn them that it had obtained information the gang said could be used by pedophiles to make fake identifica-

tion cards that would allow them to enter schools.

Woris thought this last ploy was a particularly nice touch.

"I laughed to the depth of my soul about the leaked IDs possibly being used by pedophiles to enter the school," he said in Russian in a secret chat with DarkSide obtained by The New York Times. "I didn't think it would scare them that much."

DarkSide's attack on the pipe-

line owner, Georgia-based Colonial Pipeline, cast a spotlight on a rapidly expanding criminal industry based primarily in Russia that has morphed from a specialty demanding highly sophisticated hacking skills into a conveyor-belt-like process.

"Any doofus can be a cybercriminal now," said Sergei A. Pavlovich, a former hacker who served 10 years

Continued on Page 3



Close to the Top, but Not the Top

Manaslu, located in Nepal and rising 8,163 meters above sea level, is the world's eighth-highest mountain. Its summit sits at the end of a precarious ridge. But many climbers stop at a common photo spot nearby that is often festooned with prayer flags.

AREA OF TRUE SUMMIT

AREA WHERE MANY TURN AROUND

The short vertical distance to the actual summit can be a treacherous journey — but one necessary to truly claim the summit, researchers argue.

Sources: Remote Sensing Technology Center of Japan/AW3D (elevation), Planet Labs (satellite photo)

THE NEW YORK TIMES

WHAT IS A SUMMIT?

By JOHN BRANCH

Ed Viesturs believes he knows. He is one of the 44, the only American on the list. In 1993, climbing alone and without supplemental oxygen or ropes, Mr. Viesturs reached the "central summit" of Shishapangma, the world's 14th-highest mountain. Most climbers turn around there, calling it good enough.

Before him was a narrow spine of about 100 meters, a knife-edge of corniced snow with drops to oblivion on both sides. At its end was the mountain's true summit, a few meters higher than where he stood.

Too dangerous, Mr. Viesturs told himself. He retreated.

"You can let it go, or you can't let it go," Mr. Viesturs said. "And I was one of those guys where if the last

nail in the deck hasn't been hammered in, it's not done."

Eight years later, Mr. Viesturs climbed within reach of Shishapangma's summit again. The ridge looked doable. With a leg on each side — "à cheval" in mountaineering, French for "on horseback" — he shimmied across it. He

Continued on Page 3

INTELLIGENCE

Search for aliens comes down to data. PAGE 2



WORLD TRENDS

Gangs govern Caracas shantytowns. PAGE 2



ARTS & DESIGN

Bringing art to the streets. PAGE 4

WORLD TRENDS

INTELLIGENCE/ADAM FRANK

U.F.O. Sightings Don't Impress This Alien Hunter

Last month, the TV news program "60 Minutes" ran a segment on recent sightings by Navy pilots of unidentified flying objects. The pilots' accounts were bolstered by videos recorded by cameras onboard their planes that captured what the government now calls "unidentified aerial phenomena."

In the wake of these enigmatic encounters, people are asking me what I think about U.F.O.s and aliens. They're asking because I'm an astrophysicist who is involved in the search for extraterrestrial intelligence. My colleagues and I were recently awarded one of the first NASA grants to look for signs of advanced technology on planets outside our solar system. (I've argued that the 10 billion trillion habitable planets that we now believe exist in the universe make extraterrestrial civilizations far more likely.)

I understand that U.F.O. sightings, which date back at least to 1947, are synonymous in the popular imagination with evidence of extraterrestrials. But scientifically speaking, there is little to warrant that connection. There are excellent reasons to

Adam Frank is a professor of astrophysics at the University of Rochester and the author, most recently, of "Light of the Stars: Alien Worlds and the Fate of the Earth." Send comments to intelligence@nytimes.com.

search for extraterrestrial life, but there are equally excellent reasons not to conclude that we have found evidence of it with U.F.O. sightings.

Let's start with the Navy cases. Some of the pilots have told of seeing flying objects shaped like Tic Tacs or other unusual forms. The recordings from the planes' cameras show amorphous shapes moving in surprising ways, including appearing to skim the ocean's surface and then disappear beneath it. This might appear to be evidence of extraterrestrial technology that can defy the laws of physics as we understand them — but in reality it doesn't amount to much.

For one thing, first-person accounts, which are notoriously inaccurate to begin with, don't provide enough information for an empirical investigation. Scientists can't accurately gauge distances or velocity from a pilot's testimony: "It looked close" or "It was moving really fast" is too vague. What a scientist needs are precise measurements from many viewpoints provided by devices that register various wavelengths (visual, infrared, radar). That kind of data might tell us if an object's motion required engines or materials that we Earthlings don't possess.

Perhaps the videos offer that kind of data? Sadly, no. While some researchers have used the footage to make simple estimates of the accelerations and other flight char-

acteristics of the U.F.O.s, the results have been mixed at best. Skeptics have already shown that some of the motions seen in the videos (like the ocean skimming) may be artifacts of the cameras' optics and tracking systems.

There are also common-sense objections. If we are being frequently visited by aliens, why don't they just land on the White House lawn and announce themselves? There is a recurring narrative, perhaps best exemplified by the TV show "The X-Files," that these creatures have some mysterious reason to remain hidden from us. But if the mission of these aliens calls for stealth, they seem surprisingly incompetent. You would think that creatures technologically capable of traversing the mind-boggling distances between the stars would also know how to turn off their high beams at night and to elude our



U.S. DEPARTMENT OF DEFENSE HANDOUT/AGENCE FRANCE-PRESSE VIA GETTY IMAGES

primitive infrared cameras.

Don't get me wrong: I'll read with great interest the U.S. intelligence report about U.F.O.s that is scheduled to be delivered to Congress this month; I believe that U.F.O. phenomena should be investigated.

But there may be more prosaic explanations. For example, it's possible that U.F.O.s are drones deployed by rivals like Russia and China to examine our defenses — luring our pilots into turning on their radar and other detectors, thus revealing our electronic intelligence capacities. (The United States once used a similar strategy to test the sensitivities of Soviet radar systems.) This

hypothesis might sound far-fetched, but it is less extreme than positing a visit from extraterrestrials.

What's most frustrating about the U.F.O.s story is that it obscures the fact that scientists like me and my colleagues are on the threshold of gathering data that may be relevant to the existence of intelligent extraterrestrial life. But this evidence involves subtle findings about phenomena far away in the galaxy — not sensational findings just a few kilometers away in our own atmosphere.

Powerful telescopes that will soon be operational may be capable of detecting city lights on the night side of planets that orbit distant stars or the telltale mark of reflected light from planet-wide solar-collecting arrays or the distinctive sign of industrial chemicals in a planet's atmosphere. All of these "technosignatures," should we find evidence of them, will be small effects. If we do detect such things, you better believe that my colleagues and I will go to extraordinary lengths to eliminate every possible source of error and every possible alternative explanation. This will take time and careful effort.

The work of science, though ultimately exciting, is mostly painstakingly methodical and boring. But that is the price we pay because we don't just want to believe. We want to know.

Afghan Surrenders To Taliban Speed Up

By DAVID ZUCCHINO and NAJIM RAHIM

MEHTARLAM, Afghanistan — Ammunition was depleted inside the bedraggled outposts in Laghman Province. Food was scarce. Some police officers hadn't been paid in five months.

Then, just as American troops began leaving the country in early May, Taliban fighters besieged seven rural Afghan military outposts across the province. The insurgents enlisted village elders to visit the outposts bearing a message: Surrender or die.

By midmonth, security forces had surrendered all seven outposts after negotiations, according to village elders. At least 120 soldiers and police were given safe passage to the government-held provincial center in return for handing over weapons and equipment.

"We told them, 'Look, your situation is bad — reinforcements aren't coming,'" said Nabi Sarwar Khadim, 53, one of several elders who negotiated the surrenders.

Since May 1, at least 26 outposts

Zabihullah Ghazi and Jim Huylebroek contributed reporting.



JIM HUYLEBROEK FOR THE NEW YORK TIMES

Policemen at an outpost near Mehtarlam, Afghanistan. At least 26 outposts and bases have surrendered since May 1.

and bases in just four provinces — Laghman, Baghlan, Wardak and Ghazni — have surrendered after such negotiations. With morale diving as American troops leave, and the Taliban seizing on each surrender as a propaganda victory, each collapse feeds the next in the Afghan countryside.

The surrenders are part of a broader Taliban playbook of seizing and holding territory as security force morale plummets with the exit of international troops.

"The government is not able to save the security forces," said Mohammed Jalal, an elder in Baghlan Province. "If they fight, they will be killed, so they have to surrender."

The surrenders are the work of Taliban Invitation and Guidance Committees, which intervene after insurgents cut off roads and supplies to surrounded outposts. Committee

leaders or Taliban military leaders phone base commanders and offer to spare troops' lives if they surrender.

In several cases, the committees have given surrendering troops money and sent them home unharmed. But first they videotape the men as they promise not to rejoin the security forces. They log their phone numbers and the names of family members — and vow to kill the men if they rejoin the military.

The negotiated surrenders are part of a broader offensive in which the Taliban have surrounded at least five provincial capitals this spring, according to a U.S. Defense Department inspector general report released May 18. The offensive has intensified since the American withdrawal began May 1.

"They call and say the Taliban are powerful enough to defeat the U.S. and they can easily take Laghman Province, so you should remember this before we kill you," Rahmatullah Yarmal, Laghman's governor, said of the Taliban committees inside his barricaded compound in Mehtarlam, the provincial capital.

Mr. Yarmal said 60 police officers who surrendered and took refuge in his government center are now primed to fight to retake the seven lost outposts. "I think we'll have them back in a month," he said.

But just hours after the governor spoke, a nearby district center, Dawlat Shah, surrendered without any resistance. By the next day, five more outposts had surrendered.

The Government's Grip Has Slipped in Caracas

By ISAYEN HERRERA and ANATOLY KURMANAEV

CARACAS, Venezuela — President Nicolás Maduro regularly commandeers the airwaves, delivering speeches intended to project stability to his crumbling nation. But as the Venezuelan state disintegrates under the weight of Mr. Maduro's corrupt leadership and American sanctions, his government is losing control of segments of the country, even within the capital, Caracas.

Nowhere is his weakening grip more evident than in Cota 905, a shantytown overlooking the gilded halls from which Mr. Maduro addresses the nation. In the maze of shacks that make up Cota 905 and the adjoining communities of El Cementerio and La Vega, home to about 300,000 people, the capital's largest gang has moved into the power vacuum: It delivers food to the needy. It helps pay for medicine and funerals, equips sports teams and sponsors music concerts. On national holidays, it hands out toys.

The territory the gang controls is off limits to law enforcement. And, a local police commander said, with access to grenade launchers, drones and motorbikes, the gangsters are better armed, and better paid, than most of Venezuela's security forces. They deliver a brutal brand of justice: Thieves caught in the areas they control are shot in the hand. Domestic abusers get one warning; repeat offenders are shot, residents said. Gang members who try to leave the underworld are hunted down as traitors.

But many who live under their control say that is better than the lawlessness that reigned before. "The majority of us prefer to live like this," said Belkys, who asked to be identified only by her first name. "We don't see a real solution."

Faced with an economic meltdown, Mr. Maduro has gradually abandoned basic government functions across much of the country, including policing, road maintenance and health care, to pour

dwindling resources into Caracas, home of the political, business and military elites who form his support base.

In remote areas, swathes of territory fell to criminals and insurgents. But gang control of Cota 905 and the surrounding shantytowns, which lie three kilometers from the presidential palace, is evidence that Mr. Maduro's government is losing its grip even on the capital. Across the city, other armed groups have also asserted control over working-class neighborhoods.

As the government's reach in Caracas's shantytowns withered, organized crime grew, forcing Mr. Maduro's officials to negotiate with the largest gangs to limit violence and maintain political control, according to interviews with a dozen residents. In the process, the most

Gangs are taking over parts of the Venezuelan capital.

organized gangs began supplanting the state in their communities.

Police officers say the gang that controls Cota 905 now has around 400 men armed with the proceeds from drug trafficking, kidnapping and extortion, and that it exerts complete control over at least 20 square kilometers in the heart of the capital. Gang members with automatic weapons patrol the streets, and guard entry points from rooftop watchtowers.

The power shift was evident in April, when the Cota gang shot up a police car and took over a section of highway running through Caracas. The blockade paralyzed the capital for several hours. But the government stayed silent through it all. Once the gang left, officers quietly cleared out the blasted patrol car.

The New York Times INTERNATIONAL WEEKLY

NANCY LEE Executive editor
ALAN MATTINGLY Editor

The New York Times International Weekly
620 Eighth Avenue, New York, NY 10018

EDITORIAL INQUIRIES:
nytweekly@nytimes.com

SALES AND ADVERTISING INQUIRIES:
nytweeklysales@nytimes.com

DERSTANDARD

IMPRESSUM
Das Special erscheint in Zusammenarbeit zwischen der The New York Times und Der Standard.

Eigentümerin / MedieninhaberIn, Verlagsort, Redaktions- und Verwaltungsadresse:
Standard Verlagsgesellschaft m.b.H.; A-1030 Wien, Vordere Zollamtsstraße 13,
Telefon: 0043-1-53 170-0
Anzeigen Wien: Nadja Bortolami, DW 615
Produktion Wien: Gregor Auenhammer, DW 253

WORLD TRENDS

A Lofty Question: Just What Is a Mountain Summit?

Continued from Page 1

touched the highest point of Shishapangma and scooted back to relative safety.

There is a summit. And then there is everything below it.

Can close ever be good enough?

Revelations from a team of respected researchers have thrust that question into the open like never before, putting special attention on the world's highest mountains and most acclaimed climbers.

By asking a simple-sounding question — What is the summit? — the researchers are raising doubts about past accomplishments and raising standards for future ones.

Maybe they are making us all reconsider just what it means to reach the top.

'Tell the Complete Truth'

The Himalayan and the Karakoram ranges of Asia are home to all 14 of Earth's 8,000-meter peaks, with familiar names that evoke wonder: Everest, K2, Annapurna and Lhotse among them.

Thousands of kilometers away, in a small German town, lives a 68-year-old man named Eberhard Jurgalski. He has a robust, white beard and pulls his hair into a ponytail.

He has spent 40 years chronicling the ascents of the 8,000-meter peaks. He has not climbed these mountains, but he is widely respected for compiling the records of those who have.

He can tell you the names of various expeditions, the dates, the routes and whether oxygen was used. He has studied photographs, videos, satellite coordinates and accounts from climbers and witnesses.

And he has jarring news: It is possible that no one has ever been on the true summit of all 14 of the 8,000-meter peaks.

Some stopped on Shishapangma's central summit, not daring to straddle the ridge the way Mr. Viesturs did. Some unwittingly went to the wrong spot on Annapurna's broad top. Some stopped at a pole planted on Dhaulagiri that confused them into thinking it was the summit. Some turned around at a popular selfie-taking spot on Manaslu without scaling the ridge hidden just beyond it.

Few if any of them tried to lie. They just did not get to the top in every case, Mr. Jurgalski and others say. They stopped a few meters short, whether by accident or tradition.

To keep itself honest, mountaineering relies on integrity and the power of a guilty conscience. Claims of ascents come from an inexact combination of photos and selfies, satellite coordinates and witnesses.



MARTON MONUS/EPA, VIA SHUTTERSTOCK

That leaves room for doubt.

For decades, Mr. Jurgalski worried that the standards of a world-class summit were slipping. Several years ago, he enlisted help from volunteers, including Rodolphe Popier and Tobias Pantel of the Himalayan Database and Damien Gildea, the Australian explorer.

They are studying all the key ascents, trying to place climbers in precise locations.

The unfolding revelations make Mr. Jurgalski nervous. He knows that reputations and livelihoods depend on summit claims. They depend on his list.

"I'm a fan of all of them," Mr. Jurgalski said. "But when there is something wrong, me as a chronicler, as an accepted chronicler, must make a point to tell the complete truth."

Mr. Jurgalski wants the historical record to reflect precision. He also wants to establish a firm standard for future climbers, an expectation for what constitutes a summit.

"There are no two possibilities," Mr. Jurgalski said. "There is only one. A summit is not halfway or 99 percent of the way."

Mountain as Metaphor

Just what does it mean to reach the summit? It is a question both simple and cosmic.

"The summit does matter," said David Roberts, a climber who has written dozens of books on Himalayan expeditions. "Why does it matter? Because it's the whole point

of mountaineering. It's the goal that defines an ascent."

There is no governing body for mountaineering. Success is judged by a mix of difficulty, imagination and style. But the summit is a rare accomplishment. It can bestow fame and forge reputations.

It exists as the ultimate metaphor for achievement, a vertical finish line. There is nowhere higher to go.

"The summit is an ideal we can aspire to," said the climber Michael Kennedy, a former editor of Climbing and Alpinist magazines. In 1997, he wrote an editorial for Climbing titled, "Close Only Counts in Horseshoes and Hand Grenades."

"You either reach the summit or you don't," he wrote.

Mr. Kennedy still believes it. "If you want to say that you've climbed it," he said, "you should climb to the summit."

Summit Slippage

Of the 14 8,000-meter peaks, "six or seven," Mr. Gildea said, are ripe for false summits. The difference is a vertical meter or two on some of them. Those few meters might be an hour's hike — or a dangerous straddle and scooch — away.

Researchers have focused, so far, on Annapurna, Dhaulagiri and Manaslu.

Manaslu may be the most blatant example of summit slippage. The backgrounds of most "summit" photos today show, clearly, more moun-

tain to climb. Manaslu, located in Nepal, is the world's eighth-highest mountain. Its summit sits at the end of a precarious ridge.

In 2016, the Himalayan Database reported that 175 people claimed to climb Manaslu. In reality, researchers say, no one reached the true summit. Some got to a common photo spot often festooned with prayer flags.

"People are stopping short because it's too hard," Mr. Gildea said. "That's not really a good excuse for a climber."

By contrast, the issues with Annapurna and Dhaulagiri have been mostly ones of confusion, not deception. The ridge of Annapurna has approaches from different directions. Once there, it can be nearly impossible to discern the highest point, even without debilitating factors like exhaustion, winds and whiteout conditions, and a lack of oxygen starving the brain.

The German Aerospace Center provided Mr. Jurgalski with precise elevations across Annapurna's ridge. The center discerned two high points, about 30 meters apart. Researchers found that about half of those credited with reaching the summit never got to either.

They found similar issues on Dhaulagiri, partly because a metal pole planted decades ago lulled climbers into thinking it was the high point.

Guy Cotter has reached the highest points on all seven continents, and has summited seven of the 8,000-meter peaks, including Ever-

In 2016, the Himalayan Database reported 175 people claimed to summit Manaslu. None actually did, some researchers now say.

est five times. He is head of Adventure Consultants, an expedition company founded by his former climbing partner Rob Hall, one of eight who died in a disastrous expedition on Everest in 1996.

"There's a difference between thinking that you're on the summit and there is no further to go, and knowing there is further to go and not going further," Mr. Cotter said. "The standards are slipping."

Each mountain carries unique summit challenges. On Kangchenjunga, the world's third-highest mountain behind Everest and K2, there is a tradition of not touching the top. Mr. Viesturs is among those who said he stopped short. "The locals asked us, as we trekked into the mountain, to please not disturb the home of their gods, which was the actual summit," Mr. Viesturs wrote in an email. "In respect to their wishes we stayed just a few feet away."

'Tolerance Zones'

Last year, Mr. Gildea wrote an essay in the prestigious American Alpine Journal, giving voice to a tender topic: The essay suggested that no human has been on the true summit of all 14 8,000-meter peaks, undermining the claims of dozens of esteemed mountaineers.

Mr. Gildea stripped all the names from the essay for fear of a backlash. It is why the essay is filled with disclaimers and compliments.

"These climbers' places in history are set, and questions about the precise topographical details of certain climbs should not change the cultural importance of their exploits," Mr. Gildea wrote.

It is also why Mr. Jurgalski created the idea of retroactive "tolerance zones." The researchers determined, peak by peak, what would be allowed as a summit — what would be close enough. "But not for the future," Mr. Jurgalski said. "Only for the past."

Mr. Jurgalski's idea might inadvertently start a new competition. Who will be the first to definitely prove to have stood atop all the true summits?

"What do we want to happen?" Mr. Gildea said, posing a key question. "I want people to have the discussion. And if it all comes out that nobody cares, nobody does anything, well, OK. I still go on with my life, and I still climb what I want. But at least people know. They can't say they didn't know."

Russian Ransomware, Available to Anyone

Continued from Page 1

in prison in his native Belarus for cybercrimes. "The intellectual barrier to entry has gotten extremely low."

DarkSide offers what is known as "ransomware as a service," in which a malware developer charges a user fee to so-called affiliates like Woris, who may not have the technical skills to create ransomware but are capable of breaking into a victim's computer systems.

DarkSide's services include providing technical support for hackers, negotiating with targets, processing payments and devising pressure campaigns through blackmail and other means. DarkSide's fees ranged from 25 percent for ransoms under \$500,000 down to 10 percent for ransoms over \$5 million, according to the computer security firm, FireEye.

The Times gained access to the internal "dashboard" that DarkSide customers used to organize and carry out attacks. The login information was provided to The Times by a cybercriminal through an intermedi-

Oleg Matsnev contributed reporting.

ary. The Times is withholding the name of the company involved in the attack to avoid reprisals from the hackers.

The dashboard gave users access to DarkSide's targets as well as a running ticker of profits and a connection to the group's customer support staff, with whom affiliates could craft strat-

A booming crime business, complete with spokespeople.

egies for squeezing their victims.

The dashboard was still operational as of May 20, when a Times reporter logged in, even though DarkSide had released a statement a week earlier saying it was shutting down. A customer support employee responded almost immediately to a chat request sent from Woris's account by the Times reporter. But when the reporter identified him-

self as a journalist, the account was blocked.

Even before the attack on Colonial Pipeline, DarkSide's business was booming. According to the cybersecurity firm Elliptic, the gang has received about \$15.5 million in Bitcoin since October 2020, with another \$75 million going to affiliates.

The serious profits for such a gang — DarkSide was established only last August, according to computer security researchers — underscore how the Russian-language cybercriminal underground has mushroomed in recent years. There are certain hackers who break into computer systems and others whose job is to take control of them. There are tech support specialists and experts in money laundering. Many criminal gangs even have spokespeople.

Access to DarkSide's dashboard was all that was needed to set up shop as an affiliate and download a working version of the ransomware used in the attack on Colonial Pipeline. The F.B.I. recently said that one of DarkSide's previous affiliates, the Russian cybercriminal group REvil, was behind a June 1 ransomware attack that



TRAVIS DOVE FOR THE NEW YORK TIMES

The ransomware gang known as DarkSide attacked Colonial Pipeline, a gas supplier in the United States, in May.

shut down some operations at JBS, the world's largest meat processor.

Cybersecurity experts say a "don't work in .ru" stricture, a reference to Russia's national domain suffix, has become a rule in the Russian-speaking hacking community, to avoid entanglements with Russian law enforcement. Russian authorities have made it clear they will rarely prosecute for ransomware attacks and other cybercrimes outside Russia.

The cybersecurity firm Recorded Future, based outside Boston, tracks about 25 ransomware groups, of

which about 15 — including the five biggest — are believed to be based in Russia or elsewhere in the former Soviet Union, said an expert for the firm, Dmitry Smilyanets, himself a former hacker from Russia who spent four years in custody for cybercrimes. "An atmosphere was created in Russia in which cybercriminals felt great and could thrive," he said.

After the Colonial attack, President Joseph R. Biden Jr. said that officials had evidence the hackers were from Russia.

Last month, DarkSide's support staff scrambled to respond to parts of the system being shut down, which the group attributed, without evidence, to pressure from the United States. After the F.B.I. publicly identified DarkSide as the culprit, Woris, who had yet to extract payment from the publishing company, reached out to customer service. "Hi, how's it going," he wrote. "They hit you hard."

It was the last communication Woris had with DarkSide. Days later, a message on the dashboard said the group was selling its infrastructure so other hackers could carry on. "The price is negotiable," DarkSide wrote. "By fully launching an analogous partnership program it's possible to make profits of \$5 million a month."

ARTS & DESIGN

Salsa Legend Is Swinging In New Way

By ED MORALES

Rubén Blades is a renowned vocalist, one of the emblematic singer-songwriters of 1970s salsa. But he is not always recognized for his achievements in other disciplines: He is also a Broadway and Hollywood actor, a composer, a Harvard Law School master's graduate and a one-time candidate for president of his native Panama. And don't ever say he can't sing a swing tune like Frank Sinatra or Tony Bennett.

"We're still segregated in many ways when it comes to music," Mr. Blades, 72, said in a video call from his home in Manhattan. "People think if you're a salsero, that's what you're going to do in your life. It's like you're a horse, racing with blinders on — I don't wear those things. For me, music is subversive, because art is subversive. You change things."

Mr. Blades's latest project with the Panamanian big band leader Roberto Delgado celebrates the fruits of evolution and cultural blending: the connections between Afro-Cuban music and jazz. It arrived in April in three packages: "Salswing!," an 11-track album that freely mixes salsa classics like "Paula C." and "Tambó" with jazz standards like "Pennies From Heaven" and "The Way You Look Tonight"; and "Salsa Plus!" and "Swing!," which emphasize the tracks from those genres.

Jazz has been part of Mr. Blades's work for longer than many listeners realize, but the "Salswing!" project had its roots in a show he did in November 2014 with Wynton Marsalis's Jazz at Lincoln Center Orchestra.

For the show, Mr. Blades began to use the term "mixtura," Spanish for mixture, as a kind of branding for



CHASE HALL FOR THE NEW YORK TIMES

"For me, music is subversive," the vocalist Rubén Blades said.

Latino hybridity. He sees himself as a creolized vessel of voices from Panama, Havana and New York.

"The connection between jazz and Afro-Cuban music is very well documented," Mr. Blades said.

Increasingly, it has also become clear that a dominant strand of mixtura is Blackness. Afro-Puerto Rican figures have been central in Mr. Blades's career, and to salsa. He has spoken of the singer Cheo Feliciano as his primary influence. He has praised Tito Curet Alonso as the genre's master songwriter. And on "Salswing!," he has included a high-energy remake of Pete "El Conde" Rodríguez's "Tambó," a paean to African drumming.

On "Salswing!," Mr. Blades sticks to his staccato sonero style on the salsa remakes "Contrabando" and "Tambó," but on the bolero "Ya No me Duele," some of the higher-register, Ella Fitzgerald-ish scatting he uses on "The Way You Look Tonight" and "Pennies From Heaven" seeps in. While "Salswing!" is retrospective, he is still engaged with the present. He just did a track with the revered Cuban vocalist Omara Portuondo, the effervescent Mexican singer Natalia Lafourcade and the Argentine folk-rocker León Gieco.

After a pre-pandemic concert in Puerto Rico, he had a chance to make a pitch to one of the biggest stars of global pop: Bad Bunny. "We played three and a half hours and he showed up with his mother and his father," Mr. Blades said. "I asked him, in front of his dad, 'Listen, I have a mortgage to pay, why don't we do something?' And everybody laughed."

"He thought I was kidding," Mr. Blades added, "but I wasn't."



CODY POWERS/BLOOMBERG PHILANTHROPIES; BELOW, ADAM VOGLER/GETTY IMAGES FOR BLOOMBERG PHILANTHROPIES

Taking Art to the Streets. Just Look Down.

By TANYA MOHN

When Brad Carney sketched the plan for a nearly 1,400-square-meter ground mural in downtown Reno, Nevada, he wove in design elements from the area's railroading heritage, and pulled hues and motifs from nearby buildings and landscapes, including the state flower and the famed Reno Arch.

"I wanted to make it specific and unique to its place, so that this mural couldn't exist anywhere else," said Mr. Carney, an artist based in Philadelphia. "When I design murals," he added, "I like to become a vessel for a community and a neighborhood, and not bring too much of myself until I find out what they're looking for. The point of public art, to me, is the process of involving the community."

Reno is one of 16 small and mid-size cities across the United States where artists and residents are taking to the streets — from crosswalks to underpasses — to add new color to old pavement with eye-catching urban art as part of Bloomberg Philanthropies' Asphalt Art Initiative. Grants of up to \$25,000 are helping cities create relatively low-cost public art projects to revitalize their streets and public spaces by making them more beautiful, more inviting and safer.

"We want to try and help cities



Bloomberg Philanthropies grants are helping cities create projects on streets and in public spaces that beautify and improve safety.

do wonderful things to their public realm," said Kate D. Levin, who oversees arts programs for Bloomberg Philanthropies. And now, as cities reopen, "there's a social cohesion goal that I think has only gotten more urgent," she said. "Why not use projects like this to actually let people be involved, create a sense that public space belongs to everyone?"

The goals are to support local working artists, community groups, businesses and government on infrastructure projects to make streets safer; to activate public

space in ways that are "as robust and reflective of local identity and aspirations as possible," Ms. Levin said; and to promote community engagement.

Three cities began or completed installations in late 2020: Kansas City, Missouri; Saginaw, Michigan; and Norfolk, Virginia. The remaining 13 are expected to finish their projects this year. Through mid-May, the cities had transformed a combined 8,000 square meters of streetscape with artwork and engaged more than 1,500 residents and 72 artists in the design and in-

stallation process. Themes range from unity and improving police and community relations to diversity.

Teal Thibaud, director of the Glass House Collective, a nonprofit that works in an underserved neighborhood in East Chattanooga, Tennessee, said even small improvements, like the mural, could spawn others.

Last fall, Kansas City redesigned a busy, dangerous four-way intersection where cars rarely stopped for pedestrians, said DuRon Netsell, founder and principal of Street Smarts Design + Build, an urban design firm. "People were just flying through the intersection, significantly over the speed limit."

Stop signs and traffic measures like bollards and planters to extend the curbs and narrow the driving lanes, and the community-painted mural "blended into a unique project that is not only beautiful, but also drastically improved safety," Mr. Netsell said.

In March, Bloomberg Philanthropies announced a second round of up to 20 grants.

"Safety doesn't have to be mundane and boring," Mr. Netsell said. "We've proven that we can make our intersections and streets much safer, but we can also make them really fun and vibrant. It's something that all local communities can do."

With 'Fear Street,' Netflix Bets Big on Movie Binges

By NICOLE SPERLING

It's crunchtime for Leigh Janiak. The writer-director is less than two months away from her Netflix debut, but her process is moving at a much more hurried pace than usual, since Ms. Janiak, as the director of the "Fear Street" trilogy, is trying to finish three movies at once.

When she does, she and her producers at Chernin Entertainment will try an experiment with Netflix: For the first time, the streamer will release a movie weekly three Fridays in a row, beginning July 2. Think bingeing for movie lovers.

"It's kind of a hybrid. It's kind of a new thing," Ms. Janiak said. "It's a mix between a traditional movie and what would be considered traditional TV: Each installment, each part, tells its own story but it's also very connected to the next piece. That is a very exciting thing for me

as a filmmaker."

It's also quite ambitious. The three movies, based on R. L. Stine books, connect around a 300-year-old incident that's been terrorizing the fictional Shadyside, Ohio, for generations.

Netflix introduced television bingeing in 2013 when it dropped the entire season of "House of Cards" at once. This weekly experiment represents a similar approach, one that, if it works, could make movies as sticky and as valuable as its television series.

A weekly schedule "is the sweet spot where it gives enough space and time for each of the films to stand independently on their own," said Lisa Nishimura, Netflix's vice president of independent film and documentary features.

The producers created a writers' room, a practice common for tele-



NETFLIX

Each film in Netflix's "Fear Street" trilogy will be released weekly. Maya Hawke in the first film, which debuts July 2.

vision but one rarely used in film. Because the company had ambitions for a franchise, the thinking was that a group of writers could "break" the entire story over a series of movies.

"We were not hiring one person to do one movie," Chernin Entertainment's chief executive, Peter Chernin, said. "We were really trying to think about how do we build a movie world where we could do multiple movies."

Once the world was created and the scripts were complete, Ms. Janiak, 41, shot all three films at once, which meant she could include clues in each film that would only be un-

derstood after watching all three movies. Netflix is certain the Easter eggs will encourage audiences to return to the trilogy again and again — the very definition of sticky content.

Take Ms. Nishimura's experience: "When I finished watching Part 3, the only thing I wanted to do was to start all over again and watch Part 1, and I saw something different because I had the opportunity to experience the totality of the mythologies," she said. "So I anticipate that once all three of the films are in the world, there's going to be a lot of chatter around the things that they get to discover."